



UNIVERSITÄTS-  
BIBLIOTHEK  
PADERBORN

## Aufsätze

---

# Die Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ im 19. und frühen 20. Jahrhundert

## Lokale Elitenintegration im Spannungsfeld von liberalkonservativer Konsensbildung und konfessionellen Absonderungstendenzen

von Dietmar Klenke

### I. Paderborner Stadtgeschichte jenseits konfessioneller Stereotypisierungen

Wer eine Geschichte der Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ schreibt, wird nicht vermeiden können, sich mit dem auch heute noch grassierenden Klischeebild vom ‚schwarzen‘ Konservatismus auseinanderzusetzen.<sup>1</sup> Will man aber ein angemessenes Bild von dieser lange Zeit tonangebenden Honoratiorenvereinigung zeichnen, wird man die Farbe „schwarz“ recht sparsam verwenden müssen. Eine erhellende, aber irritierende Botschaft hält ein Festlied bereit, das 1928 aus Anlass des 100sten Harmonie-Geburtstages gesungen wurde. Eigens für diesen Anlass geschaffen, offenbarte das Lied bemerkenswerte Seiten im Selbstverständnis der damaligen Festgemeinde, wenn es mahnend hieß: „Werde nie des Rückschritts Beute, schöne Stadt am Paderstrand!“<sup>2</sup> Gegen Ende nahm das Lied diese Mahnung wieder auf und bekräftigte sie in der Maxime: „Wahrer Fortschritt sei dein Streben!“

Wie passte der hier beschworene „wahre Fortschritt“ zum Stereotyp vom ‚schwarzen‘ Paderborn, dessen Katholizismus die liberale Öffentlichkeit Deutschlands seit den frühen 1860er Jahren mit dem Brandmal eines hoffnungslos rückständigen konfessionellen Konservatismus versah. Von Zuschreibungen dieses Zuschnitts war die städtische Elite Paderborns recht weit entfernt. Sie setzte sich im 19. und frühen 20. Jahrhundert mit den großen Zeitfragen ebenso lebendig auseinander, wie dies lokale Eliten auch andernorts taten. Mit den gebildeten Kreisen nicht-katholischer Städte wusste sie sich durchaus auf einer Linie. Dies brachte der gewitzte Texteschmied von 1928 auf subtile Weise zum Ausdruck, indem er dem eingangs zitierten Lied eine Melodie unterlegte, die in recht unkatholischer Manier ein symbolisches Bekenntnis zu den ideellen Werten der deutschen Bildungselite darstellte, für die ein

<sup>1</sup> Dieser Beitrag ist aus einem Festvortrag hervorgegangen, den der Verfasser anlässlich des 175jährigen Jubiläums der „Harmonie-Gesellschaft“ am 13.9.2003 im Historischen Rathaus der Stadt Paderborn gehalten hat. Der „Harmonie-Gesellschaft“ sei an dieser Stelle für die großzügigen Zuwendungen gedankt, mit denen sie die Abfassung und Veröffentlichung dieses Aufsatzes ermöglicht hat. Gedankt sei auch meinem Mitarbeiter Herrn Martin Dröge für die engagierte Unterstützung bei den umfangreichen Quellenrecherchen.

<sup>2</sup> „Hoch Paderborn“, Lieder, gesungen bei der 100jährigen Jubelfeier der „Harmonie-Gesellschaft“ 1928, in: Stadtarchiv (Abk.= StadtA) Paderborn, Bestand: Harmonie-Gesellschaft, V 41.

kirchenunabhängiges Urteilsvermögen in politischen Fragen eine Selbstverständlichkeit war. Als Vorlage hatte der Texter das im frühen 20. Jahrhundert beliebte Studentenlied „Heidelberg, du Jugendbrunnen“ genommen; er durfte es bei den „Harmonie“-Mitgliedern, die zu einem beachtlichen Anteil einen akademischen Hintergrund hatten, als bekannt voraussetzen.<sup>3</sup> Mit dieser Melodie verbanden sich nicht katholische Milieubezüge, sondern im Gegenteil die Wertewelt einer liberalkonservativ, kirchenfern und reichspatriotisch bis nationalreligiös eingestellten akademischen Elite, die der politischen Kultur Deutschlands mit ihren liberalnationalen Visionen und Idealen nachhaltig ihren Stempel aufgedrückt hatte.<sup>4</sup> Diese bildungsaristokratische, am Fortschrittsgedanken orientierte Wertewelt hatte sich seit dem Vormärz als ein mit den überkommenen Konfessionskirchen konkurrierendes weltanschauliches Orientierungssystem etabliert. Darin nahm eine gottgewollte, auf staatsbürgerlicher Gleichheit und liberalen Leistungs- und Bildungsidealen gründende deutsche Nation den ranghöchsten Platz ein, nicht aber die überkommenen Konfessionskirchen einschließlich der transnationalen Konfessionskirche des Katholizismus. Konfessionsferne Vorstellungen waren im Zuge des bürgerlich-industriellen Aufstiegs zu einer solch durch-

<sup>3</sup> Das Lied breitet vor der Kulisse Heidelbergs die Bewährungsfelder studentischer ‚Verwegenheit‘ aus, die Kneipabende, Liebesabenteuer und die Paukböden der Schlägermensur, typische Attribute des akademischen Nachwuchses. Die Moral der katholischen Studentenverbindungen grenzte sich von diesen, im Lied beschworenen Leitvorstellungen ab, die vorherrschender Ausdruck der damals lebendigen Jugendromantik waren. Mit anderen Worten, die Melodie öffnete symbolisch das Tor zu einer durch und durch unkatholischen Assoziationswelt; vgl. Text und Partitur in: Illustriertes Kommersbuch (Ännchen-Liederbuch). Grosse Textbuch-Ausgabe, Godesberg 1924, S. 191f. – Das in katholischen Studentenverbindungen kursierende „Deutsche Kommersbuch“ des Freiburger Herder-Verlags bot eine in der letzten Strophe ‚zensierte‘ Fassung an, mit Rücksicht auf die „Nichtkoleurstudenten“, wie es erläuternd hieß. Mit anderen Worten, die nichtfarbentragenden strenggläubigen katholischen Verbindungsstudenten sollten in der letzten Strophe nicht das Idealbild des einem exzessiven Triebleben ergebenden Studenten hochleben lassen; vgl. Deutsches Kommersbuch, bearb. von Karl REISERT, Freiburg/Br. 1924, S. 137f.

<sup>4</sup> Vgl. zu diesem Ansatz: KLENKE, Dietmar: Deutsche Nationalreligiosität zwischen Vormärz und Reichsgründung. Zur innen- und außenpolitischen Dynamik der deutschen Nationalbewegung, in: Historisches Jahrbuch 123 (2003), S. 389–447; KRETSCHMANN, Carsten/ PAHL, Henning: Ein „zweites Konfessionelles Zeitalter“? Vom Nutzen und Nachteil einer neuen Epochensignatur, in: Historische Zeitschrift 276 (2003), S. 369–392; in diesen Beiträgen wird die in den 1990er Jahren verbreitete These vom 19. Jahrhundert als einem „zweiten konfessionellen Zeitalter“ in Zweifel gezogen und der Nachweis geführt, dass in den staatstragenden bürgerlichen Schichten Deutschlands ein Trend der Entkonfessionalisierung weg von den überkommenen großen Konfessionskirchen festzustellen war. Dem widerspricht nicht, dass der Kulturkampf vorübergehend die Position der katholischen Kirche im katholischen Bürgertum gestärkt haben dürfte. Entkonfessionalisierung darf in diesem Kontext nicht mit Säkularisierung oder Verweltlichung verwechselt werden, sondern meint, dass sich religiöse Vorstellungen mit ihrer Abwendung von den Konfessionskirchen zu großen Teilen neuen sozialen und geistigen Bezugsfeldern zuwandten, vorneweg der Nation als höchster, auf Gott bezogener Bezugsgröße. Vgl. zur Konfessionalisierungsthese vor allem BLASCHKE, Olaf: Das 19. Jahrhundert. Ein zweites konfessionelles Zeitalter?, in: Geschichte und Gesellschaft 26 (2000), S. 38–75.

schlagenden Interpretationsmacht geworden, dass sie in der Reichsgründungszeit zwischen 1848 und 1880 die widerstreitenden konservativen und fortschrittsorientierten Denkweisen innerhalb der deutschen Eliten zu einem staatstragenden Grundkonsens hatten umformen können. Nicht die an der überkommenen Ständegesellschaft orientierten Konfessionskirchen, sondern ein zunehmend entkonfessionalisiertes und innerweltlich erfolgsorientiertes Bildungsbürgertum erwies sich seit den 1840er Jahren als dynamischer und durchsetzungsstarker Vorreiter zukunftsweisender weltanschaulicher Trends und Visionen.

Mehr, als im heutigen Geschichtsbewusstsein präsent ist, hatten sich im Laufe des 19. Jahrhunderts die deutsche Adelswelt und die überkommenen Konfessionskirchen vor den liberalen Bildungsidealen einer selbstbewusst gewordenen akademischen und industriellen Bürgerwelt verbeugen müssen. Aus diesem Grunde dürfen wir getrost das Klischeebild von der Obrigkeitshörigkeit und Unterwürfigkeit der deutschen Bildungseliten ins Reich der Legenden verweisen, und im Falle der katholisch getauften Bildungseliten das Klischeebild von der Kirchen- und Papsthörigkeit. Vor diesem mentalitätsgeschichtlichen Hintergrund verkörperte „Heidelberg, du Jugendbrunnen“ zu sehr die Romantik selbstbewusster, liberaler, stolzer und sich ritterlich-mannhaft gebender Studentenkorporationen, als dass die Wertewelt des damaligen Katholizismus mit seinen Demutsidealen und seiner gottbezogenen Schicksalsergebenheit damit hätte in Verbindung gebracht werden können. Behutsamer, kontrollierter Fortschritt, deutscher Patriotismus und der Führungsanspruch der akademischen Bildungselite, dies verbarg sich hinter dem im Festlied beschworenen „wahren Fortschritt“, nicht ‚schwarze‘ Unterordnung unter eine kirchliche Hierarchie.

In Paderborn wirkte die Formel vom „wahren Fortschritt“ als wichtiges konfessions- und parteiübergreifendes Leitbild und Bindeglied der Oberschicht. Abgrenzend wirkte sie gegenüber dem konservativen konfessionskirchlichen Autoritarismus auf der einen und überzogenem nationalistischem wie sozialistischem Veränderungsdrang auf der anderen Seite; letzteres konnte man in den Weimarer Jahren am rechten und linken Rand des politischen Spektrums mit sorgenvollem Blick beobachten. Bereits im 19. Jahrhundert hatte sich die hinter dieser Formel verborgene Denkhaltung als kleinster gemeinsamer Nenner erwiesen, den fast alle Mitglieder der Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ zumindest als Diskussions-Plattform akzeptierten, um sich im geselligen Rahmen verständigen und respektieren zu können. Dieser Integrationsanspruch schloss ein: konservative und dogmengläubige Katholiken, sozialreformerische, liberale, nationalpreußisch und kirchenkritisch eingestellte Katholiken, liberale Protestanten, nationalreligiöse Liberale, konservativ-autoritäre Protestanten und liberale Juden. Wie keine zweite Vereinigung führte die Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ die lokale Elite zusammen, die konfessionell und politisch-weltanschaulich sehr vielgestaltig war und das Klischeebild vom ‚schwarzen‘ Paderborn Lügen straft. Zwischen der Gründung im Jahre 1828 und den Jahren der nationalsozialistischen Diktatur behauptete diese Honoratiorenvereinigung nahezu eine Monopolstellung, sofern es um die gesel-

lige Integration der ‚besseren Kreise‘ ging. Nur in den politisch aufgewühlten 1860er und 1870er Jahren, gemeinhin als Reichsgründungs- und Kulturkampfzeit bezeichnet, erwies sich der Integrationsanspruch der „Harmonie-Gesellschaft“ vorübergehend als prekär, geriet ihr Bemühen um eine Ausbalancierung der Gegensätze ins Wanken und drohte ihre Strategie, die erbitterten Auseinandersetzungen in einem geselligen Rahmen zu entschärfen, Schiffbruch zu erleiden. Dies galt vor allem für den Konflikt zwischen kirchengläubigem Konservativismus und modernisierungsfreudigem Liberalnationalismus. Dieser große Richtungsstreit war eng verzahnt mit der Streitfrage, ob einem groß- oder kleindeutschen Nationalstaat der Vorzug zu geben sei. Gemeint ist auf der einen Seite die konservative Vorstellung von einem reformierten deutschen Staatenbund mit der katholischen Habsburgermonarchie als Vormacht und auf der anderen Seite die ‚fortschrittliche‘ Vorstellung eines kleindeutschen Bundesstaates unter der Führung Preußens, das sich liberal reformieren sollte. Der Geist, der in der „Harmonie-Gesellschaft“ wehte, war trotz aller politischen Zurückhaltung eher ein gemäßigt liberaler, kleindeutscher und überkonfessioneller als ein katholischer und großdeutscher. Letztlich hatte die Gesellschaft ihrer vornehmen Zurückhaltung und ihrem Toleranzideal zu verdanken, dass sie bereits in der Schlussphase des Kulturkampfes ihren Integrationsanspruch festigen und selbst entschiedene Verfechter eines katholischen Kulturkampf-Standpunktes wieder einbinden konnte. Mit anderen Worten: Sie vermochte die in den 1860er Jahren sich bemerkbar machenden Absonderungstendenzen des politischen Katholizismus zumindest innerhalb der lokalen Oberschicht zu dämpfen.

Ihre Leistung bestand darin, innerhalb der Elite konfessionelle, politische und berufliche Trennlinien zu überspielen und ungeachtet aller Fremdheits- und Konkurrenzgefühle einen bürgerlich-zivilen Umgang durchzusetzen. Entspannte, lockere Geselligkeit und eine mitunter künstlerisch umrahmte Atmosphäre trugen dazu bei, die unvermeidlichen Interessen- und Machtkämpfe zu dämpfen. Man schuf damit innerhalb der städtischen Kommune ein Klima, in dem man miteinander pragmatisch umgehen und die wirtschaftlichen wie kulturellen Entwicklungspotentiale mobilisieren konnte. Diese Leistung, eine erfolgsorientierte kommunale Selbstorganisation klimatisch zu unterfüttern, darf nicht unterschätzt werden vor dem Hintergrund, dass zum einen die Gefahr der obrigkeitlichen Bevormundung bestand und zum anderen die Gefahr der Selbstblockade, wenn eine Gemeinde von einer politisch zerstrittenen, sich in ideologischen Grabenkämpfen verschleißenden Oberschicht geführt wurde. Die Alternative, dass ein von einer vormodernen adligen Herrschaftselite beherrschtes Staatswesen mehr Politikfähigkeit hätte zur Schau stellen können als eine sich selbst regierende kommunale Bürgergemeinschaft, wirkte so abschreckend, dass die lokale Elite in Paderborn wie andernorts bemüht war, für die Oberschicht einen zentralen Geselligkeitsverein zu institutionalisieren, der als lockerer Rahmen für informelle Austausch-, Verständigungs- und Klärungsprozesse diente. Eine Oberschicht, die vielfältig vernetzt war, lief eben weniger Gefahr, an weltanschaulichen, wirtschaftlichen oder

politischen Gegensätzen innerlich zu zerbrechen. Dieser Einsicht folgte die „Harmonie-Gesellschaft“ auch noch in der Weimarer Epoche, wie ihr das „Westfälische Volksblatt“ aus Anlass ihres 100jährigen Bestehens bescheinigte. Demzufolge schien die exklusive „Abgeschlossenheit“ keineswegs die politische Wirksamkeit vor Ort beeinträchtigt zu haben, sondern im Gegenteil, sie schien ein diskreter kommunikativer Schutzraum gewesen zu sein, in dem sich „im Stillen“, d. h. unter Ausschluss der Öffentlichkeit, ausgleichende Wirkungen entfalten konnten, die dazu beitrugen, dass aus den Reihen der „Harmonie-Gesellschaft“ „bestimmender Einfluß“ auf die kommunalen Geschicke ausgeübt werden konnte.<sup>5</sup>

Unter elitesoziologischem Aspekt wird man sich vor Augen halten müssen, dass Eliten ihren gesellschaftlichen Führungsanspruch nur dann erfolgreich durchsetzen können, wenn sie sich als fähig erweisen, die gemeinsamen Status- und Führungsinteressen über alle internen Gegensätze hinweg gegenüber den unteren Schichten zu verteidigen. Dies leisten sie auf Dauer nur dann – und das macht im Kern ihre Elitetauglichkeit aus –, wenn sie auf sich wandelnde soziale Herausforderungen flexibel zu reagieren verstehen. Dies wiederum setzt Vielgestaltigkeit und Perspektivenreichtum im inneren Kommunikationsraum einer Elite voraus, wenn sie auf neuartige Probleme angemessen reagieren will. Vielgestaltigkeit im Innern lässt sich im Konfliktfall aber nur dann bewältigen, wenn es einen relativ abgeschlossenen kommunikativen Schutzraum gibt, in dem ein konfliktverschärfendes Profilierungsstreben einzelner Elitesegmente gegenüber der Öffentlichkeit nicht zur Entfaltung kommen kann. Dies erfordert notwendigerweise einen lebendigen Korpsgeist und klare Abgrenzung gegenüber den in die Breite gehenden Mittelschichten, wovon nicht zuletzt der gesellige Austausch betroffen ist.

Im Falle Paderborns hatte dies zu bedeuten, dass sich die zahlenmäßig kleine Elite gegenüber einem provinziell und konfessionell denkenden bürgerlichen Mittelstand abgrenzen musste, wollte sie die Standards liberaler Weltläufigkeit wahren und den Anschluss an die dynamische industrielle und kulturelle Entwicklung im preußischen und später reichsdeutschen Staatsverband nicht verlieren. Das setzte eine intensive Auseinandersetzung mit dem preußisch-deutschen Staatsgedanken und der liberalen Fortschrittsidee voraus. Entsprechend gering war die Bereitschaft, mit einem traditionsverhafteten Kirchenmilieu auf enge Tuchfühlung zu gehen, das sich vor allem auf klein- und unterbürgerliche Schichten stützte und von einem statusbewussten und machterprobten Klerikerstand angeführt wurde, der die überkommene Hierarchie über den freien Wettstreit der Meinungen stellte und die Modernisierungsbestrebungen des bürgerlichen Zeitalters mit großer Skepsis betrachtete. Das Selbstbewusstsein der stark vom akademischen Element geprägten Paderborner Elite war zu sehr vom

<sup>5</sup> Zur Jahrhundertfeier der Harmonie-Gesellschaft, in: Westfälisches Volksblatt (Abk. = WVb) vom 8.6.1928.

bildungsaristokratischen Ideal des freien, weltläufigen Diskurses geprägt, als dass sie sich mit der provinziellen Abgeschlossenheit des Paderborner Raumes hätte zufrieden geben können. Wollte sie an den bewegenden Zeitfragen Anteil nehmen, musste sie sich zumindest auf der Ebene der massenmedialen Kommunikation metropolitane Standards zu Eigen machen. Damit erwies sich der Zugang zum Zeitungswesen als Schlüsselproblem. Um die Enge der lokalen Medienöffentlichkeit zu überwinden, handelte die Paderborner Elite nach dem gleichen Muster wie die Eliten auch anderswo: Sie richtete im Rahmen ihrer Honoratiorenvereinigung ein Lesekabinett ein, das sich mit einem breiten Angebot an Zeitschriften und Zeitungen zu einem Nervenzentrum des Elitendiskurses entwickelte. Dies geschah spätestens in den frühen 1840er Jahren, der großen Aufbruchzeit des liberalen Bürgertums. Das Faktum, dass die „Harmonie-Gesellschaft“ während der Revolution von 1848 in ihren Räumen dreizehn das politische Spektrum gut abdeckende Zeitungen bereithielt, deutet darauf hin, dass es in dieser Vereinigung eine weit in den Vormärz zurückreichende massenmedial gestützte Debattenkultur gab.<sup>6</sup> Mit ihrem pluralistisch zugeschnittenen Zeitschriftenangebot stand die „Harmonie-Gesellschaft“ unverkennbar in der aufklärerischen Tradition der frühliberalen Lesegesellschaften, die mittels gemeinsamer Lektüre das informationelle Monopol der überkommenen Herrschaftsstände hatten brechen wollen, indem sie sich als Gebildete lesend und debattierend eigene politische Deutungs-, Verhandlungs- und Führungskompetenz erarbeiteten.

Das Paderborner Modell, die Oberschicht in nur einer einzigen Honoratiorenvereinigung zusammenzuführen, verlangte allen Beteiligten ein hohes Maß an Toleranz, Fremdverstehen und Kompromissbereitschaft ab. Dies galt vor allem für konfliktreiche Zeiten. Der Vergleich mit kontrastierenden Verhältnissen in anderen Städten fordert die Frage heraus, welche Ursachen der stetigen, kaum von dramatischen Brüchen geprägten Entwicklung in Paderborn zugrunde gelegen haben. Eine Antwort will der nachfolgende Beitrag geben. Im Mittelpunkt wird dabei diejenige Phase in der Geschichte der „Harmonie-Gesellschaft“ stehen, in der sich im Zuge des bürgerlich-liberalen Aufschwungs um die Mitte des 19. Jahrhunderts das Modell der überkonfessionellen und überparteilichen Elitenintegration verankern konnte. In dieser Zeit rasanter industrieller und politischer Wandlungsprozesse zeigte sich die „Harmonie-Gesellschaft“ auch der schwierigen Herausforderung, die von katholischen Absonderungstendenzen ausging, gewachsen. Dass sie ihre monopolartige Stellung als Honoratiorenvereinigung in der Umbruchphase zwischen 1848 und 1880 zu verteidigen wuss-

<sup>6</sup> Bericht über die Mitgliederversammlung der Harmonie-Gesellschaft vom 13.12.1849, Nachricht aus Paderborn vom 14. Dezember, in: Westfälische Zeitung (Abk.= WZ), Nr. 297, 15.12.1849. – Um die Jahreswende 1848/49 reichte das Spektrum der abonnierten Zeitungen von der liberaldemokratischen „Westfälischen Volkshalle“ aus Münster über die liberalkonservative Augsburger „Allgemeine Zeitung“ bis hin zur reaktionär-konservativen „Neuen Preußischen Zeitung“ aus Berlin.

te, lenkt den Blick auf die besonderen Voraussetzungen, unter denen sich in Paderborn im 19. Jahrhundert die lokale Elitenbildung als kommunikativer Prozess vollzog. Die Integrationsleistung, die dabei von der „Harmonie-Gesellschaft“ erbracht wurde, erschließt sich nur über eine detaillierte Analyse der vielgestaltigen Kontaktnetze, in die die Mitglieder der „Harmonie-Gesellschaft“ in konfessioneller, sozialer und politischer Hinsicht eingebunden waren. Als besonders belastend erwiesen sich die konträren konfessionellen und politischen Identitäten.

Elitenintegration im Rahmen einer einzigen Honoratiorenvereinigung war nicht selbstverständlich. Es gab Städte, in denen gegeneinander stehende Elitenvereinigungen Anteil an der konfessionellen, politischen und sozialen Zerklüftung der lokalen Gesellschaft hatten. Mancherorts gingen die gegeneinander arbeitenden Honoratiorenclubs unter, wenn sich wirtschaftliche und politische, von Krisen begleitete Umbrüche vollzogen. Eindrucksvoll hoben sich von der kaum gebrochenen Kontinuität der Paderborner „Harmonie“ die gut untersuchten Verhältnisse in Münster und Augsburg ab. Dort zeigten die Elitesegmente eine starke Neigung, sich nach konfessionellen, berufsständischen oder politischen Trennlinien gesondert zusammenschließen. In Münster machten sich bis in die 1860er Jahre zwei rivalisierende Honoratiorenclubs auf der Basis konfessioneller Trennlinien das Terrain streitig: zum einen der „Civilclub“ als gesellige, eher kirchenferne liberalkonservative Begegnungsstätte der höheren Beamtschaft und der gehobenen Bildungsschicht, ergänzt um reichere Kaufleute, und der „Zwei-Löwen-Club“ als Honoratiorenvereinigung alteingesessener katholischer Kaufleute, gehobener Handwerker und katholisch gesinnter Beamter.<sup>7</sup> In den Umbrüchen der 1840er und 1850er Jahre gerieten beide Vereinigungen auf Grund ihrer Abschottungstendenzen in eine schwere Krise, die den „Civilclub“ als Honoratiorenvereinigung in seinem Rang zurückwarf und den hochverschuldeten „Zwei-Löwen-Club“ nötigte, mit einem neuen Eliteclub zu fusionieren, der aus liberalprotestantischen Beamten sowie kirchenfernen und wirtschaftlich erfolgreichen Bürgern bestand. Als Preis für diese Überlebenshilfe gab der „Zwei-Löwen-Club“ sein konfessionelles Sonderbewusstsein auf, eine Verbeugung vor der Finanzkraft der neu hinzukommenden Club-Mitglieder. Erst die aus der finanziellen Not geborene Öffnung des „Zwei-Löwen-Clubs“ gegenüber aufsteigenden Segmenten der Münsterschen Elite ließ diese Vereinigung nach 1867 zum unangefochtenen Honoratiorenclub Münsters werden. In Augsburg verlief die Entwicklung noch dramatischer: Dort erstarrten die konkurrierenden Eliteclubs, die „Harmonie-Gesellschaft“ als Vereinigung der alteingesessenen reichsstädtischen Kaufmannschaft und der Club „Tivoli“ als Vereinigung der Beamtschaft und des Militärs in ihrem Traditionalismus so sehr, dass sie in den 1840er Jahren den Anschluss an den Industrialisierungsprozess mit

<sup>7</sup> KILL, Susanne: Das Bürgertum in Münster 1770–1870: bürgerliche Selbstbestimmung im Spannungsfeld von Kirche und Staat, München 2001, S. 37ff., S. 263f., S. 271ff.



seiner neuen Unternehmerelite verpassten und eingingen.<sup>8</sup> Beerbt wurden sie von der „Gesellschaft Frohsinn“, die in den 1850er Jahren auf soliderer Grundlage auch die neuen und erfolgreicherer Segmente der Augsburger Oberschicht zu erfassen suchte und damit sowohl ihren Exklusivitätsanspruch als Eliteclub als auch ihre Überlebensfähigkeit sicherte.

In Paderborn verhinderte die „Harmonie-Gesellschaft“ mit einer geschickten, Offenheit gegenüber aufsteigenden Elitegruppen beweisenden Integrationspolitik, dass neben ihr eine ernst zu nehmende Konkurrenzvereinigung hochkam. Selbst die Gründung einer katholisch-konservativen Bürgervereinigung im Jahre 1864 stellte keine echte Konkurrenz als Eliteclub dar, weil sich in diesem „Bürgerverein“ in den scharfen konfessionspolitischen Kämpfen der 1860er Jahre nur eine Minderheit der katholischen Oberschicht absonderte, die zu wenig personelles und finanzielles Potential mitbrachte, um sich als neue gesellige Elitenvereinigung mit Exklusivitätsanspruch etablieren zu können.<sup>9</sup> Der Verein legte es wohlweislich auf eine Öffnung in Richtung des bürgerlichen Mittelstandes an und war obendrein darauf bedacht, Aufgaben eines politischen Wahlvereins als Vorläufer der späteren katholischen Zentrumspartei wahrzunehmen, dies im Gleichklang mit ähnlichen parteiartigen Gruppenbildungen in anderen katholisch geprägten Städten des westdeutschen Raumes. Weil es dem „Bürgerverein“ an Exklusivität mangelte, fiel es der „Harmonie-Gesellschaft“ nicht schwer, bereits auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes das kirchlich-konservativ gesinnte Elitesegment Paderborns wieder stärker zu integrieren.<sup>10</sup>

Eine ähnlich weitsichtige, neue Trends aufgreifende Rekrutierungspolitik verfolgten die „Casino-Gesellschaften“ in Köln und Frankfurt und die „Ressource“ in Bielefeld.<sup>11</sup> In Frankfurt öffnete sich die „Casino-Gesellschaft“ seit den 1830er Jahren rechtzeitig gegenüber der aufsteigenden Gruppe jüdischer Bankiers, um ihren Status als Honoratiorenvereinigung zu wahren, und dies trotz massiver antijüdischer Ressentiments in der Frankfurter Stadtbürgerschaft.<sup>12</sup> Hier zeigt sich eine interessante Parallele zu Paderborn, wo sich die „Harmonie“ nach dem Muster des Frankfurter „Casinos“ ebenfalls gegenüber erfolgreichen jüdischen Kaufleuten und Bankiers öffnete und damit der wirtschaftsliberalen Umgestaltung der deutschen Gesellschaft Rechnung trug, allerdings auf Grund des späteren Eintritts in das moderne Industrie-

<sup>8</sup> MÖLLER, Frank: Bürgerliche Herrschaft in Augsburg 1790–1880, München 1998, S. 129ff., S. 173ff., S. 345f.

<sup>9</sup> HOHMANN, Friedrich Gerhard: Die Anfänge des Paderborner Bürgervereins 1864–1870, in: Westfälische Zeitschrift 140 (1990), S. 315–333.

<sup>10</sup> HOHMANN, Bürgerverein.

<sup>11</sup> ROTH, Ralf: Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main, München 1996; METTELE, Gisela: Bürgertum in Köln 1775–1870. Gemeinsinn und freie Association, München 1998; TENFELDE, Klaus: Die „Gesellschaft Ressource“ von 1795. Bielefelder Kaufleute und Vereinswesen im Übergang zur Industriegesellschaft, in: Jahresbericht des Historischen Vereins für die Grafschaft Ravensberg 83 (1996), S. 49–64.

<sup>12</sup> ROTH, Bürgertum in Frankfurt, S. 352f.

nung trug, allerdings auf Grund des späteren Eintritts in das moderne Industrie- und Kommerzzzeitalter um zwei Jahrzehnte phasenversetzt. Wie in Frankfurt setzte man sich über antijüdische Einstellungen in den unteren Schichten und im katholischen Kirchenmilieu hinweg.<sup>13</sup> Auch die kommerziell ausgerichtete Kölner Oberschicht bewies große Wendigkeit: Nach der Angliederung an Preußen wusste sie die zunächst nicht gerade hochgeschätzte preußische Beamtenschaft in die „Casino-Gesellschaft“ zu integrieren und vollbrachte um des wirtschaftlichen Fortschritts willen die kaum zu überschätzende Integrationsleistung, liberales rheinisches Wirtschaftsbürgertum und preußischen Beamten-Dirigismus in einem geselligen Rahmen erfolgreich zusammenzuführen, auch wenn dies mitunter, etwa bei rigiden Zensurmaßnahmen im Vormärz, zu inneren Zerreißproben führte.<sup>14</sup>

## II. Besonderheiten der Paderborner Situation

Ihre Integrationsfähigkeit verdankte die Paderborner „Harmonie“ dem Zusammenspiel einer Vielzahl von Faktoren. Am wenigsten spezifisch waren die gewaltigen sozialen und technisch-ökonomischen Veränderungen, die spätestens seit den 1840er Jahren bis in entlegene Provinzstädte spürbar wurden, vorneweg die Gewerbefreiheit, die wachsende Konkurrenz und der Bevölkerungszuwachs. Um 1850 kam die Verkehrsrevolution hinzu, als die Stadt Anschluss an das überregionale Eisenbahnnetz fand und ab Sommer 1855 von der durchgängig befahrbaren Ost-West-Magistrale zwischen Aachen und Leipzig zu profitieren begann.<sup>15</sup> Ab 1854 nahm auch ein Gaswerk seinen Betrieb auf, das die Beleuchtungsverhältnisse auf eine neue Grundlage stellte, – ein weiteres untrügliches Zeichen, dass auch Paderborn in das industrielle Zeitalter eintrat. In diesem neuen Zeitalter bedurfte es starker ausgleichender Kräfte und Bindungen, die die verunsichernden Wirkungen der Marktgesellschaft mit ihrer individualisierenden Wettbewerbsorientierung auffingen und das Bedürfnis nach Geborgenheit und Halt befriedigten. In solch einer Lage erwies sich als geradezu übermächtiger Trend, dass die männlichen Träger der modernen Wettbewerbsgesellschaft ihre Konkurrenzbeziehungen entschärften, indem sie in der Freizeit neue gemeinschaftliche Bindungen aufbauten. Dies taten sie in vielerlei Geselligkeitsvereinen, wobei die Oberschicht spezifische Club- oder Casino-Gesellschaften bevorzugte, die lockere Formen des geselligen, zugleich aber geistig gehobenen Austausches praktizierten und einen hohen Aufwand betrieben, um ihren Mitgliedern unterhaltsspielerische und ästhetisch anspruchsvolle Zerstreuung zu bieten.

<sup>13</sup> Festschrift 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft Paderborn 1828–1928, S.61ff., in: StadtA Paderborn, V 41. Diese Festschrift ist als Reprint abgedruckt in: 150 Jahre Harmonie-Gesellschaft Paderborn 1828–1978, Paderborn 1978; HOHMANN, Friedrich Gerhard: Paderborner Geldinstitute vom 18. Jahrhundert bis 1945, in: Westfälische Zeitschrift 133 (1983), S. 159–232.

<sup>14</sup> METTELE, Bürgertum in Köln, S. 169ff.

<sup>15</sup> Aus dem Westfälischen, 28. August, in: WZ, Nr. 205, 2.9.1855.

Kommen wir zu den spezifisch lokalen Voraussetzungen, unter denen sich die Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ etablieren konnte. In Paderborn ging die „Harmonie-Gesellschaft“ 1828 aus dem Zusammenschluss von eingewachsenem Wirtschaftsbürgertum, gehobener Bildungsschicht und neuer preußischer Beamenschaft hervor, wobei lange Zeit der Juristen- und Richterstand eine tonangebende Rolle spielte, was damit zusammenhing, dass Paderborn ein herausgehobener Standort des Gerichtswesens war. So befand sich dort bis zur großen Gerichtsreform der 1870er Jahre das Obergericht für den Regierungsbezirk Minden.<sup>16</sup> Dies führte dazu, dass in der „Harmonie“ von Beginn an staatsbewusste liberale Beamte, gehobenes liberales Wirtschaftsbürgertum, protestantische Bildungsbürger und katholische Traditionalisten und Konservative zusammentrafen und einen geselligen Rahmen schufen, in dem sie einen elitegemäßen Umgang jenseits staatlicher und kirchlicher Gängelung pflegen konnten. Immerhin trafen in Paderborn scharf konkurrierende Deutungseliten aufeinander, eine kirchlich-hierarchische Elite mit einem ehemals reichsständischen Suffraganbischof an der Spitze und eine staatsbezogene akademische Elite, deren bildungsbürgerliches Elite- und Sendungsbewusstsein dem des Klerus in nichts nachstand. Obendrein genoss die weltliche Deutungselite den strukturellen Vorteil der staatlichen Herrschaftsausübung.

Vor diesem Hintergrund war für die Gründungsgeschichte der „Harmonie-Gesellschaft“ von unschätzbarem Vorteil, dass die Initiative nicht allein von alteingesessenen katholischen Honoratioren ausging, sondern von vornherein auch das neuartige preußische Beamtenelement mit seinem in Teilen protestantischen Gepräge eine sehr wichtige Rolle spielte. Dieser Umstand beugte einer traditionalistischen Abschottung der Alteingesessenen nach Augsburger und Münsteraner Muster vor. Die Bereitschaft der Alteingesessenen, sich zu öffnen, hatte aber noch weitere Gründe: Zum Ersten war aus der Perspektive des katholischen Bürgers ein einträgliches, konstruktives Zusammenwirken mit den preußischen Behörden, einer liberal gesinnten Beamenschaft und erfolgreichen jüdischen Unternehmern aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen notwendig und attraktiv, so dass der Anreiz groß genug war, die konfessionelle Identität mit Blick auf die beruflichen Interessen und die Entwicklungsperspektiven der Stadt zurückzustufen. Um des beruflichen Erfolgs willen setzte man als Katholik den geselligen und zugleich beruflich nützlichen Kontakt mit den Andersgläubigen nicht so ohne weiteres aufs Spiel. Ohnehin lagen im Trend der Zeit liberale und nationale Aufstiegsvisionen, die spätestens seit den 1830er Jahren auch das Lebensgefühl erfolgreicher Katholiken zu prägen begannen; dies war europaweit zu beobachten. Aufstiegsorientierte Paderborner Katholiken betrachteten die Einbindung ihrer Stadt in den preußischen Staatsverband sogar als ungemein positive Entwicklungschance. Der sich modern gebende protestantische Großstaat brachte der

<sup>16</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 24, S. 55ff.

Stadt vielerlei Vorteile, nicht zuletzt wegen der Stellung als Gerichtsstadt für den gesamten Regierungsbezirk. Dies verschaffte der Stadt vielerlei Anregungen und obendrein die Kaufkraft der gehobenen Beamtschaft. Entsprechend sorgenvoll schaute man um 1860 auf Bestrebungen, die die westfälische Gerichtslandschaft an die der anderen Provinzen mit in der Regel nur einem Obergericht anpassen wollten.<sup>17</sup> Es ging darum, eine gewisse Überversorgung abzubauen. Wer mit wachem Blick die Situation der Stadt betrachtete, wusste zu genau, dass man etwas zu verlieren hatte, falls die Loyalität gegenüber dem konfessionell fremdartigen Staat zu wünschen übrig ließ. Den Pragmatismus der katholischen Stadtbürgerschaft wusste auch der Landrat des Paderborner Kreises in den 1860er Jahren richtig einzuschätzen, wenn er mit Blick auf die distanzierte Haltung der Bistumskirche gegenüber dem preußischen Staat feststellte, dass sich zumindest die gehobenen katholischen Bürgerkreise mit dem preußischen Element bestens arrangiert hätten. Er machte das vor allem an der gefestigten Stellung der „Harmonie-Gesellschaft“ fest. In ihr habe es, so seine leicht glättende Darstellung, zu keiner Zeit „Unannehmlichkeiten“ zwischen den „Bürgern“ und „Beamten“ gegeben. Über die alteingesessenen Mitglieder dieser Vereinigung urteilte er: „[Die] Bewohner der Stadt Paderborn, besonders diejenigen, welche die Harmonie besuchen, [sehen] sehr wohl ein, daß ihre Existenz wesentlich von dem guten Einvernehmen mit den Beamten und dem Verbleiben der Behörden hierselbst abhängt.“<sup>18</sup> Mit dem Letztgenannten spielte er auf die Gefährdung Paderborns als Gerichtsstandort an. Unter den genannten Voraussetzungen sah ein gewichtiger Anteil der katholischen Elite keinerlei Veranlassung, eine Elitenvereinigung auf konfessioneller Basis zu gründen (s. Abb. 1).

Ein zweiter Faktor begünstigte die Öffnung der alteingesessenen Stadtbürgerschaft. Es handelte sich dabei um die doktrinäre und autoritäre Ausrichtung der örtlichen Bistumskirche, die in den industriellen Umbruchjahren nach 1850 auf die gehobene katholische Bürgerwelt eher befremdlich als anziehend wirkte und damit konfessionalistischen Absonderungswünschen jede Grundlage entzog. Vor allem wirkte die konservativ-papistische Einstellung des 1856 ernannten Bischofs Konrad Martin auf liberale und kirchenunabhängig denkende Katholiken eher abstoßend. Ein Gleiches galt für das streng konfessionalistisch argumentierende „Westfälische Kirchenblatt“ Ferdinand Schöninghs, aus dem in den frühen 1860er Jahren das „Westfälische Volksblatt“ herauswuchs.

<sup>17</sup> Ein Provinzialobergericht im Westfalen statt der vier Obergerichte, in: WZ, Nr. 19, 22.1.1860. Gemäß der preußischen Justizreform von 1849 gab es in der Provinz Westfalen vier Appellationsgerichte als Berufungsinstanz, in Arnberg, Hamm, Münster und Paderborn.

<sup>18</sup> Schreiben des Landrates des Kreises Paderborn an die königliche Regierung in Minden vom 22.6.1864, in: StA Detmold, Regierung Minden, M 1 I P, Nr. 358, Bl. 214. In diesem Schreiben begründet der Landrat, warum er den Antrag der „Harmonie-Gesellschaft“, Korporationsrechte im Sinne einer juristischen Person verliehen zu bekommen, befürwortet (s. auch Abb. 1).

118

M  
1864

No 11 P

Minden

An die königliche Regierung  
 Abteilung des Inneren  
 zu Minden

Ich habe die Ehre zu erwidern, dass  
 die von Ihnen angelegte  
 Sache, welche sich auf die  
 Errichtung einer neuen  
 Kreisverwaltung bezieht,  
 in der That eine sehr  
 wichtige Angelegenheit  
 ist, und dass ich daher  
 mich bemühen werde,  
 dieselbe so bald als  
 möglich zu erledigen.  
 Ich werde Ihnen  
 in dem nächsten  
 Monat darüber  
 ausführliche  
 Nachrichten  
 zukommen lassen.  
 Mit dem besten  
 Dank für die  
 Ertheilung  
 dieser  
 Antwort,  
 verbleibe ich,  
 Herr Minister,  
 mit hochachtungsvoller  
 Grüßen,  
 Ihr ergebener  
 Bedienter,  
 Landrat  
 v. ...

Abb. 1: Schreiben des Landrates des Kreises Paderborn an die königliche Regierung, Abteilung des Inneren, zu Minden vom 22.6.1864, Teil 1, (Staatsarchiv Detmold, M 1 I P, Nr. 358, Bl. 213–215).

Handwritten text in German script, page 17 of the document.

Handwritten signature or date at the bottom of page 17.

Handwritten text in German script, page 18 of the document.

Handwritten signature and text at the bottom of page 18.

Abb. 1: Schreiben des Landrates des Kreises Paderborn an die königliche Regierung, Abteilung des Inneren, zu Minden vom 22.6.1864, Teil 2, (Staatsarchiv Detmold, M 1 I P, Nr. 358, Bl. 213-215).

In dieser Epoche des industriellen Umbruchs machte es auch das Papsttum den gebildeten Paderborner Katholiken nicht leicht, ungebrochene Kirchentreu zu beweisen. Denn der römische Oberhirt war seit der Revolution von 1848 zu sehr in die inneritalienischen Machtkämpfe verstrickt, als dass er auf liberal gesinnte Katholiken hätte attraktiv wirken können. Im Rückblick haben auch katholische Historiker die Epoche bis zum endgültigen Untergang des Kirchenstaates als tragische Krisenepoche in der Geschichte ihres Oberhauptes empfunden, das im zähen Festhalten am Kirchenstaat seine geistliche Autorität aufs äußerste strapazierte und damit die große Chance verspielte, rechtzeitig auf die Fragen der Zeit zu antworten.<sup>19</sup> Erst der Nachfolger Pius' IX., Papst Leo XIII., sah sich im Stande, die Ideale der christlichen Humanität an die Epoche der bürgerlich-industriellen Wettbewerbsgesellschaft anzupassen und zeitgemäße Antworten zu formulieren. Die Kluft zwischen aufstiegsorientiertem Bürgertum und konservativem Klerus hätte kaum größer sein können als in der Hochphase des europäischen Liberalismus zwischen 1840 und 1880, dem sogenannten Victorianischen Zeitalter, das unverkennbar auch im Denken der Paderborner Elite seine Spuren hinterließ, gleich welcher Konfession. Die Ordnungsvorstellung, dass Gott sich die Menschheit in bürgerliche Nationen gegliedert vorgestellt habe, und dass von liberalen Regierungen geführte Nationen Garanten des allgemeinen Menschheitsfortschritts seien, beherrschte das Denken der deutschen Eliten so sehr, dass alle konfessionellen Ordnungsentwürfe, die am vernationalen und vorbürgerlichen Ständezwischenalter festhielten, in die Defensive gerieten, auch die transnationale katholische Vorstellung einer universalen Kirchlichkeit, der wir als heutige Europäer trotz ihrer stark ausgeprägten hierokratischen Elemente erheblich mehr Verständnis entgegenzubringen vermögen, als dies etwa dezidiert liberal und national eingestellte Katholiken des 19. Jahrhunderts hätten tun können. Damals wusste man noch nicht, wie schnell die liberalen, auf Markt und Wettbewerb setzenden Wohlfahrtsverheißungen an ihre Grenzen stoßen würden, wie sehr die Marktgesellschaft karitativer und sozialpolitischer Abfederung zum Schutz des Schwächeren bedurfte und zu welchen Exzessen religiös aufgeladene Nationalismen im Stande sein würden. Noch träumte der europäische Liberalismus bis zum großen Börsenkrach von 1873 von der goldenen Zukunft eines friedfertigen, die Menschheit vervollkommnenden globalen Wettbewerbs unter freien Bürgernationen. Insofern konnte vor dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts die über weite Strecken berechtigte katholische Kritik am zeitgenössischen Liberalnationalismus kaum auf Gehör treffen. Erschwerend kam hinzu, dass in Preußen der katholische Konservatismus, eingeklemt zwischen kirchenfeindlichem Liberalnationalismus und protestantischer Konkurrenz, bei scharfen Abwehrreaktionen Zuflucht

<sup>19</sup> BUCHHEIM, Karl: Ultramontanismus und Demokratie. Der Weg der deutschen Katholiken im 19. Jahrhundert, München 1963; LILL, Rudolf: Geschichte Italiens vom 16. Jahrhundert bis zu den Anfängen des Faschismus, Darmstadt 1980.

suchte, die auf voraufklärerisches Traditionsgut zurückgreifen ließen, d. h. auf magisch-symbolische Formen, auf eine charismatische Überhöhung des Priester- und Papstamtes und auf eine doktrinär anmutende Verurteilung des Liberalismus. Damit glaubte ein traditionsverhafteter Klerus den Kampf mit den Deutungseliten der bürgerlichen Moderne aufnehmen zu können. Als Vorbild diente der verzweifelte Abwehrkampf des Papstes gegen den italienischen Liberalnationalismus und dessen Ambitionen auf den Kirchenstaat. Wichtige Marksteine setzte die katholische Mobilisierung mit der Verkündigung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis Mariens im Jahre 1854, mit dem „Syllabus errorum“ von 1864, der das liberale Verfassungsdenken frontal angriff, und mit dem Unfehlbarkeitsdogma des I. Vatikanischen Konzils. Als sich im Herbst 1859 auch in Paderborn eine sehr selbstbewusst auftretende liberale Gruppierung bemerkbar machte, erhielt der Abwehrkampf des katholischen Traditionalismus auch eine lokale Dimension.

Eine dritte Voraussetzung begünstigte die Öffnung der Alteingesessenen gegenüber den Neuankömmlingen. Es war die bescheidene Größe Paderborns, die der Bildung konkurrierender Elitenvereinigungen bereits aus materiellen Gründen gewisse Grenzen setzte. Immerhin hatten Eliteclubs im 19. Jahrhundert umfangreiche Aufgaben wahrzunehmen, die beträchtliche Ressourcen banden: Sie waren zumeist, so auch in Paderborn, ein Forum des geselligen Austausches über allgemeine Zeitfragen mit entsprechend ausgestatteten Clubräumen, sie hielten zur Befriedigung der Informationsbedürfnisse ihrer Mitglieder ein breites, überparteilich und überkonfessionell ausgerichtetes Angebot an Zeitungen und Zeitschriften bereit, sie stellten Spieltische (Billard etc.) und andere Spiele zur Verfügung und organisierten Tanz-, Konzert- und Theaterveranstaltungen, die dem gehobenen Geschmack des Akademikers entgegenkamen. Dies alles wollte finanziert werden und setzte voraus, dass eine gewisse ‚kritische Masse‘ an Mitgliedern nicht unterschritten wurde, und diese kritische Grenze wäre angesichts der bescheidenen Einwohnerzahl Paderborns in der Mitte des 19. Jahrhunderts (10.000 bis 12.000 Einwohner) schnell erreicht gewesen, wenn es zwei Elitenvereinigungen gegeben hätte. Auch die Paderborner „Harmonie“ unterhielt eigene Clubräume, wenn auch gemietet, darunter einen 1841 eröffneten großen Veranstaltungssaal für Festveranstaltungen und Bälle sowie ein Lesezimmer mit einem ansehnlichen Angebot an Zeitschriften.<sup>20</sup> Nur wer zu solch einer Einrichtung Zugang hatte, konnte seinen geistigen Horizont durch Lektüre und geselligen Austausch in einer Weise erweitern, die eine Teilnahme an elitegemäßer Geselligkeit und Konversation erlaubte. Die „Harmonie“ stellte damit einen Rahmen bereit, in dem das elementare Bedürfnis nach Unterhaltung und Kontakt unter Standesgenossen außerhalb und unabhängig von der bischofskirchlichen und behördlichen Infrastruktur befriedigt werden konnte.

<sup>20</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 14ff., S. 22, S. 28.



Zugespielt formuliert verdankte die „Harmonie-Gesellschaft“ ihre Integrationsfähigkeit einer besonderen Konstellation vor Ort, und damit wären wir beim vierten Faktor, oder besser gesagt, einem besonderen Faktorenbündel. Da gab es zum einen innerhalb der Oberschicht die gewichtige Gruppe der Katholiken, die in überlokale Beziehungsnetze eingebunden war und ungeachtet ihres konfessionellen Minderheitenstatus im preußischen Staatsverband voll anerkannt sein wollte. Sie bildete nach dem Anschluss an Preußen eine von Rollenunsicherheit geprägte zwiespältige Identität aus: hier das traditionelle Konfessionsdenken und dort ein mit sozialen wie nationalpolitischen Fortschrittsvisionen angereichertes preußisches Staatsbewusstsein, dessen Leuchtkraft auch auf die katholische Elite anziehend wirkte. Die alteingesessenen Katholiken trafen auf eine protestantische Elite innerhalb ihrer Stadt, die sich als staatstragend begriff, sich aber im lokalen Alltag mit einer fremdartigen Umgebung arrangieren musste. Auch diese Gruppe sah sich mit hohen Anforderungen konfrontiert, was ihr Selbstverständnis als Elite und ihre Anpassungsfähigkeit betraf. Auch sie sah sich zu einer gewissen Offenheit genötigt, wollte sie nicht den Preis eines staatsfrommen Beamtengehaltens zahlen. Die Öffnung gegenüber den Einheimischen erleichterte ungemein, dass die protestantische Elite vor Ort auf Grund ihres liberalnationalen Denkens über längere Zeit mit der preußischen Staatsspitze über Kreuz lag und gern bereit war, vor Ort über das Trennende hinwegzusehen, wenn es im Hinblick auf liberale Zukunftsvorstellungen Verbindendes gab. Hier spielte auf Grund der herausgehobenen Rolle Paderborns als Gerichtsstadt der vielzitierte preußische Richter-Liberalismus eine kaum zu überschätzende Rolle; er gab der Paderborner Oberschicht neben anderen Akademikern zu guten Teilen ihr Gepräge.

Nicht minder kompliziert stellte sich die Lage des jüdischen Großbürgertums dar. Als Minderheit in der eigenen Stadt wie im übergreifenden Staatsverband taten sich die Juden besonders schwer, ihren Status zu definieren. Diese schwierige Lage veranlasste sie, sich gegenüber der konfessionell fremden Umwelt offensiv zu öffnen und sich um der Integration willen für das Gemeinwesen zu engagieren, wie dies die Studie von Margit Naarmann über die Paderborner Juden eindrucksvoll herausgestellt hat.<sup>21</sup> Der Erfolg gab ihnen Recht.

Es war im Kern die eigentümlich gebrochene Identität sämtlicher Gruppen der Paderborner Oberschicht, die zu einer erstaunlichen Integration vor Ort führte. Institutioneller Ausdruck all dessen war an erster Stelle die „Harmonie-Gesellschaft“. Vor allem sie stellte den institutionellen Rahmen bereit, der als kommunikativer Erfahrungsraum beträchtliche integrative Wirkungen entfalten konnte, wobei vor allem die geselligen und genussorientierten Seiten des Gesellschaftslebens nicht unterschätzt werden dürfen. Dies wirkte so nachhaltig, dass die persönlichen Bindungen zwischen

<sup>21</sup> NAARMANN, Margit: Die Paderborner Juden 1802–1945. Emanzipation, Integration und Vernichtung, Paderborn 1983, S. 213.

Juden und Nicht-Juden unbeeindruckt von den antisemitischen Ausgrenzungswellen bis ins Dritte Reich lebendig blieben.

### III. Das Quellenproblem und methodische Fragen

Will man das Beziehungsgeflecht und die Geselligkeitsvereine der gehobenen Paderborner Bürgerschicht untersuchen, trifft man auf eine wenig befriedigende Quellenlage. Dies gilt auch für die „Harmonie-Gesellschaft“, deren Archiv im II. Weltkrieg vernichtet worden ist. Nur einige Festschriften und ein in den 1880er Jahren einsetzendes Protokoll-Buch sind überliefert.<sup>22</sup> Auch die zweite Hauptquelle für vereinsgeschichtliche Untersuchungen, die Paderborner Tagespresse, weist für die entscheidende Aufstiegs- und Konsolidierungsphase der „Harmonie-Gesellschaft“, die 1850er bis 1870er Jahre, beträchtliche Überlieferungslücken auf, soweit es um das Organ der liberal-national gesinnten Bürgerkreise geht, den „Anzeiger für den Kreis Paderborn“.<sup>23</sup> Gleichwohl sind die noch vorhandenen Überreste sehr aussagekräftig, aber von der Lokalgeschichtsschreibung nur unzureichend wahrgenommen worden. Leider hat der verfälschende Eindruck, den eine tendenziöse Münsteraner Dissertation aus dem Jahre 1932 vom Paderborner „Kreisanzeiger“ vermittelt hat, bis in die jüngste Zeit fortgewirkt.<sup>24</sup> So erklärt sich, dass der liberalnationale Teil der lokalen Öffentlichkeit Paderborns bis heute unterschätzt wird. Die liberale Öffentlichkeit hatte drei massenmediale Stützen: zum Ersten die 1855 nach Dortmund umziehende liberale „Westfälische Zeitung“, die auch nach dem Umzug noch einen beachtlichen Paderborner Abonnentenstamm halten konnte, zum Zweiten der politisch ähnlich ausgerichtete „Anzeiger für den Kreis Paderborn“, der sich ab 1859 politisierte, und zum Dritten der altliberale Lippstädter „Patriot“, der aber gegenüber der Paderborner Bisumsspitze keinen polemisch antiklerikalen Ton anschlug.

<sup>22</sup> Protokollbuch des Vorstandes der Harmonie-Gesellschaft 1881–2001, in: StadtA Paderborn, Bestand: Harmonie-Gesellschaft V 41.

<sup>23</sup> Er wurde später in „Paderborner Kreisanzeiger“ umbenannt. Die überlieferten Reste sind sehr lückenhaft; für manche Jahrgänge sind nur noch wenige Nummern greifbar.

<sup>24</sup> KIEPKE, Rudolf: Die Geschichte der Paderborner Presse von ihren Anfängen bis zum Ausgang des Kulturkampfes 1599–1880, in: Westfälische Zeitschrift 89/2 (1932), S. 1–75. Kiepke behauptet auf S. 64, dass der Paderborner „Kreisanzeiger“ erst ab Februar 1861 politische Nachrichten aufgenommen habe. Dies entspricht nicht den Tatsachen, ist aber ungeprüft in die Paderborner Stadtgeschichte von 1999, Bd. 3, übernommen worden, siehe dort S. 95. Bereits ab Sommer 1859 machte sich im Zuge des allgemeinen Aufschwungs der liberalen Oppositionsbewegung auch im „Kreisanzeiger“ eine deutliche Politisierung bemerkbar, und der Jahrgang 1860 enthält wertvolle Informationen über die Formierung der Fortschrittspartei und des „Deutschen Nationalvereins“ in Paderborn (unter dem Namen „Deutscher Verein“). Vgl. die nur bedingt zuverlässige, in Teilen inkorrekte Darstellung, in: MARON, Wolfgang: Vom Ende des Fürstbistums bis zur Gründung des Deutschen Reiches (1802–1871), in: Paderborn. Geschichte der Stadt in ihrer Region, Bd. 3: Das 19. und 20. Jahrhundert. Traditionsbindung und Modernisierung, hg. von Karl Hüser, Paderborn 1999, S. 92–99.

Über die Gewichtsverhältnisse zwischen dem katholisch orientierten „Westfälischen Kirchen- und Volksblatt“ und dem liberalen „Kreisanzeiger“ geben die Quellen Auskunft. So standen 1861 beim Postvertrieb 522 versendete Exemplare des „Volksblattes“ 149 des „Kreisanzeigers“ gegenüber.<sup>25</sup> Über die Stärkeverhältnisse von Liberalismus und katholischem Konservatismus sagt dies aber nur sehr bedingt etwas aus, weil vor allem in den gehobenen Kreisen auch die liberalen Organe aus Lippstadt und Dortmund gelesen wurden und das „Volksblatt“ auch als wichtiges Anzeigenblatt wahrgenommen wurde, unabhängig von seiner politischen Ausrichtung. Als gesichert kann gelten, dass das „Volksblatt“ die mit Abstand größte Zeitung vor Ort war, nachdem es sich in den frühen 1860er Jahren gegenüber dem „Westfälischen Kirchenblatt“ verselbständigt hatte, als dessen Beilage es zuvor erschienen war. Problematisch ist, dass die auflagenschwächeren Segmente der Paderborner Medienöffentlichkeit von der Lokalgeschichtsschreibung nur unzureichend wahrgenommen worden sind. Die Übergewichtung des „Volksblattes“ hat dementsprechend zu einer verzerrenden Rekonstruktion Paderborner Bürgerlichkeit geführt. An dieser Stelle sei ausdrücklich festgehalten, dass ohne eine gründliche Analyse der Paderborner Medienlandschaft die diskursiven Kontexte, in denen sich die lokale Elitenintegration bewegte, kaum begriffen werden können und damit auch nicht die Bedeutung der „Harmonie-Gesellschaft“.

Das „Westfälische Kirchenblatt“ trat während der Revolution von 1848 als dezidiert katholisches Organ ins Leben. Es entsprach dem Aufwärtstrend des politischen Katholizismus, dass diesem Organ seit den frühen 1860er Jahren mit dem „Westfälischen Volksblatt“ ein Blatt zur Seite trat, das den profanen Zeitungsmarkt besser bedienen konnte. Der Verleger Schöningh antwortete mit der Verselbständigung des „Volksblattes“ auf die Politisierung, die seit 1859 vom aufblühenden Liberalnationalismus ausging und den konfessionellen Konservatismus herausforderte. Die Blätter des Hauses Schöningh vertraten eine dezidiert konservative, papstorientierte Linie und richteten auch die Lokalberichterstattung über Vereinsaktivitäten und politische Bestrebungen strikt am Interesse des politischen Katholizismus aus. Informationen über kirchenferne oder gar kirchenfeindliche Bestrebungen vor Ort wird man deshalb dieser fast lückenlos überlieferten Quelle nicht oder nur in perspektivischer Färbung entnehmen können. Da aber die „Harmonie-Gesellschaft“ auf Grund ihres konfessionsübergreifenden Integrationsanspruchs von gesinnungsfesten katholischen Kreisen als kirchenfern eingestuft wurde, schenkte die katholische Presse ihr nur geringe bzw. perspektivisch gefärbte Beachtung. Resümieren lässt sich, dass die schwierige massenmediale Überlieferungslage dazu beigetragen hat, dass das Phänomen liberaler und preußenfreundlich denkender Paderborner Bürger (einschließlich katholisch getaufter)

<sup>25</sup> Aufstellung über den Postdebit (Postversand) im 4. Quartal 1861 für die Paderborner Zeitungen, in: StA Detmold, Regierung Minden, M 1 Pr, Nr. 384a, Bl. 326.

unterschätzt worden ist.<sup>26</sup> Angesichts der beschriebenen Überlieferungslücken bietet sich ein forschungsstrategischer Ausweg an, wenn man die massenmediale ‚Ersatz‘-Überlieferung über Paderborn in den Blick nimmt, soweit es um die Minderheitenmilieus geht. Diesbezüglich erweist sich vor allem die westfälische Presse- und Zeitschriftenlandschaft als ergiebiger Quellenfundus. Hilfreich haben sich für die vorliegende Studie vor allem der Lippstädter „Patriot“ und mehr noch die „Westfälische Zeitung“ in Dortmund erwiesen. Das Dortmunder Organ trat seit den späten 1850er Jahren sogar mit dem Anspruch auf, westfalenweit das liberalnationale Gegenstück zum katholisch orientierten Münsterschen „Westfälischen Merkur“ zu sein.<sup>27</sup> Auch über Paderborn wurde dort aus liberalem und später auch aus dezidiert antiklerikalem Blickwinkel berichtet, allerdings zumeist anonym. Kirchenkritischen Paderborner Katholiken bot die „Westfälische Zeitung“ den Schutz der Anonymität. Wenn sie dort veröffentlichten, hatten sie keine Pressionen zu fürchten. Die große Beachtung, die Paderborner Geschehnisse in dieser Tageszeitung fanden, hatte vor allem vier Gründe: Zum Ersten ließ die Redaktion die Verbindungen nach Paderborn auch nach dem Umzug des Jahres 1855 nicht abreißen, d. h. der nach wie vor beachtliche Abonnentstamm wurde gepflegt, und deshalb erhielt der protestantische Verleger Crüwell in seiner Paderborner Buchhandlung bis 1865 ein „Expeditionsbüro“ aufrecht. Der Umzug nach Dortmund war primär aus Gründen der redaktionellen Standortverbesserung erfolgt; denn Crüwell wollte am industriellen und kommerziellen Aufstieg Westfalens teilhaben und fand in Dortmund als aufstrebender Industriestadt die besten Voraussetzungen vor, um aus seinem Blatt die wichtigste „Provinzialzeitung“ zu machen.<sup>28</sup> Zum Zweiten wollte Crüwell den ‚Ultramontanismus‘ bekämpfen; in der zeitgenössischen Diktion war dies eine von den Liberalen in Umlauf gesetzte abwertende Bezeichnung für den politischen Katholizismus, der von den Liberalen verdächtigt wurde, die konfessionellen Bindungen über die staatsbürgerlichen Loyalitätspflichten zu stellen, also den römischen Papst höher zu achten als den Landesherrn und die deutsche Nation.<sup>29</sup> Getreu seiner Haltung stellte Crüwell auch weiterhin kirchenkritischen Paderbornern sein Blatt zur Verfügung.<sup>30</sup> Dies wurde aber erst ab 1859 bedeutsam, als die Gegensätze zwischen Liberalismus und Katholizismus erneut zum Vorschein

<sup>26</sup> Vgl. beispielhaft: MARON, Vom Ende des Fürstbistums, S. 92ff.

<sup>27</sup> BEHRBALK, Erhard: Die „Westfälische Zeitschrift“. Ein Beitrag zur Geschichte der westfälischen Tagespresse im 19. Jahrhundert (1848–1883), Dortmund 1958, S. 32ff.

<sup>28</sup> Nachricht aus Dortmund am 9. September, in: WZ, Nr. 210, 9.9.1855.

<sup>29</sup> Die aus „ultra montes“ abgeleitete Begriffsbildung spielte auf die religiösen Bindungen an ein geistliches Oberhaupt jenseits der nationalen Grenzen an, hier „jenseits der Alpen“.

<sup>30</sup> Vgl. die Korrespondenz des Verlegers der „Westfälischen Zeitung“ mit dem „Literarischen Büro“ in Berlin, der zentralen pressepolitischen Stelle der preußischen Regierung: Schreiben des Verlegers W. Crüwell (Paderborn) an die Königliche Zentral-Preßstelle in Berlin vom 29.8.1855 und Schreiben von W. Crüwell bereits aus Dortmund an dieselbe Adresse vom 13.10.1855, in: Geh. StA Berlin-Dahlem, Preußisches Ministerium des Innern, I. HA, Rep. 77A, Nr. 269.

kamen. Zum Dritten reichte auch damals das Bistum Paderborn bereits bis in den Dortmunder Raum, so dass die kirchenpolitischen Belange des Bistums auch aus diesem Grunde für die „Westfälische Zeitung“ einen hohen Nachrichtenwert hatten. Zum Vierten betrachtete die in der Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ versammelte Elite vor allem die „Westfälische Zeitung“ als unverzichtbares Organ der westfälischen Öffentlichkeit, wenn es um liberale und nationale Perspektiven ging. Die Paderborner Liberalen, die als Leser der „Westfälischen Zeitung“ in Frage kamen, waren nicht nur in der „Harmonie-Gesellschaft“ zu Hause, sondern auch in dem vom Verfasser untersuchten Sängerverein „Liedertafel“, im Musikverein, im „Deutschen Verein“ als verkapptem Zweigverein des „Nationalvereins“, in den örtlichen Wahlkomitees der Fortschrittspartei und später der Nationalliberalen Partei und in einigen berufsständischen Vereinen der gehobenen Bürgerschicht.<sup>31</sup> An erster Stelle waren die Juristen der Paderborner Gerichte ein wichtiger Leserkreis. Außerhalb der Paderborner Gebildetenschicht traf die „Westfälische Zeitung“ kaum auf Resonanz.<sup>32</sup> In der breiten Mittelschicht musste sie dem „Westfälischen Kirchen- und Volksblatt“ das Feld überlassen.

Kirchenkritik war in den gehobenen Bürgerkreisen Paderborns stärker verbreitet, als das verzerrende Klischeebild vom ‚schwarzen‘ Paderborn suggeriert. Dass sich hinter Klischeebildern häufig eine ‚halbe Wahrheit‘ verbirgt, will dieser Beitrag nicht bezweifeln, und auch nicht das Faktum, dass Paderborn bereits vor dem Kulturkampf der 1870er Jahre eine Hochburg des politischen Katholizismus war. Auch ist über jeden Zweifel erhaben, dass der streng papstgläubige Bischof Martin im Kreise seiner deutschen Bischofskollegen eine extrem konservative Außenseiterposition einnahm.<sup>33</sup> All dies sagt über die Haltung der katholisch getauften Bevölkerung vor Ort noch nicht sehr viel aus, am wenigsten aber über die Gesinnung der gehobenen katholischen Bürgerschicht, die wenig Berührungängste im Umgang mit Protestanten, Liberalen und Juden zeigte. Der in der Stadtgeschichtsschreibung auch jüngst noch vermittelte Eindruck, dass Bischof Martin mit seiner papistischen Kirchenpolitik, vor allem mit seiner vorbehaltlosen Unterstützung des päpstlichen Unfehlbarkeitsanspruchs in Paderborn auf breiteste Zustimmung gestoßen sei, ist mit einem deutlichen Fragezeichen zu versehen.<sup>34</sup>

Eine Reihe von Quellenzeugnissen stützt die Vermutung, dass der Bischof mit seinem autoritären Kirchenverständnis in Paderborn weniger Rückhalt hatte, als bislang

<sup>31</sup> KLENKE, Dietmar: Katholisch oder nationalreligiös? Paderborner Männergesangsvereine im Wandel der Zeiten, in: Mitteilungen des Vereins für Geschichte an der Universität Paderborn 15/2 (2002), S. 117–144.

<sup>32</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 6, 7.1.1860.

<sup>33</sup> WITTIG, Michael: Paderborn als kirchlicher Vorort. Die Bedeutung für Stadt und Region, in: Paderborn. Geschichte der Stadt in ihrer Region, Bd. 3, S. 368f.

<sup>34</sup> WITTIG, Paderborn als kirchlicher Vorort, S. 368.

angenommen wird. Kritik an seinen papistischen Überzeugungen artikulierte sich innerhalb der gehobenen Bildungsschicht, als er sich mit Unterstützung seiner kirchengläubigen Anhänger im Gefolge des oberitalienischen Krieges von 1859 als lautstarker Vorreiter des päpstlichen Abwehrstandpunktes exponierte, bei dem es um die Verteidigung der päpstlichen Herrschaft über den Kirchenstaat ging. Hinter der leidenschaftlichen Parteinahme im inneritalienischen Konflikt verbarg sich bei Konrad Martin und seinen um das „Kirchenblatt“ gruppierten Anhängern die begründete Sorge, dass auch in der deutschen Staatenwelt die Unabhängigkeit der katholischen Kirche bedroht sei, falls der bürgerliche Liberalnationalismus gemäß seinem italienischen Vorbild politisch zum Zuge kommen sollte. Auch Paderborner Katholiken wurden von strenggläubigen Kirchenvertretern verdächtigt, liberal und papstkritisch zu denken, dies spätestens seit den Schiller-Feierlichkeiten vom November 1859.<sup>35</sup> Als das Paderborner Kirchenmilieu wenig später den preußischen Prinzregenten ersuchte, den Papst bei der Verteidigung seiner weltlichen Herrschaftsstellung zu unterstützen, gingen liberale Paderborner Katholiken gegenüber den örtlichen Kirchenführern auf Distanz. Denn die pro-päpstliche Adresse an den Prinzregenten hatte mit Blick auf den Kirchenstaat die gesamteuropäische monarchische Solidarität beschworen und geriet damit in den Verdacht, die europäische Adelsreaktion zu unterstützen.<sup>36</sup> So erklärt sich, dass etliche Namen katholischer Honoratioren auf den Unterschriftenlisten fehlten, die der besagten Solidaritätsadresse beigegeben worden waren.<sup>37</sup> Liberal Gesinnte unter den Paderborner Katholiken betrachteten die von Rom ausgehende und vom Paderborner Bischof bereitwillig unterstützte Verhärtung kirchlicher Positionen als ein Hemmnis für den allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt. Sie begriffen sich als „besonnen“, wenn sie eine Verteidigung unhaltbarer kirchlicher Positionen ablehnten und die Anhänger des Bischofs als „blind von Autoritäten“ gelenkte Gläubige abqualifizierten, wie ein Paderborner Katholik in der „Westfälischen Zeitung“ verlauten ließ.<sup>38</sup> Es baute sich eine Front liberal gesinnter Paderborner auf, die über die Konfessionsgrenzen hinweg auf den Kirchenkonservatismus abweisend reagierten. Sie wollten diejenigen Kräfte bekämpfen, die die überkommene adlige Standesherrschaft, das althergebrachte Prinzip der Kirchenhierarchie und den territorialstaatlichen Partikularismus stützten.<sup>39</sup> Den konservativen Gegner orteten sie in allen Konfessi-

<sup>35</sup> Einige flüchtige Gedanken in Betreff der hiesigen Schillerfeier, in: Westfälisches Kirchenblatt (Abk.= WKB), Beilage zu Nr. 45, 5.11.1859, S. 354; Von der Pader, in: WZ, Nr. 13, 15.1.1860. (Artikel eines anonym bleibenden Paderborner Katholiken, der sich als Gegner der konservativen ‚ultramontanen‘, sprich papistisch-autoritären Richtung innerhalb des Paderborner Katholizismus äußert).

<sup>36</sup> Adresse der Stadt Paderborn an Seine königl. Hoheit den Prinzen von Preußen, in: WKB, Beilage zu Nr. 49, 3.12.1859.

<sup>37</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 301, 21.12.1859.

<sup>38</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 301, 21.12.1859.

<sup>39</sup> Die Paderborner Adresse, in: WZ, Beilage zu Nr. 297, 16.12.1859.

onskirchen, nicht nur im Katholizismus. Gleichwohl ging es in Paderborn zuvorderst um die katholische Variante des Konservatismus, an der sich die liberalen Gegner rieben. Und dabei erwies sich das Umbruchjahr 1859 als wichtiger Einschnitt. Seither war es der offensive Gestus der Liberalen, vor allem ihr visionär aufgeladener machstaatlicher Durchsetzungswille, der den Auseinandersetzungen mit dem konservativen Gegner eine besondere Schärfe vermittelte. Eine große Rolle spielte dabei der Blick auf die Gewaltpolitik der italienischen Nationalbewegung, der die deutschen Liberalen große Bewunderung entgegenbrachten.

An der „Harmonie-Gesellschaft“ konnten diese Auseinandersetzungen nicht spurlos vorbeigehen, denn die Repräsentanten der weltanschaulichen Pole waren in ihr vertreten. Zuvor, in der Reaktionsära, waren diese Spannungen nicht so deutlich zu Tage getreten, weil der katholische Konservatismus nicht als religiöse Stütze der preußischen Adelsreaktion in Erscheinung getreten war, vielmehr eine vermittelnde Stellung zwischen liberalnationaler Opposition und protestantischer Adelsreaktion eingenommen hatte. Die überkonfessionellen Gemeinsamkeiten des Kirchenkonservatismus kehrte man katholischerseits nicht allzu sehr heraus, weil man stets auf Unabhängigkeit gegenüber dem Staat bedacht war und zu Recht jeden kirchenpolitischen Vorstoß aus dem protestantisch-konservativen Regierungslager mit Argwohn beobachtete.<sup>40</sup>

#### **IV. Elitebewusstsein und bürgerlicher Aufklärungsgedanke**

Verbindend wirkte auf die Paderborner Elite die aufklärerische Utopie des freien Meinungsaustausches unter Gebildeten, die das Richteramt über Wahrheitsansprüche nur der abstrakten Vernunft zubilligten, nicht aber weltlichen Institutionen und Autoritäten, auch wenn sie sich als herrschaftlicher Geburtsadel oder kirchliche Autoritäten auf Gott beriefen. Diese Bildungsidee, die sich an vornehmster Stelle im Schillerkult und in dessen Freiheitspathos überhöhte, faszinierte gebildete Bürger auch in Paderborn.<sup>41</sup> Sie beruhte auf der Vorstellung, dass nur ein in geistiger, seelischer und ästhetischer Hinsicht umfassend gebildeter Mensch sittlich veredelt sei, und dass allein solch ein Mensch die gottgewollten Qualitäten einer Elite vorweisen könne. Bildung adelte, nicht hohe Geburt oder hierarchische Bestallung, und damit forderte der bürgerliche Gebildetenstand in seinem oppositionellen Aufstiegsdrang die überkommene adlige Herrschaftsklasse und den kirchlichen Konservatismus heraus. Die herausfordernde Note gab der bürgerlichen Vernunftgläubigkeit der Fortschrittsgedanke, d. h. die Vorstellung, dass der Mensch als vernunftbegabtes Geschöpf Gottes nur conse-

<sup>40</sup> Vgl. als scharfsinnige Lagebeurteilung aus katholischer Sicht: Zur Situation der katholischen Preußen in der Gegenwart, in: WVVB, Nr. 6, 4.2.1863.

<sup>41</sup> Die „Vergötterung Schillers“ und die frommen Zopfträger des Herrn, in: WZ, Nr. 257, 30.10.1859.

quent genug von seiner Bildungsfähigkeit Gebrauch machen müsse, um die Welt tatkräftig zu vervollkommen. Die Träger dieses humanistischen Weltbildes begriffen sich als aufsteigende Klasse, die über den autonomen Zusammenschluss Gleichgesinnter dem Führungsanspruch des gebildeten Bürgers Nachdruck verlieh und dies mit der Vision verband, die innerweltlichen Geschehnisse der Menschheit nachhaltig verbessern zu können. Seine institutionelle Verkörperung fand dieses überkonfessionelle Ideal vorneweg in den Gymnasien, die sich, wie es auch in Paderborn ganz typisch hieß, der „harmonischen Ausbildung aller Seelenkräfte“ widmen und „mit Gott“ auf „des Wissens Bahn“ wandeln sollten, um im „Glanze der Weisheit“ nur der „Wahrheit“ zu dienen, nicht aber den Glaubenssätzen irgendeiner Konfession.<sup>42</sup>

Zwei scheinbar widerstrebende Leitideen bekräftigten diese Vision: der im Freiheitsgedanken wurzelnde Konkurrenzgedanke und der sich mit dem Patriotismus verbindende Assoziationsgedanke. Der Konkurrenzgedanke wollte die Gebildeten im friedlichen Wettstreit der Argumente zum Besseren hinführen, und der Assoziationsgedanke beruhte auf der Idee, dass die natürliche Konkurrenz freier bürgerlicher Individuen eines gemeinschaftsorientierten Gegengewichts bedürfe, um die Wettstreitleidenschaft und den Machttrieb zu zähmen und den Menschen zu moralischem, gemeinschaftsfähigem und wohltätigem Handeln zu befähigen. Hier wurde bei den Liberalen die in Gottes Willen gründende Nation zum obersten, die Freiheitsidee einbindenden Bezugspunkt. Diese Utopie der selbsttätigen bürgerlichen Vervollkommnung und des selbständigen Vernunftgebrauchs im Rahmen eines auf staatsbürgerlicher Gleichheit beruhenden deutschen Nationalstaates forderte Adel und Kirchen als die überkommenen Herrschaftsstände des vorbürgerlichen Zeitalters massiv heraus.<sup>43</sup> Bürgerliche Geltungsansprüche dieser Art fanden seit dem späten 18. Jahrhundert ihre organisatorische Plattform in Vereinen, Clubs und sogenannten Gesellschaften. Diese Vereinigungen waren gelebte bürgerliche Autonomie, ein Freiraum bürgerlicher Selbstgestaltung. Ihre Gründung erwies sich als Akt der Emanzipation und des Mündigwerdens gegenüber den überkommenen Autoritäten Adel und Kirche. Aber mit dem bewusst überkonfessionell gewählten Zusammenschluss war keineswegs eine Abkehr von Gott und Religion verbunden, sondern allenfalls eine Abwendung von überkommenen kirchlich-konfessionellen Vorstellungen. Man traute sich als bürgerliche Oberschicht zu, nach einem eigenen Tugendkodex zu leben und eigene ethische

<sup>42</sup> Introduktionsfeier betr. den Herrn Prof. Dr. Ahlemeyer als neuen Direktor des Gymnasiums zu Paderborn, in: Gemeinnütziges Wochenblatt für Stadt und Kreis Paderborn (Abk.=GWB), Nr. 37, 6.5.1846.

<sup>43</sup> Zur Erinnerung an Schiller, in: Anzeiger für den Kreis Paderborn (Abk.=AKP), Nr. 91, Nr. 92, Nr. 14. u. 17. Nov. 1859. Es handelte sich dabei um einen adels- und kirchenkritischen Vortrag über das Verhältnis von bürgerlicher Freiheitsidee und Patriotismus in der deutschen Geschichte. Das Forum war der „Deutsche Verein“ in Paderborn als örtliche Plattform von Nationalverein und liberaler Fortschrittspartei.



Maximen zu definieren, wenn es sein musste, im Wettstreit mit den überkommenen kirchlichen und staatlichen Instanzen.

### V. Geselligkeit unter ‚Gebildeten‘ als Integrationskonzept der Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“

Das Ziel, einen Rahmen zu schaffen, innerhalb dessen die gehobenen Schichten in zwangloser Geselligkeit und wechselseitiger Achtung einander begegnen konnten, umschrieb das Gründungsstatut der „Harmonie-Gesellschaft“ mit den Worten, dass man sich zusammengefunden habe, um „im Kreise gebildeter Personen mit geringen Kosten Erholung durch den Genuß erlaubter Lebensfreuden zu finden“.<sup>44</sup> Was in heutigen Ohren harmlos klingt, war unter den Bedingungen des frühen 19. Jahrhunderts geradezu revolutionär. Denn hinter dem Gruppenmerkmal der ‚Gebildetheit‘, sprich der höheren Bildung, verbargen sich elitäre Geltungsansprüche, die sich in Verbindung mit Geselligkeit und freiwilliger Gemeinschaftsbildung gegen obrigkeitliche Bevormundung und Reglementierung verwahrten. Das war in Reingestalt bürgerliche Selbstorganisierung, die einen Sozialraum schuf, in dem kommunikative, konzeptionelle und operative Kompetenzen erworben und eingeübt werden konnten, – dies alles Voraussetzungen für Führungsfähigkeit und Elitetauglichkeit. Genau damit verband die aufsteigende bürgerliche Bildungsschicht einen herausfordernden emanzipatorischen Anspruch. Auch die Formulierung, dass es der „Harmonie-Gesellschaft“ ‚nur‘ um „Erholung durch Genuß erlaubter Lebensfreuden“ zu gehen schien, lässt sich nur diesem Kontext verstehen. Erholung begriff man als Gegenwelt zur konkurrenzgeprägten Berufssphäre mit all ihren Erwerbszwängen und Leistungsanforderungen, denen eine spezifisch ‚bürgerliche‘ Werthaltung und Arbeitsethik zu Grunde lag. Diese Werthaltung schloss spezifische Vorstellungen über die Gestaltung der Freizeit ein, wobei im Falle der Paderborner „Harmonie“ neben regenerativen Zwecken bildungsbürgerliche Eliteansprüche mit entsprechenden Genuss-, Geschmacks- und Geselligkeitsvorstellungen einfließen.

Noch in einer weiteren Hinsicht hatte der Hauptzweck „Erholung“ Bedeutung. Indem die „Harmonie-Gesellschaft“ lockerer, genussreicher und künstlerisch anregender Unterhaltung Raum gewährte, schuf sie Begegnungsmöglichkeiten, die eine offene Atmosphäre ermöglichten, in der man sich über Konfessions- und Parteigrenzen hinweg unverkrampft austauschen konnte. Genuss, gesellige Konversation und künstlerische Erbauung wirkten gleichsam als atmosphärischer Puffer zwischen den sozialen und weltanschaulichen Gegensätzen, an denen jedes Gesellschaftsmit-

<sup>44</sup> § 1 der Statuten der hiesigen unter dem Namen Harmonie neu errichteten Gesellschaft vom 14.6.1828, in: 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 88.

glied teilhatte.<sup>45</sup> Hier stoßen wir auf die psychologische Unterfütterung des Integrationskonzepts, das im „Harmonie“-Begriff mitschwang: Es ging um die Entschärfung der Konkurrenzbeziehungen, Rivalitäten und Fremdheitsgefühle in konfessioneller, politischer, sozialer, wirtschaftlicher und charakterlich-persönlicher Hinsicht. Selbst in der angespannten Schlussphase der Revolution von 1848 führte die „Harmonie-Gesellschaft“ mindestens einmal monatlich einen Tanzball durch.<sup>46</sup>

Der „Harmonie“-Begriff hatte aber auch eine ethische Dimension. Eingebettet in einen aufklärerischen Kontext ging es bei „Erholung“ und „Genuß“ unter „Gebildeten“ auch um das Ziel eines zivilisierten, gesitteten Umgangs miteinander. Kunst und stilvolle Geselligkeit spielten dabei eine eminent wichtige Rolle. Gegenüber einem von Vereinzelung, Effizienz und Konkurrenz geprägten Lebensalltag wies man ihnen die unüberschätzbare Bedeutung eines gegenweltlichen Korrektivs zu. Kunstgenuss wurde gar zu einer religiös erhabenen Gegenwelt. Kunst sollte als Sphäre des Schönen und Erhabenen, so die kunstreligiös inspirierte Vorstellung der gebildeten Schichten, sittlich veredeln, die Moral im Lebensalltag stärken und über alle Gegensätze hinweg auf die gemeinsam Genießenden verbindend wirken. Insofern stellte das „Harmonie“-Konzept durchaus auch eine mit den Kirchen konkurrierende Instanz dar, – eine Instanz, die Genuss nicht einfach nur als Auswuchs eines flachen und stupiden Hedonismus begriff, den man aus der Warte einer religiösen Askesehaltung hätte geißeln müssen; im Gegenteil, Genuss diente auch als rituell bedeutsame Zone der gefühlsbetonten Verständigung und Gemeinschaftsstiftung innerhalb einer vielgestaltigen lokalen Elite. Genau deshalb spielten Konzerte und Theateraufführungen im Gemeinschaftsleben der „Harmonie-Gesellschaft“ eine unverzichtbare Rolle, so dass zeitweilig sogar die Idee aufkam, zur Vermeidung unnötiger Konkurrenz mit dem Musikverein zu fusionieren, was aber letztlich an finanziellen Bedenken scheiterte.<sup>47</sup>

Auch im geselligen Club-Alltag kamen Genuss und Erholung zu ihrem Recht, so etwa beim Karten- und Billardspiel, bei zwangloser Konversation in den Clubräumen oder bei den in unregelmäßigen Abständen stattfindenden Herrenessen, Tanzbällen oder sonstigen Gesellschaftsabenden. Wie anders könnte man sonst die endlosen Debatten des „Harmonie“-Vorstandes über die Auswahl der Weine deuten, für die Mitte des 19. Jahrhunderts zeitweilig sogar eine Weinkommission bestellt wurde?<sup>48</sup> Man wusste nur zu gut, dass das Projekt eines unverkrampften Umgangs nur dann mehr als hohler Anspruch war, wenn sich der gesellige Austausch des Katholiken mit

<sup>45</sup> Vgl. grundsätzlich zum Verhältnis von Politik und Vereinsgeselligkeit: HOFFMANN, Stefan-Ludwig: *Geselligkeit und Demokratie. Vereine und zivile Gesellschaft im transnationalen Vergleich 1750–1914*, Göttingen 2003.

<sup>46</sup> Anzeigen, in: WZ, 1848, Nr. 85, Nr. 91 u. Nr. 115.

<sup>47</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 16ff. Es ging dabei um einen Vorstoß aus den Jahren 1851/52.

<sup>48</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, vor allem S. 19 u. S. 22ff.

dem Juden, des Protestanten mit dem Katholiken, des Bankiers mit dem Konkurrenten, des Staatsbeamten mit dem Freiberufler und des Liberalen mit dem Konservativen in einem ausgesprochen angenehmen Klima vollzog und damit die verunsichernden Wirkungen, die die Begegnung mit dem Fremden und dem Konkurrenten mit sich brachte, aufgefangen und entschärft werden konnten. Weinkonsum war eben mehr als nur Entspannungsmittel oder Stimmungsaufheller, und Konzerte und Bälle waren mehr als nur oberflächliche Zerstreuung, Unterhaltung oder Mittel der Kontaktabahnung. Sie waren ebenso sehr ein Lockerheit verbreitendes symbolisches Verständigungsmittel, – ‚stumme‘, gleichwohl aber höchst mitteilsame Gesten der wechselseitigen Wertschätzung jenseits konfessioneller, politischer, sozialer oder wirtschaftlicher Gegensätze. Die wechselseitigen Fremdheitsgefühle auszuhalten und dem Gesprächspartner über alles Trennende hinweg sogar liebenswerte Seiten abzugewinnen und dabei die Tugend der Selbstdistanz zu pflegen, dies machte vor allem die Integrationsfähigkeit und damit die Elitetauglichkeit der in der „Harmonie-Gesellschaft“ versammelten Oberschicht aus. Bildungsanspruch, Toleranz und lockere Geselligkeit schufen den geistigen Freiraum, der die Grundlage für einen zivilisierten, von Selbstdistanz geprägten Umgang unter freien Bürgern abgab. Dies alles wohlge-merkt unter den Bedingungen einer entfesselten Konkurrenzgesellschaft und sich frei entfaltender Meinungskämpfe, deren massenmediale Schärfe die unschöne Kehrseite der abnehmenden obrigkeitlichen Reglementierung darstellte.

## VI. Das Innenleben der „Harmonie-Gesellschaft“ in den ersten Jahrzehnten

Über die ersten Jahre der Gesellschaft ist wenig bekannt; man scheint sich in angemieteten Räumen mit Kartenspiel und Konversation die Zeit vertrieben zu haben. Sehr bald aber regte sich das Bedürfnis nach größeren Veranstaltungen, vor allem nach Konzerten und Tanzbällen. Man zog deshalb bereits 1834 in größere Räume um, die ebenfalls angemietet waren. Es fehlte aber noch der große repräsentative Saal, der die Stellung der „Harmonie-Gesellschaft“ angemessen zum Ausdruck brachte. Dieses Projekt ließ sich bewerkstelligen, indem man die Eigentümerin der angemieteten Clubräume bewegte, den bereits vorhandenen Räumen einen Anbau hinzuzufügen, den sogenannten „Harmonie“-Saal.<sup>49</sup> Als man diesen Raum 1841 einweihte, handelte es sich insofern um einen Wendepunkt, als nunmehr auch die weltliche Oberschicht Paderborns in eigenen Räumen repräsentative Feiern, Feste und andere Veranstaltungen durchführen konnte und sich damit von Hoteliers, Staatsbehörden und Religionsgemeinschaften unabhängig machte. Als besonderen Prestigeerfolg verbuchte die Gesellschaft, dass sie 1853 von den Staatsbehörden gebeten wurde, ihnen den „Harmonie“-Saal für einen Empfang des Königs zu überlassen, der aus Anlass der Einwei-

<sup>49</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 15.

hung des Altenbekener Viadukts nach Paderborn kam.<sup>50</sup> Bälle, künstlerische Veranstaltungen, und Festakte aller Art stellten seit den frühen 1840er Jahren die alljährlichen Höhepunkte des Gesellschaftslebens dar.<sup>51</sup> Auch anderen bürgerlichen Vereinigungen wurde der Saal regelmäßig überlassen, etwa dem Musikverein oder der Schützengesellschaft.

### VII. Die „Harmonie-Gesellschaft“ bis zum politischen Umbruch des Jahres 1859

Zunächst waren es vor allem die an den Paderborner Gerichten tätigen Juristen und andere Beamte, die die „Harmonie-Gesellschaft“ als Vereinigung der bürgerlichen Elite im städtischen Leben verankerten. Aus der gehobenen Schicht der katholischen Stadtbürger stießen vor allem Kaufleute, Kirchen- und Staatsbedienstete und andere Selbständige mit gehobener Bildung hinzu und als „nicht ständige“ Mitglieder vor allem die Offiziere der Garnison.<sup>52</sup> Das soziale Profil beschrieb der Vorstand in den frühen 1860er Jahren recht prägnant, wenn es hieß, dass zu den Mitgliedern „fast ausschließlich alle Beamten sowohl der Justiz wie auch der Verwaltungsbehörden, die Lehrer des Gymnasii [sic!] und der gebildete Teil der Kaufleute und Industriellen“ zählten.<sup>53</sup> Noch um die selbständigen Akademiker, vor allem Rechtsanwälte und Ärzte, hätte er die Auflistung ergänzen müssen, wenn es ihm auf Vollständigkeit angekommen wäre.

Von Beginn an trafen die alteingesessenen Paderborner auf einen neuen, konfessionell fremdartigen protestantischen Herrschaftsstand, mit dem sie eines verband, nämlich der wechselseitige Zwang, sich arrangieren zu müssen, wenn man nicht den Anschluss an den bürgerlichen Fortschritt verpassen und sich das Leben im Umgang miteinander nicht schwer machen wollte. Beide Seiten begriffen diese Herausforderung. Es galt, konfessionelle und politische Unterschiede zu überbrücken und deren Konfliktpotential im Rahmen der neu gegründeten Gesellschaft zu entschärfen. Zunächst übten Protestanten und Katholiken, Anhänger des preußischen Staates und Preußenskeptiker und schließlich Liberale und Konservative einen von Toleranz und Verständnis geprägten Umgang miteinander ein. Unsere heutige Hauptquelle, die Festschrift von 1928, schweigt sich über die Frühzeit weitgehend aus, ebenso die zu dieser Zeit unterentwickelte Lokalpresse. Zu vermuten ist, dass es vor 1848 kaum schwerwiegende politische Streitfälle gegeben hat, die die Gesellschaft vor innere Zerreißproben stellten.

<sup>50</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 20.

<sup>51</sup> Vgl. beispielhaft für Bälle der „Harmonie-Gesellschaft“: Anzeige in: *GWB*, Nr. 6, 19.1.1848.

<sup>52</sup> Liste der Gründungsmitglieder von 1828, in: 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 57ff.

<sup>53</sup> Antrag der Harmonie-Gesellschaft zu Paderborn zwecks Erteilung von Korporationsrechten, gerichtet an die Königliche Regierung, Abt. Inneres in Minden vom 23.5.1864, unterzeichnet vom Direktorium, in: *StA Detmold, Regierung Minden*, M 1 I P, Nr. 358, Bl. 310.

Weder die katholische Mehrheitskirche noch die protestantische Konfession konnte die Paderborner Führungsschicht zufriedenstellen, als sich in den 1840er Jahren fortschrittsorientierte liberalnationale Haltungen verbreiteten. Gut dokumentieren lässt sich dies für die Paderborner „Liedertafel“, von der vier Sangesbrüder auch in den Mitgliederlisten der „Harmonie-Gesellschaft“ auftauchen.<sup>54</sup> Tonangebend war in der „Liedertafel“ die gehobene Bürgerschicht, die auch der „Harmonie“ ihr Gepräge gab. Insofern lässt sich begründet vermuten, dass auch in der „Harmonie-Gesellschaft“ das liberale Element Aufwind bekam. Die bürgerliche Oberschicht ließ sich mehr und mehr von innerweltlichen Aufstiegsvisionen faszinieren, vor allem vom Ideal eines am bürgerlichen Leistungsdenken orientierten nationaldeutschen Industriestaates. Diese liberale Perspektive betrachtete nicht nur den partikularistischen und absolutistischen Adelsstaat als Gegner, sondern auch den Konservativismus der überkommenen Konfessionskirchen. Auch erfolgreiche Juden erblickten in den liberalen Visionen eine erfolgversprechende Integrationsperspektive abseits der tradierten konfessionellen Bindungen und Trennlinien. Diesen Trend der Entkonfessionalisierung registrierte auch das Paderborner „Kirchenblatt“. Im Oktober 1848 schrieb es, dass sich die gebildeten Kreise unter den Katholiken größtenteils ihres Glaubens „schämten“.<sup>55</sup> Vor allem schien es unter den katholischen Beamten „viele ungläubige, laue und unkirchliche Mitglieder“ zu geben, die keinen Gottesdienst mehr besuchten. Auch die Paderborner Verhältnisse dürfte der Artikel im Blick gehabt haben.

In der Revolution von 1848 blieben auch die Honoratiorenzirkel nicht von erregten politischen Debatten verschont. Von der bereits erwähnten „Liedertafel“ wissen wir, dass dort um die Ziele der Revolution kontrovers gerungen wurde.<sup>56</sup> Auch die aufblühende Lokalpresse bezeugt, dass in Paderborn die großen Streitfragen diskutiert wurden: das Problem einer klein- oder großdeutschen Nationalstaatsgründung,<sup>57</sup> die Frage, welches Gewicht demokratische und konstitutionell-monarchische Elemente in einem deutschen Nationalstaat haben sollten, und schließlich die Frage, welche Stellung den Kirchen in einem deutschen Nationalstaat eingeräumt werden sollte.<sup>58</sup> Während sich Demokraten und Liberale recht schnell organisierten, betrat ein Katholikenverein erst im Oktober die politische Bühne.<sup>59</sup>

<sup>54</sup> Bei diesen Doppelmitgliedschaften handelte es sich um Oberlandesgerichtsrat Bachmann, Hauptmann Conze, Sekretär Germer und Justiz-Kommissar Schmale. Vgl. 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 57ff.; Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel. Festgabe zur 50jährigen Jubiläumsfeier 1888, verfaßt von Liedervater A. Baumann, Anhang 3.

<sup>55</sup> Die Aussichten der katholischen Kirche in Deutschland, in: WKB, Nr. 14, 21.10.1848.

<sup>56</sup> Festschrift 100 Jahre Paderborner Männergesangverein 1838–1938, S. 16ff.

<sup>57</sup> Wer kann in Deutschland Reichshaupt werden?, in: GWB, Nr. 29, 4.4.1848.

<sup>58</sup> Die katholische Kirche und die neue Freiheit, in: WKB, Nr. 1, 5.8.1848.

<sup>59</sup> Nachrichten aus Paderborn vom 27. November und 4. Dezember, in: WKB, Nr. 22 u. Nr. 23, 4.12. u. 9.12.1848. An die Spitze traten mit Rechtsanwalt Mantell und Domkapitular Ernst zwei

Die Streitfragen der Revolution wirkten auch in die „Harmonie-Gesellschaft“ hinein, erkennbar daran, dass sie der neuen Vielfalt des 1848 aufblühenden Pressewesens in ihrem Lesekabinett Rechnung trug. Auch neue Zeitungen wie die liberale Berliner „Nationalzeitung“, die reaktionäre „Kreuzzeitung“ oder die demokratische „Westfälische Volkshalle“ aus Münster kamen in den Genuss, abonniert zu werden. Auf diese Weise stieg der Bestand an politischen Organen während der Revolution auf dreizehn Zeitungen an und der Zeitschriftenetat auf ca. 200 Reichstaler.<sup>60</sup> Auch renommierte Organe wie die bereits im Vormärz etablierte liberale „Kölnische Zeitung“ und die liberalkonservative, an internationalen Nachrichten reiche Augsburger „Allgemeine Zeitung“ zählten weiterhin zum eisernen Bestand des Lesekabinetts. Dass eine Reihe neuer Zeitungen angeschafft wurde, zeigte deutlich, wie sehr das politische Informationsbedürfnis während der Revolutionszeit zunahm; man wird aber im Auge behalten müssen, dass politisches Debattieren auch vor 1848 in der „Harmonie-Gesellschaft“ bereits eine Heimat hatte, wie dies auch andernorts in Honoratiorenclubs üblich war. Die Auswahl der Presse lässt Rückschlüsse zu, welche Themen die Mitglieder besonders bewegten. Die große Mehrheit interessierte sich vor allem für die großen verfassungs- und machtpolitischen Streitfragen im Verhältnis von Adel und Bürgertum und weniger für kirchenpolitische Fragen. Als die Mitgliederversammlung Ende 1849 über Umfang und Ausrichtung des in der Revolution aufgeblähten Zeitungsangebotes zu entscheiden hatte, wurde klar sichtbar, dass die große Mehrheit weder dem katholischen noch dem protestantischen Konservatismus Interesse entgegenbrachte. Bezeichnenderweise zog man ein Abonnement des „Westfälischen Kirchenblattes“ aus Paderborn und des katholisch orientierten „Westfälischen Merkur“ aus Münster erst gar nicht in Betracht, und die Abbestellung der „Kreuzzeitung“, des Organs der preußischen Hochkonservativen, wurde „mit „fröhlichem Gelächter“ vorgenommen.<sup>61</sup> Von den Paderborner Zeitungen traf allein die liberale „Westfälische Zeitung“ auf Interesse. Alles in allem zeigte das Zeitungsspektrum in der ausgehenden Revolutionszeit eine deutlich liberale Schlagseite, auch wenn die Pole auf der linken Seite durch demokratische und auf der rechten durch gemäßigt konservative Blätter markiert waren. Komplett fiel der konfessionelle Konservatismus der Kürzung des Zeitungsetats zum Opfer, so dass die Mitglieder ab 1850 nur noch auf zehn politische Zeitungen zurückgreifen konnten. Zuvor waren es 13 gewesen. Aber nach wie vor änderte sich

Persönlichkeiten, die in den 1850er Jahren auch in der „Harmonie-Gesellschaft“ in Erscheinung traten.

<sup>60</sup> Bericht von der Mitgliederversammlung der Harmonie-Gesellschaft am 13.12.1849, in: WZ, Nr. 297, 15.12.1849. Mit der „Kreuzzeitung“ ist die „Neue Preußische Zeitung“ in Berlin gemeint, das Organ der preußisch-protestantischen Hochkonservativen, die als Kern der preußischen Adelsreaktion galten.

<sup>61</sup> Bericht von der Mitgliederversammlung der Harmonie-Gesellschaft am 13.12.1849, in: WZ, Nr. 297, 15.12.1849.

nichts an der liberal-konstitutionellen Grundausrichtung der Gesellschaft, d. h. an der Favorisierung einer verfassungsmäßig gebundenen Monarchie, die sich mehr auf das Bürgertum als auf den Adel stützte. Dass die „Harmonie“ auch für neue Einflüsse offen blieb, bestätigte sich, als der katholische Konservatismus nach anfänglichen Startschwierigkeiten in der Reaktionsära zu einer selbstbewussten politischen Kraft wurde. Nunmehr fanden auch die Exponenten dieser Richtung in der „Harmonie-Gesellschaft“ Aufnahme.<sup>62</sup> Unter den neuen Bedingungen eines offen reaktionären Regierungskurses fiel es den tonangebenden Liberalen um so leichter, sich gegenüber dem regierungsfernen politischen Katholizismus als potentiell Verbündeten zu öffnen. Bereits in der Revolutionszeit hatte die „Westfälische Kirchenzeitung“ unmissverständlich klargestellt, dass sich der Katholizismus als regierungsunabhängige Kraft begriff und sich jedweden Verstoß, die Kirche zu einer „Staatsmaschinerie“ herabzuwürdigen, energisch widersetzen werde, gleichgültig, aus welcher Richtung ein staatskirchlicher Angriff auf die Autonomie der Kirche vorgetragen würde.<sup>63</sup>

Auch in der Reaktionsära blieb der politische Austausch für die „Harmonie-Gesellschaft“ bedeutsam. Deutschlandweit ließ sich um die Mitte des Jahrzehnts ein gesteigertes Informations-, und Orientierungsbedürfnis beobachten, u. a. im Zusammenhang mit dem Krimkrieg, in dem westeuropäischer Liberalismus und russischer Reaktionsgeist aufeinanderzuprallen schienen. Nachdem die „Harmonie-Gesellschaft“ 1849 den Zeitschriftenbestand herabgesetzt hatte und seither in der Medienlandschaft beträchtliche Veränderungen vonstatten gegangen waren, wurden Stimmen laut, den Zeitschriftenbestand des Clubhauses an die aktuelle Lage anzupassen und gegebenenfalls zu erweitern. Infolgedessen schritt man 1855 zur Gründung einer Zeitungskommission, die aufkommende Meinungsverschiedenheiten bei der Auswahl der Zeitungen zum Ausgleich bringen sollte.<sup>64</sup> Dass es hier Abstimmungsbedarf gab, hatte sich kurz vorher gezeigt, als der Antrag, die liberalkonservative „Patriotische Zeitung“ aus Minden zu abonnieren, von der Generalversammlung abgelehnt worden war.<sup>65</sup> Ob sich hinter dieser Entscheidung finanzielle, journalistische oder ideologische Gründe verbargen, ist nicht mehr rekonstruierbar. Der neuen Zeitungskommission gab man Richtlinien an die Hand, die eine sorgfältige und politisch ausgewogene Auswahl sicherstellen sollten. Das wachsende Informationsbedürfnis nährte sich vor allem aus dem Unbehagen über den allgemeinen politischen Stillstand und aus der Verärgerung über die autoritären Praktiken der Berliner Regierung. Auch das Paderborner Pressewesen bekam dies zu spüren, z. B. 1855 anlässlich eines Wahlaufufes des „Kirchen-

<sup>62</sup> Beispielsweise fanden mit Domkapitular Ernst, Rechtsanwalt Mantell und Kaufmann Brüning exponierte Vertreter des politischen Katholizismus Aufnahme in der „Harmonie-Gesellschaft“; vgl. 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 46 u. S. 60.

<sup>63</sup> Die katholische Kirche und die neue Freiheit, in: WKB, Nr. 1, 5.8.1848.

<sup>64</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 22f.

<sup>65</sup> Nachricht aus Paderborn vom 13. Juli, in: WZ, Nr. 162, 14.7.1855.

blattes“, das dazu aufgefordert hatte, nur „aufrichtige Katholiken“ zu wählen.<sup>66</sup> Prompt schritt die Ortspolizei zur Beschlagnahmung, denn aus ihrer Sicht störte der Aufruf den „konfessionellen Frieden“. Zuvor hatte die Polizeibehörde bereits gegenüber der „Westfälischen Zeitung“ mit der Ausweisung eines Redakteurs und mit der zeitweiligen Verweigerung der Postbeförderung vorexerziert, dass sie es mit der Pressekontrolle ernst meinte.<sup>67</sup> Die obrigkeitliche Gängelung wurde zunehmend als Ärgernis empfunden. Auf der einen Seite erblickte man Stillstand und Rückschritt, soweit es um die politischen Verhältnisse in Deutschland ging, und auf der anderen Seite begann die industrielle Dynamik auch Paderborn zu erfassen und brachte eine neue Schicht erfolgreicher Kaufleute, Unternehmer und Bankiers hervor. Dieser Zwiespalt führte zu wachsender Unzufriedenheit, und den gebildeten Paderbornern war klar, dass sie eine breite Informationsbasis benötigten, wenn sie an der politischen Willensbildung stärker mitwirken wollten. Deshalb musste ihnen umso mehr daran gelegen sein, im Lesekabinett der „Harmonie-Gesellschaft“ auf ein breites Medienangebot zurückgreifen zu können, das die jeweils aktuellen Trends der Medienlandschaft berücksichtigte. Entsprechendes Gewicht hatte die Zeitungskommission.

Die wachsende politische Unzufriedenheit fiel mit der Öffnung der „Harmonie-Gesellschaft“ für erfolgreiche Juden zusammen. Den Anfang machte man mit Kaufleuten, 1854 mit dem Kaufmann Löwenstein und 1856 mit den Gebrüdern Eichengrün. Damit stärkte man das liberale Element beträchtlich.<sup>68</sup> Z. B. zählte Julius Eichengrün zu den Mitbegründern der liberalnationalen Turnvereinsbewegung in Paderborn.<sup>69</sup> Mit der Integration arrivierter jüdischer Bürger unterstützte die „Harmonie-Gesellschaft“ die liberale Umgestaltung der deutschen Gesellschaft in eine Staatsbürgergesellschaft, die vor allem auf Leistung und Bildung, nicht aber auf die konfessionelle oder ständische Herkunft schaute. Bereits in den 1840er Jahren hatte die Integration der Juden in die Paderborner Gesellschaft Fortschritte gemacht, als angesehene jüdische Familien zunehmend auf geselligen Tanzveranstaltungen willkommen geheißen wurden und diese Familien gesellige Begegnungsanlässe als Chance begriffen, konfessionell bedingte Fremdheitsgefühle und Vorurteile abzubauen. Ein jüdischer Paderborner bestätigte ausdrücklich, dass „gemeinschaftliches Vergnügen“ integrativ wirke. Aus seiner Sicht, die er 1848 einem Presseartikel anvertraute, waren „solche Gelegenheiten einer gegenseitigen Annäherung günstig“. Sie zeigten, dass „das Gespenst des Vorurteils“ am ehesten vor „dem heiteren Geist der Freude“ kapitulierte.<sup>70</sup> Auch wenn er selbst in den gebildeten Kreisen Paderborns noch ein beträchtliches

<sup>66</sup> Nachricht aus Paderborn vom 30. September, in: Westfälischer Merkur (Münster), Nr. 225, 2.10.1855.

<sup>67</sup> Nachricht aus Paderborn, in: WZ, Nr. 113, 14.5.1853.

<sup>68</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 61 u. S. 63.

<sup>69</sup> Anzeige des Turnerkomitees, in: AKP, Nr. 83, 18.10.1865.

<sup>70</sup> Eingesandt, in: GWB, Nr. 7, 22.1.1848.



Maß an antijüdischen Vorurteilen glaubte beobachten zu können, so erkannte er doch beträchtliche Fortschritte in Richtung wechselseitiger Toleranz. Die Pressekontroverse, die der Artikel dieses Paderborners auslöste, zeigte deutlich, dass es zwar unterschiedliche Meinungen über das Maß dieser Fortschritte gab, dass aber die bürgerlich-liberale Aufklärungsidee bereits so weit Fuß gefasst hatte, dass die Paderborner Juden mehr als zuvor bei ihren christlichen Mitbürgern auf Toleranz und Respekt rechnen durften.<sup>71</sup> Die größten Hoffnungen setzten sie auf die Verständigungsbereitschaft der gebildeten Kreise unter den Nicht-Juden, während sie in unteren Schichten eher ein Fortwirken dumpfer vorurteilsgeladener Traditionen vermuteten. Auf die aufklärenden Wirkungen der Bildung zu setzen, hatte zum einen mit den konkreten Erfahrungen im Alltag zu tun, zum anderen aber damit, dass sich die an der Kontroverse beteiligten Autoren als hochgebildete Persönlichkeiten auswiesen, die an die humanisierende Kraft der Vernunft glaubten. Damit wurden sie zu einem potentiellen Rekrutierungsfeld der „Harmonie-Gesellschaft“.

Die Pressekontroverse legte offen, dass sich in Paderborn seit den 1840er Jahren ein Wandel vollzog, der dem geselligen Umgang der gebildeten Kreise die Aufgabe zwies, Verständigungsbrücken zwischen Juden und Nicht-Juden zu bauen. Insofern war es nur eine Frage der Zeit, dass auch die „Harmonie-Gesellschaft“ ihren konfessionsübergreifenden Geselligkeitsanspruch auf Juden ausdehnte. Diesen Trend unterstützte der liberale Oppositionsgeist der Reaktionsära; er ließ die Bereitschaft reifen, sich auch gegenüber Juden zu öffnen und gemeinsam am Projekt einer konfessions- und standesübergreifenden nationalen Staatsbürgergesellschaft zu arbeiten. Wohl kaum kann der Einschnitt, den 1854 die erstmalige Aufnahme eines Juden in die „Harmonie-Gesellschaft“ bedeutete, überschätzt werden. Denn mit einem Male drang ein konfessionell sehr fremdartiges Element in den Intimraum exklusiver bürgerlicher Geselligkeit vor, und damit in einen Sozialraum, der als Gegenwelt zur Sphäre pragmatisch-distanzierter Geschäftsbeziehungen empfunden wurde. Dies unterstrichen insbesondere die großen Tanzbälle der „Harmonie-Gesellschaft“, die die familiäre Privatheit ins Organisationsleben integrierten und vor allem über die Knüpfung zarter zwischengeschlechtlicher Bande jedermann vor Augen führten, dass von einer Begegnungsstätte, die den Intimraum der Verwandtschaftsbeziehungen einschloss, starke Integrationskräfte ausgingen. Der Dammbbruch, den die Öffnung gegenüber Juden bedeutete, ließ sämtliche Segmente der Paderborner Elite in den Genuss der wechselseitigen interkonfessionellen Achtung kommen. Seither mischten sich im Mitgliederverzeichnis der „Harmonie-Gesellschaft“ die Konfessionen und Parteirichtungen spiegelbildlich zu ihrem zahlenmäßigen Gewicht vor Ort. Seither spielte sich ein Kli-

<sup>71</sup> Eingesandt, in: *GWB*, Nr. 7, 22.1.1848 einschließlich der Anmerkung der Redaktion; Eingesandtes (Verf. ein anonym bleibender Paderborner Jude), in: *GWB*, Nr. 9, 29.1.1848; Eingesandt (Verf. ein weiterer anonym bleibender Paderborner Jude), in: *GWB*, Nr. 11, 5.2.1848 einschließlich Anmerkung der Redaktion.

ma der Toleranz ein, das die „Harmonie-Gesellschaft“ befähigte, die scharfen politischen Auseinandersetzungen der 1860er und 70er Jahre als ausgleichende Instanz unbeschadet zu überstehen.

Nach 1855 gab die Verhärtung des reaktionären Regierungskurses dem liberalen Oppositionsgeist weiteren Auftrieb. Zum heimlichen Hoffnungsträger der preußischen Liberalen wurde der Prinz von Preußen, der spätere König Wilhelm I. Die Liberalen wünschten sich nichts sehnlicher als die Beseitigung des Berliner Reaktionskabinetts, das sich auf die protestantischen Hochkonservativen stützte. Dem Prinz zu Ehren veranstaltete die „Harmonie-Gesellschaft“ am Neujahrstag 1857 ein Festessen und eine musikalische Abendunterhaltung.<sup>72</sup> Die demonstrative Absicht dieses Aktes ließ sich kaum verbergen; denn es war alles andere als selbstverständlich, einem Prinzen des für den verhassten reaktionären Kurs verantwortlichen Herrscherhauses aus purer Wohlgefälligkeit und Unterwürfigkeit zu seinem Dienstjubiläum zu gratulieren. In diesem Fall jedoch handelte es sich mit scheelem Blick auf den amtierenden König und dessen Reaktionskabinett um eine deutliche Geste der Distanzierung, wenn man seinen mit der liberalen Opposition sympathisierenden Bruder hochleben ließ. Das war Ausfluss oppositionellen Überdresses in monarchistischem Gewande. Deshalb konnte der liberale „Anzeiger für den Kreis Paderborn“ den Prinzen in seinem Bericht über die Festveranstaltung ohne weiteres als einen „gefeierten Sohn des Vaterlandes“ bezeichnen und ihm „echte“ Verehrung entgegenbringen. Durch ‚die Blume gesprochen‘ hieß das, dass man diese Verehrung dem König und seinem Ministerium glaubte vorenthalten zu müssen. Dass der Prinz mit dem Berliner Reaktionskabinett über Kreuz lag, hätte der „Kreisanzeiger“ schwerlich schreiben können; denn es gab eine Anweisung von oben, wonach nur politisch genehmen Blättern die Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen zugestanden wurde.<sup>73</sup> Dieses Privileg wollte der „Kreisanzeiger“ nicht verlieren, und deshalb begnügte er sich mit Andeutungen. Den Gebildeten war landesweit bekannt, dass der Prinz enge Beziehungen zur sogenannten Wochenblattpartei unterhielt, eine lockere, landesweit agierende liberalkonservative Honoratioren-Vereinigung, auf die man für den Fall des Thronwechsels große Hoffnungen setzte.<sup>74</sup> Selbst das Organ dieser Gruppierung war in der Reaktionsära vor Zensur-Übergriffen nicht sicher, trotz des Rückhalts beim Kronprinzen. Mit Rücken-deckung des Königs überspannte das Reaktionskabinett den Bogen so sehr, dass die ‚Wochenblatt-Fraktion‘ des Preußischen Abgeordnetenhauses die Regierung im April

<sup>72</sup> Nachricht aus Paderborn, in: AKP, Nr. 1, 3.1.1857.

<sup>73</sup> Bericht der Kölnischen Zeitung aus Paderborn vom 17.1.1860, in: AKP, Nr. 10, 22.1.1860.

<sup>74</sup> Der Parteiname war dem Organ dieser Gruppierung, dem „Preußischen Wochenblatt“ entlehnt; dieses Blatt steuerte einen anti-reaktionären, liberalkonservativen Kurs und befürwortete eine konstitutionell-monarchische, auf streng rechtstaatlichen Grundlagen beruhende Staatsordnung. Vgl. BEHNEN, Michael: Das Preußische Wochenblatt (1851–1861). Nationalkonservative Publizistik gegen Ständestaat und Polizeistaat, Göttingen 1971, S. 41ff.

1857 mit ungewohnt scharfen Worten attackierte. Sie brachte fast alle Fraktionen des Parlaments hinter sich und vermittelte den Eindruck, sie wolle den Aufstand proben und als Vorbote des ersehnten liberalen Umschwungs an den verpassten Chancen von 1848 anknüpfen. Als Wilhelm 1857 in Vertretung seines schwer erkrankten Bruders die Regentschaft übernahm, erblickte die „Westfälische Zeitung“ im Regentschaftswechsel etwas „Heilsames“; das war eine kaum kaschierte Aburteilung des scheidenden Königs.<sup>75</sup>

Zu dieser Zeit spielten konfessionelle Spannungen innerhalb der Paderborner Oberschicht kaum eine Rolle. Man blickte vor allem auf die reaktionäre Erstarrung der preußischen Politik. Als die „Westfälische Zeitung“ Ende 1855 nach Dortmund umzog und sich gegenüber den Berliner Behörden als ‚anti-ultramontan‘ empfahl, fand dies keinerlei Niederschlag in der Berichterstattung über katholische Belange. Diese blieb wie zuvor neutral bis wohlwollend. So mischten sich 1856 in die Kommentare über die Wahl des neuen Paderborner Bischofs keinerlei kirchenkritische Untertöne.<sup>76</sup> Die auffällige Zurückhaltung gegenüber dem katholischen Klerus zeigt deutlich, wie sehr die wachsenden Spannungen zwischen dem Reaktionskabinett und den politischen Kräften im Lande andere Frontstellungen zurücktreten ließen. Erst im liberalen Umbruchjahr 1859 brachen unter dem Eindruck der hitzigen Debatten über das Verhältnis von italienischer Nationalbewegung und Papsttum die alten Fronten zwischen konfessionellem Konservatismus und Liberalnationalismus wieder auf.

### **VIII. Die ‚Neue Ära‘ und die Auseinandersetzungen zwischen katholischem Konservatismus und liberalnationaler Bewegung**

Ihren Höhepunkt erreichte die liberal-nationale Bewegung in der sogenannten Neuen Ära, die Ende der 1850er Jahre mehr politische Freiheit brachte. Ungeahnt scharfe Formen nahmen nunmehr die publizistischen Auseinandersetzungen zwischen Konservatismus und Liberalismus an. Als wichtiger Impulsgeber wirkte der oberitalienische Krieg. Auch in Paderborn tat sich eine tiefe Kluft zwischen den liberalnationalen Visionen der gehobenen Bürgerkreise und dem Konservatismus des katholischen Kirchenmilieus auf. Auch wenn der Konservatismus in Paderborn vor allem ein katholisches Gesicht zeigte, so hatten die Liberalen gleichwohl auch den protestantischen Konservatismus des Herrschaftsadels im Visier. Sofern der altpreußische Herrschaftsstand die Unabhängigkeit von Religion und Kirche nicht antastete, konnte er auch auf Unterstützung durch die katholische Kirche rechnen. Dies traf auch auf Paderborn zu, wo das „Westfälische Kirchen- und Volksblatt“ trotz aller Distanz gegenüber dem preußischen Herrschaftsadels überkonfessionelle konservative Ge-

<sup>75</sup> Die Stellvertretung des Regenten, in: WZ, Nr. 256, 31.10.1857.

<sup>76</sup> Nachrichten aus Paderborn vom 29. Januar, 18. August u. 8. November, in: WZ, Nr. 26, 31.1.1856 bzw. Nr. 195, 20.8.1856 u. Nr. 270, 15.11.1856.

meinsamkeiten betonte, vorneweg das Prinzip der „monarchischen Legitimität“, wonach der Status quo geburtsständischer und hierokratischer Herrschaftsansprüche als hohes bewahrenswertes Gut zu gelten hatte, das es gegenüber allen Anfeindungen liberalnationaler und demokratischer Bewegungen zu verteidigen galt, in Preußen ebenso wie im gesamten europäischen Raum. Für diesen Konservatismus wurde die italienische Einigungsbewegung zur großen Bewährungsprobe. Als im Frühjahr 1859 der oberitalienische Krieg ausbrach, prallten die Fronten in seltener Schärfe aufeinander. Deutlich wurde, wie unversöhnlich sich Liberalnationalismus und Konservatismus gegenüberstanden. Dies wurde europaweit so empfunden, wobei die Debatten in Regionen mit hohem Katholikenanteil besonders hitzig ausfielen, weil der gewaltbegeisterte italienische Liberalismus auch die weltliche Herrschaftsstellung des Papstes bedrohte. Dies spielte auch in Paderborn im Meinungskampf zwischen katholischen Konservativen und Liberalen eine überragende Rolle.

Erstaunlich eng waren in Paderborn die personellen Verflechtungen zwischen der „Harmonie-Gesellschaft“ und den liberalnationalen Bestrebungen, die ab 1859 in dieser recht kleinen Provinzmetropole einen bemerkenswerten Aufschwung erlebten. Gleichwohl verhielt sich die „Harmonie-Gesellschaft“ im Parteienstreit zwischen konfessionellem Konservatismus und Liberalnationalismus zurückhaltend, um auch weiterhin ausgleichend wirken zu können. Die Zurückhaltung schlug sich vor allem in der Auswahl der Tageszeitungen und Zeitschriften nieder, die die „Harmonie-Gesellschaft“ in ihren Clubräumen bereithielt. Die Kommission, die sich um die Beschaffung von Zeitschriften zu kümmern hatte, ließ sich auch in den frühen 1860er Jahren vom Grundsatz der politischen Ausgewogenheit leiten. Einen bemerkenswerten Pluralismus offenbarte das breite Spektrum der ausgewählten Titel.<sup>77</sup> Auf 22 Periodika konnten die „Harmonie“-Mitglieder zurückgreifen, wenn sie sich in den frühen 1860er Jahren über das aktuelle Zeitgeschehen informieren wollten.<sup>78</sup> Mit Ausnahme

<sup>77</sup> Liste der von Januar bis Juni 1863 gehaltenen Zeitungen und Zeitschriften, in: 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 28.

<sup>78</sup> Die Liste der 22 Zeitschriften enthielt u. a. die folgenden Titel: „Kölnische Zeitung“ (gemäßigt liberal und nationaldeutsch), „Kladderadatsch“/Berlin (linksliberal und militant nationalistisch im kleindeutschen Sinne), „Kreuzzeitung“/Berlin [exakter Titel: „Neue Preußische Zeitung“] (preußisch altkonservativ, d. h. monarchistisch-autoritär bis reaktionär), „Nationalzeitung“/Berlin (liberal und kleindeutsch-nationalistisch), „Augsburger Allgemeine Zeitung“ (liberalkonservativ und großdeutsch), „Militär-Wochenblatt“ (preußisch-konservativ und monarchistisch), „Illustrierte Zeitung“/Leipzig (liberal und nationaldeutsch), „Westfälischer Merkur“/Münster (katholisch-konservativ und großdeutsch), „Kölnische Blätter“ (katholisch-konservativ und großdeutsch), „Volkszeitung“/Berlin (linksliberal und kleindeutsch-national), „Berliner Börsenzeitung“ (gemäßigt liberal und nationaldeutsch), „Westfälische Zeitung“/Dortmund (liberal und kleindeutsch-national), „Westfälisches Volksblatt“/Paderborn (katholisch-konservativ und großdeutsch), „Fliegende Blätter“ (nationaldeutsch und gemäßigt liberal), „Grenzboten“ (liberal und kleindeutsch-national), „Historisch-politische Blätter“ (militant katholisch und großdeutsch-konservativ). Der bei einigen Titeln hinzugefügte Erscheinungsort und die grobe politische Zuordnung sind Ergän-

der revolutionären demokratischen Linken waren alle großen Richtungen der deutschen Publizistik vertreten: katholischer Konservatismus, preußischer Hochkonservatismus, gemäßigter Liberalkonservatismus, großdeutscher und kleindeutscher Nationalismus und radikaloppositioneller Liberalnationalismus. Damit erfüllte die „Harmonie-Gesellschaft“ auch weiterhin die Aufgaben eines parteiübergreifenden Medienzentrums, das weltoffene politische Debatten ermöglichte.

Kaum konnte sich die „Harmonie-Gesellschaft“ den bewegenden Zeitfragen entziehen. Der italienische Einigungskrieg wirkte mitsamt seinen Folgen für die Stellung des Papstes auf die bürgerliche Öffentlichkeit in Deutschland massiv zurück. Denn im Lichte des anstachelnden Vorbildes, das die kämpferischen Italiener lieferten, erlebten die liberalnationalen Fortschrittvisionen ähnlich wie 1848 einen ungeahnten Aufschwung. Dass mit Napoleon III., dem mächtigen Verbündeten der italienischen Einigungsbewegung, eine problematische Größe ins Spiel kam, vermittelte den politischen Debatten zusätzliche Impulse, weil die deutschen Liberalen diesem machtbesessenen und expansionsfreudigen Staatsmann ungeachtet aller Sympathien für die Italiener misstrauten. Infolgedessen erging sich die deutsche Medienwelt in ausufernden Spekulationen, inwieweit Napoleon gegenüber Deutschland annexionistische Absichten hegte. Dies beflügelte die Aufbruchstimmung zusätzlich. Zu einem Kristallisationspunkt der politischen Unruhe wurde das Schiller-Jubiläum vom November 1859. Gefeierte wurde der 100. Geburtstag eines Dichters, den man auf das Podest eines nationalgesinnten Freiheitshelden hob. Auch die Paderborner „Harmonie-Gesellschaft“ hatte daran Anteil. Für die örtliche Schillerfeier stellte sie den „Harmonie“-Saal zur Verfügung, nachdem zuvor ein Fackelzug zu Ehren dieses Heroen der nationalen Freiheitsidee stattgefunden hatte und auf dem Marktplatz eine Büste aufgestellt worden war, die sinnfällig bekräftigte, dass auch die liberal eingestellten Bürgerkreise Paderborns in Schiller einen „Propheten“ der nationaldeutschen und bürgerlich-liberalen Heilsvisionen erblickten.<sup>79</sup> Alles andere als begeistert reagierten katholisch-konservative Kreise. Sie erblickten in der Paderborner Schillerfeier eine „Vergötterung“ des großen Dichters, der sich gegenüber dem Katholizismus feindselig geäußert habe und in seiner gesamten Grundhaltung als Gegner eines christlichen Konservatismus einzustufen sei.<sup>80</sup> Mit dieser Attacke auf das Dichterjubiläum eröffnete das

zungen, die nicht in der überlieferten Liste der „Harmonie-Gesellschaft“ enthalten sind (s. Anm. 77). Der politischen Zuordnung liegen die mediengeschichtlichen Forschungen des Verfassers zugrunde.

<sup>79</sup> Memorabilia von Paderborn seit 1800, verfaßt von Alexander Brandis, Eintrag vom 10. November 1859, S. 49, in: Nachlaß des Vereins für Geschichte und Altertumskunde Westfalens, Acta 44 (Standort: Erzbischöflich-Akademische Bibliothek Paderborn); vgl. auch: Schiller, in: WZ, Nr. 248, 20.10.1859; Die „Vergötterung Schillers“ und die frommen Zopfträger des Herrn, in: WZ, Nr. 257, 30.10.1859.

<sup>80</sup> Einige flüchtige Gedanken in Betreff der hiesigen Schillerfeier, in: WKB, Beilage zu Nr. 45, 5.11.1859.

„Westfälische Kirchenblatt“ die Phase leidenschaftlicher politischer Auseinandersetzungen. Besonders übel vermerkte das Blatt, dass der Fackelzug zum Marktplatz geführt habe, wo die Schillerbüste ausgerechnet im Angesichte des „ehrwürdigen Domes“ zur Aufstellung gekommen sei. Dass die Schillerfreunde den „Cultus des dichterischen Genius“ auf Tuchfühlung mit dem Dom vollzogen, empfand man aus katholischer Sicht als Provokation. Zu Recht weckte dies Konkurrenzgefühle, handelte es sich doch um ein nationalreligiöses und liberales Gegenstück zur katholischen Heiligenverehrung, wie das „Kirchenblatt“ ausdrücklich vermerkte. Von diesem publizistischen Angriff ließ sich die „Harmonie-Gesellschaft“ ebenso wenig beeindrucken wie von weiteren katholischen Vorstößen gegen den wachsenden Einfluss der liberal-nationalen Bewegung auf die Paderborner Bürgerwelt.

Deutlich brachte die „Harmonie-Gesellschaft“ ihre Sympathien für den Nationalgedanken zum Ausdruck, als sie 1860 anlässlich des Jahrestages der Schlacht von Waterloo ein Gartenkonzert veranstaltete, das für das Ziel eines wehrhaften deutschen Nationalstaates warb.<sup>81</sup> Im Hintergrund stand die Besorgnis, dass ein deutsch-französischer Waffengang kurz bevorstehe und sich der deutsche Adelspartikularismus als schwerwiegendes verteidigungspolitisches Manko erweisen könne, vergleichbar dem Napoleonischen Zeitalter. In der Hoffnung, dass der preußische Prinzregent die Hoffnungen, die die Nationalbewegung in ihn setzte, nicht enttäuschte und den Einigungsprozess unterstützte, beschloss man im Frühjahr 1861, ihm zu Ehren eine Büste aufzustellen. Diese symbolische Geste galt ihm als liberalnationalem Hoffnungsträger.<sup>82</sup> Wenig später hätte man nicht mehr im Traum daran gedacht, dem König in den eigenen Gesellschaftsräumen eine Büste zu widmen. Denn mit der Berufung Otto von Bismarcks an die Spitze eines die Rechte des Parlaments missachtenden Konfliktministeriums steuerte der König ab 1862 einen Konfrontationskurs, der ihn zu einem Gegner der Liberalen werden ließ. Aber im Frühjahr 1861 setzte man in der „Harmonie-Gesellschaft“ noch große Hoffnungen auf Preußen, erkennbar daran, dass sich exponierte Mitglieder für den „Nationalverein“ engagierten, der zu diesem Zeitpunkt eine groß angelegte Kampagne für den Aufbau einer preußisch-deutschen Kriegsflotte durchführte, die in dem ersehnten Nationalkrieg zur Befreiung Schleswig-Holsteins zum Einsatz kommen sollte. In Paderborn zählte zu den Wortführern der Flottenagitation, die auf Preußens „deutsche Sendung“ setzte, u. a. das „Harmonie“-Mitglied Philipp Sarrazin.<sup>83</sup>

Trotz aller liberal-nationalen Neigungen in ihren Reihen hielt die „Harmonie-Gesellschaft“ die Balance zwischen den politischen Lagern. Auch weiterhin stellte sie

<sup>81</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 27. Der Jahrestag dieser letzten Entscheidungsschlacht gegen Napoleon I. im Jahre 1815 fiel auf den 18. Juni.

<sup>82</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 27.

<sup>83</sup> Für die preußisch-deutsche Flotte, in: AKP, Nr. 77, 25.9.1861; 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 63.

katholisch orientierten Veranstaltern den „Harmonie“-Saal zur Verfügung, z. B. im Spätherbst 1860 den Jesuiten, die als geistige Speerspitze des päpstlichen Machtanspruchs galten.<sup>84</sup> Auch die Aufnahmepolitik der Gesellschaft blieb ausgewogen: So nahm man im Frühjahr 1860 aus den Reihen der Richterschaft zwei Exponenten der konträren politischen Lager auf: zum einen den protestantischen Appellationsgerichtsrat Wilke, der in den 1860er Jahren zur Führungsgruppe des „Nationalvereins“ und der oppositionellen Fortschrittspartei zählte und ab 1861 mehrmals ins Direktorium der „Harmonie-Gesellschaft“ gewählt wurde, und zum anderen den katholischen Kreisrichter Alfred Hüffer, der in den 1860er Jahren an führender Stelle das Netzwerk des politischen Katholizismus aufbaute.<sup>85</sup>

### IX. Liberalnationale Netzwerkbildung ab 1859

1859 erwachte die liberalnationale Bewegung in Paderborn zu neuem Leben. Die ersten Bestrebungen datierten auf den September. Ein kleiner Kreis von fünf Personen traf sich in einer Privatwohnung, um auch in Paderborn die Bestrebungen für eine Reform der deutschen Bundesverfassung auf eine organisatorisch solide Basis zu stellen.<sup>86</sup> Unter den Initiatoren waren Rechtsanwalt Krönig und Kreisrichter Wichmann, beide zum Führungszirkel der „Harmonie-Gesellschaft“ zählend. Vorbereitet wurde eine Versammlung, die Ende September von 66 Personen besucht wurde und sich auf den Boden der „Eisenacher Erklärung“ stellte, die als Gründungsmanifest des „Deutschen Nationalvereins“ in die Geschichte eingegangen ist.<sup>87</sup> Vor allem Juristen, Gymnasiallehrer und andere Gebildeten wurden vor Ort zu Trägern dieser politischen Idee. Und genau diese Gruppierung, Katholiken eingeschlossen, machte aus der Paderborner Schillerfeier vom November eine kultische Veranstaltung, für die ca. 300 Fackelträger gewonnen werden konnten, vornehmlich Schüler des örtlichen Gymnasiums.<sup>88</sup>

<sup>84</sup> Memorabilia von Paderborn, Eintrag vom 10. November 1859, S. 51. Die Jesuiten-Veranstaltungen fanden zwischen dem 3. u. 23. Dezember 1860 statt.

<sup>85</sup> Memorabilia von Paderborn, Eintrag vom 1.2.1860, S. 50; 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 48f., S. 66; Aufruf vom 19.6.1860 zur Gründung eines Deutschen Vereins, [der als informeller Zweigverein des „Deutschen Nationalvereins“ gedacht war], in: AKP, Nr. 49, 20.6.1860. Vgl. zu Kreisrichter Hüffer: MARON, Vom Ende des Fürstbistums, S. 92f.

<sup>86</sup> Nachricht aus Paderborn, in: WZ, Nr. 228, 27.9.1859. Die von Hülbrock, [Hermann] Krönig, Pieper, Wendroth und Wichmann unterzeichnete Einladung zu einer politischen Versammlung datierte auf den 23.9.1859.

<sup>87</sup> Nachricht aus Paderborn, in: WZ, Nr. 240, 11.10.1859. Das Gründungsmanifest der „Eisenacher Erklärung“ datierte auf den 14. August 1859; ihr zufolge sollte sich ein liberal reformiertes Preußen an die Spitze der deutschen Einigungsbewegung stellen. Vgl. BIEFANG, Andreas: Politisches Bürgertum in Deutschland 1857–1868. Nationale Organisationen und Eliten, Düsseldorf 1994, S. 74f.

<sup>88</sup> Erwiderung des Berichterstatters der Paderborner Schillerfeier an die Redaktion des „Westfälischen Kirchenblatts“, in: AKP, Nr. 97, 3.12.1859; Nachricht aus Paderborn, in: WZ, Nr. 279, 25.11.1859; Einige flüchtige Gedanken in Betreff der hiesigen Schillerfeier, in: WKB, Beilage zu Nr. 45, 5.11.1859, S. 354.

Die Basis der liberalen Bestrebungen verbreiterte sich, als im Mai 1860 über Deutschland ein Sturm der Entrüstung hinwegging, der dem Hannoverschen Staatsminister von Borries galt. Dieser hatte vor dem Landesparlament den „Nationalverein“ attackiert und sich dabei zu der aufreizenden Bemerkung verleiten lassen, dass die deutschen Fürsten notfalls auch „Bündnisse mit außerdeutschen Staaten“ eingehen würden, um einem drohenden Machtverlust zuvorzukommen, falls Preußen den Mittelstaaten einen deutschen Nationalstaat aufzwingen wolle. Prompt folgte ein geharnischtes Echo aus dem liberalen Lager; nun hatte sich die deutsche Fürstenwelt erst recht des Vorwurfs zu erwehren, sie betreibe wie einstmals die „Rheinbundfürsten“ unter Napoleon eine „ehrlose“ Politik, die aus dem Blickwinkel des wiedererwachten „Nationalgeistes“ als „Vaterlandsverrat“ zu brandmarken war.<sup>89</sup> Auch die Paderborner Liberalen wussten die Provokation des Hannoverschen Konservativen zu nutzen, um eine Bürgerversammlung einzuberufen, die gegen von Borries eine Protestresolution verabschieden sollte.<sup>90</sup> Auf der anberaumten Versammlung kamen 76 Unterschriften zusammen,<sup>91</sup> und man ergriff die stimmungsmäßig günstige Gelegenheit beim Schopf, in Paderborn einen an den „Nationalverein“ angelehnten „Deutschen Verein“ zu gründen, der vor Ort auch zur Grundlage der Fortschrittspartei wurde.<sup>92</sup> Diesem Verein traten gleich zu Beginn mehr als 60 Paderborner bei.<sup>93</sup> Laut Aufruf warb man für die Bildung „eines über ganz Deutschland ausgebreiteten Vereins“, der sich für die nationale Einigung einsetzen sollte. Von den sechs Unterzeichnern dieses Gründungsaufrufs tauchen fünf auch in den Mitgliederlisten der „Harmonie-Gesellschaft“ auf, drei davon waren als Juristen ständige Mitglieder, ein Rechtsanwalt und zwei Richter.<sup>94</sup> Die zwei Unterzeichner, die zeitweilig auch im Vorstand der „Harmonie-Gesellschaft“ wirkten, Krönig und Wilke, waren ihrer Herkunft nach Protestanten. Dies war nicht weiter verwunderlich, weil sich mit der nationalen Vorreiterrolle, die der „Nationalverein“ Preußen zuschrieb, vorneweg Liberale protestantischer Herkunft identifizierten. Gleichwohl konnten sich mit dem Gedanken eines von Preußen geführten deutschen Nationalstaates auch liberale Katholiken anfreunden, wenn sie die außenpolitischen Gefahren und Herausforderungen in den Blick nahmen,

<sup>89</sup> Ein neuer Rheinbund in Sicht, in: WZ, Nr. 112, 11.5.1860.

<sup>90</sup> Aus Westfalen vom 25. Mai, in: WZ, Nr. 126, 27.5.1860.

<sup>91</sup> Nachricht aus Paderborn vom 5. Juni, in: WZ, Nr. 136, 9.6.1860.

<sup>92</sup> Nachricht aus Paderborn, in: Der Patriot (Lippstadt), Nr. 58, 23.5.1860 u. Nr. 59, 25.5.1860.

<sup>93</sup> Nachricht aus Paderborn vom 7. Juni, in: WZ, Nr. 136, 9.6.1860. Der „Deutsche Verein“ wurde am 23. Juni 1860 gegründet und galt als informelle Ortsgruppe des „Deutschen Nationalvereins“, der aus vereinsrechtlichen Gründen nur Einzelmitgliedschaften kannte. Das repressive Vereinsrecht der meisten deutschen Staaten kannte das sog. Affiliationsverbot, d. h. politische Vereine durften sich nicht zusammenschließen, also auch keine überörtlichen Verbände und Regionalorganisationen bilden. Aus diesem Grunde gab es im „Nationalverein“ nur Einzelmitgliedschaften.

<sup>94</sup> Aufruf zur Gründung eines Deutschen Vereins vom 19.6.1860, unterzeichnet von Barre (Justizrat), Wilke, (Appellationsgerichtsrat), Krönig (Rechtsanwalt), Ph[ilipp] Sarrazin, Wilmanns (Gerichtsassessor), Burger (Referendar), in: AKP, Nr. 49, 20.6.1860.



die allein mit dem preußischen Machtpotential zu meistern waren, sei es die Abwehr Napoleons III. oder die nationaldeutsche Einverleibung der Elbherzogtümer. Im Frühjahr 1861 nahmen Mitglieder des „Deutschen Vereins“ bereits an einer überregionalen Zusammenkunft des „Nationalvereins“ in Hagen teil.<sup>95</sup> Die Paderborner traten auf dieser Versammlung so exponiert in Erscheinung, dass man sogar in Auge fasste, die nächste überregionale Versammlung für die preußischen Westprovinzen in Paderborn stattfinden zu lassen.<sup>96</sup> Freilich spielte bei der Wahl des Tagungsortes auch die günstige Verkehrsanbindung Paderborns an den mitteldeutschen Raum eine Rolle. Auch von dort rechnete man mit Teilnehmern. Alles in allem zeichnete sich ab, dass der Liberalismus in der Bürgerwelt Paderborns seit 1860 auf dem Vormarsch war. Wie weit dabei die überkommene Konfessionsorientierung der Katholiken zurücktrat, darüber gibt am ehesten das Wahlverhalten Auskunft. Dort zeigte sich, dass mit steigendem Sozialstatus die Konfessionsorientierung abnahm. Doch dazu später.

### **X. Publizistische Auseinandersetzungen zwischen ‚Neuer Ära‘ und preußischem Verfassungstreit**

Wie wir gesehen haben, erwies sich der Schillerkult von 1859 als Markstein in der Geschichte der liberalen Oppositionsbewegung. In Paderborn wirkte er obendrein auch auf die katholische Gegenseite als Fanal; denn sie erblickte in ihm eine national-religiöse Konkurrenzveranstaltung der Liberalen. In der Tat ließ die liberale Publizistik keinen Zweifel daran, dass sie mit der Schiller-Verehrung nicht nur den Adel, sondern auch den konfessionskirchlichen Konservatismus herausfordern wollte. Die Schiller-Freunde beanspruchten die Religion in aller Entschiedenheit für den Freiheitsgedanken, was heißen sollte, dass die „Anbetung des lebendigen Gottes“ nicht auf dem Wege der Verehrung konfessionskirchlicher Autoritäten nach der Art Luthers oder des Papstes zu erfolgen hatte, sondern ihren vornehmsten Ausdruck in der Würdigung des „Künstler-Genius“ finden sollte.<sup>97</sup> Vor allem künstlerische Entäußerungen schienen die göttliche Offenbarung zu verkörpern. Schiller wurde damit zum zentralen Symbol einer antikirchlichen und antihierarchischen Front, die sich innerhalb der liberalen Bewegung konfessionsübergreifend aufbaute. Aus diesem Grunde musste sich der katholische Konfessionsgeist durch die expressiv verklärenden Formen, die der Schiller-Kult hervorbrachte, zu Recht herausgefordert fühlen. Man sah hier eine europaweite liberal-nationale Front am Werk, die die Konfessionskirchen und deren Verkündigungsanspruch attackierte. Dies war vor allem deshalb besorgniserregend,

<sup>95</sup> Nachricht aus Hagen, in: WZ, Nr. 61, 13.3.1861.

<sup>96</sup> Nachricht aus Paderborn, in: WZ, Nr. 67, 20.3.1861.

<sup>97</sup> Die „Vergötterung Schillers“ und die frommen Zopfträger des Herrn, in: WZ, Nr. 257, 30.10.1859.

weil die italienische Nationalbewegung seit Frühjahr 1859 konsequent vorexerzierte, wohin das führte.

Selbst die weltliche Herrschaft des Papstes war seit Herbst 1859 akut bedroht. Dies gab europaweit den Anstoß zu einer Solidaritätsbewegung für den Papst, die in Deutschland vom Freiburger „Piusverein“ ausgehend auch das Paderborner Bistum erreichte, wo man ebenfalls in fast allen Pfarreien Unterschriften für Solidaritätsadressen sammelte, die den Papst in seinem Kampf um die Herrschaft im Kirchenstaat moralisch unterstützten sollten.<sup>98</sup> Während die Unterschriftenlisten zirkulierten, kam im Paderborner Kirchenmilieu die Idee auf, auch an den preußischen Prinzregenten eine Petition zu senden, die diesen aufforderte, sich im Konzert der europäischen Großmächte für den Papst als Herrscher des Kirchenstaates zu verwenden. Diese Adresse an den Prinzregenten kam zu Stande; unterzeichnet von 737 Paderborner Katholiken forderte sie diesen auf, den Papst im Geiste der gesamteuropäischen monarchisch-konservativen Solidarität zu unterstützen und damit einen Damm gegen die europaweite Flut des liberaldemokratischen und antikirchlichen Umsturzes zu errichten.<sup>99</sup> Ihrer Vorreiterrolle nachkommend empfahl die Paderborner Initiative sämtlichen Pfarreien des Bistums, ebenfalls eine pro-päpstliche Solidaritätsadresse an den Prinzregenten zu schicken.<sup>100</sup> Träger der Initiative waren kirchengläubige Paderborner Bürger aus der gehobenen Bürgerschicht, angeführt von Gerichtsjuristen und Kaufleuten, darunter auch der papstloyale Verleger Ferdinand Schöningh und dessen Zeitungsredakteur Josef Honcamp.

Was die Paderborner Initiatoren als konfessionsübergreifende konservative Botschaft an den Prinzregenten verstanden wissen wollten, begriff die liberale Gegenseite als offen reaktionäre Provokation, mit der anscheinend das Rad der Geschichte zu Lasten der europaweiten liberal-nationalen Emanzipationsbewegung zurückgedreht

<sup>98</sup> Nachricht aus Paderborn vom 26. November, in: WZ, Nr. 282, 29.11.1859.

<sup>99</sup> Wortlaut der an den Prinzregenten gerichteten Solidaritätsadresse für den Papst, in: WKB, Beilage zu Nr. 49, 3.12.1859; und in: WZ, Nr. 290, 8.12.1859.

<sup>100</sup> Nachricht aus Paderborn vom 6. Dezember, in: WZ, Nr. 289 vom 7.12.1859. Diese Nachricht enthält eine Liste der Paderborner Unterzeichner des Schreibens an sämtliche Pfarrgemeinden des Bistums. Vermutlich war dieser Personenkreis mit den Ideengebern und Initiatoren der Solidaritätsadresse an den Prinzregenten identisch. Die Unterzeichner waren: Schmidt (Kreisgerichtsrat), Kligge (Justizrat), Pauly (Kreisgerichtsrat), von Detten (Appellationsgerichtsrat), Mantell (Rechtsanwalt), F. Levermann (Kaufmann), Dr. Everken, Predeek (Kaufkamm), A. Heising (Kaufmann), Evers (Kreisrichter), Dr. Pieper (Arzt), Honcamp (cand. phil u. Redakteur des „Westfälischen Kirchenblattes“), Harter (Rendant), Kellerhoff (Gerichtsassessor), Kellerhoff (Kreisrichter), C. Cramer (Kaufmann), Eickel (Kreisgerichtssekretär), L. Everken (Kaufmann), C. Rintelen (Kaufmann), F. Schöningh (Buchhändler und Verleger), A. W. Todt (Zimmermeister), Guldenspennig (Diözesan-Baumeister). Eine Mitgliedschaft in der „Harmonie-Gesellschaft“ lässt sich nachweisen für Cramer und Mantell (Mantell ab 1852, Wiedereintritt 1865 nach Austritt vermutlich 1863). Ob weitere Personen „Harmonie“-Mitglieder waren, lässt sich kaum mehr ermitteln, da die Mitgliederlisten nicht vollständig überliefert sind. Als gesichert kann gelten, dass keiner von diesen zur Führungsgruppe der „Harmonie-Gesellschaft“ zählte. Vgl. 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 45–75.

werden sollte. Offenbar sollte der Prinzregent ins monarchisch-konservative Lager herübergezogen werden. Entsprechend scharf fiel das publizistische Echo aus. In der „Westfälischen Zeitung“ bewertete ein anonym bleibender Paderborner Katholik die pro-päpstliche Adresse an den Prinzregenten als dreisten Vorstoß, der in der Domstadt von einer „klerikalen Partei“ ausgegangen sei, die mehr mit Österreich als mit Preußen zu sympathisieren schien.<sup>101</sup> Der darin anklingende Verdacht der Illoyalität gegenüber dem eigenen Landesherrn lässt sich auch anderen Stellungnahmen entnehmen. So unterstellte ein weiterer Beitrag aus Paderborn den Initiatoren der Adresse, sie legten es mit ihrer katholischen Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus darauf an, „einen Staat im Staate zu bilden“.<sup>102</sup>

Auch der Vorwurf der katholischen Doppelzüngigkeit wurde laut; auf der einen Seite, hieß es, erdreisteten sich die Paderborner Initiatoren, den Prinzregenten um Unterstützung für den Papst zu bitten, auf der anderen Seite aber verlören sie kein Wort darüber, dass es für die protestantische Konfession des Prinzregenten im Kirchenstaat keine freie Religionsausübung gebe, während die Katholiken in Preußen auf geradezu vorbildliche Weise Religionsfreiheit genossen.<sup>103</sup> Hier wurde offensichtlich auf doktrinäre Weise mit zweierlei Maß gemessen, so der Vorwurf. Die Schlussfolgerung, die sich daraus ergab, war klar: Ein Papst, der den Kirchenstaat so autoritär und intolerant führte, verwirkte seinen Herrschaftsanspruch und hatte keinen Anspruch auf Unterstützung durch Preußen. Die weltliche Herrschaft des Papstes schien sich im Zeitalter des bürgerlichen Liberalismus gründlich überlebt zu haben, ebenso das Prinzip des hierokratischen Gehorsams gegenüber kirchlichen Autoritäten.<sup>104</sup> Hier wurde deutlich eine Frontlinie gezogen, die die liberale Bewegung vom glaubensgestützten Autoritarismus der großen Konfessionskirchen trennte.<sup>105</sup> Die Polemik gegen die propäpstliche Partei steigerte sich schließlich zu dem Vorwurf, deren Organ, das „Westfälische Kirchenblatt“, öffne sich radikal-klerikalen Positionen, die der westfälischen Bevölkerung sogar das Recht zusprächen, dem Prinzregenten den Gehorsam zu verweigern, falls dieser sich ihren kirchenpolitischen Forderungen verschließe. In solchen Äußerungen schienen sich preußenfeindliche Tendenzen zu offenbaren, die an die Subversion der Schweizer Katholiken während des Sonderbundeskrieges von 1847 erinnerten.<sup>106</sup> Mit diesem historischen Vergleich und dem Verdacht der offenen Subversion war Anfang 1860 der Gipfel einer Pressepolemik erreicht, die bereits an den Pressekrieg des Kulturkampfes der 1870er Jahre erinnerte, hier von Paderborner Liberalen ins Werk gesetzt, die sich des „Kreisanzeigers“ und der „Westfälischen Zeitung“

<sup>101</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 301, 21.12.1859.

<sup>102</sup> Die Paderborner Adresse, in: WZ, Beilage zu Nr. 297, 16.12.1859.

<sup>103</sup> Die Paderborner Adresse, in: WZ, Beilage zu Nr. 297, 16.12.1859.

<sup>104</sup> Nachricht aus Dortmund [und Paderborn] vom 15. Dezember, in: WZ, Nr. 297, 16.12.1859.

<sup>105</sup> Nachricht aus Dortmund [und Paderborn] vom 15. Dezember, in: WZ, Nr. 297, 16.12.1859.

<sup>106</sup> Von der Pader, in: WZ, Nr. 13, 15.1.1860.

als Sprachrohre bedienten. Das war gleichsam ein publizistischer ‚Kulturkampf‘ vor dem Kulturkampf. Zu dieser Zeit waren die preußischen Liberalen noch fest davon überzeugt, dass der Prinzregent ihr Parteigänger sei, der Preußen zu einem Bollwerk der Freiheit und der nationaldeutschen Einigungsbewegung umformen wolle.<sup>107</sup> Die ‚Westfälische Zeitung‘ kam zu dem Resümee, dass die Paderborner Adresse an den Prinzregenten einen Pressekrieg ausgelöst habe, bei dem sich die ‚Anti-Adreßpartei‘ auf die Gebildeten unter den Paderborner Katholiken habe stützen können, die ‚zurechnungsfähig‘ genug seien, ‚sich nicht von dem Kirchenblatte düpieren‘ zu lassen.<sup>108</sup> Auch an anderer Stelle wurde betont, dass sich eine stattliche Anzahl gebildeter Paderborner Katholiken nicht dazu hergegeben habe, die Adresse an den Prinzregenten zu unterschreiben.<sup>109</sup> Und einige von denen, die unterschrieben hätten, seien später als liberal gesinnte Katholiken zu der Einsicht gelangt, dass es sich dabei um eine voreilige Entscheidung gehandelt habe, bei der man aus falsch verstandener Solidarität einem fragwürdigen päpstlichen Regime seine Unterschrift geliehen habe. Prinzipiell sei die weltliche Herrschaft des Papstes nur dann zu billigen, wenn es im Kirchenstaat zu durchgreifenden liberal-konstitutionellen Reformen komme, hieß es einschränkend.<sup>110</sup> Ein Teil der kritischen Äußerungen über das Paderborner Kirchenmilieu ging auf einen Paderborner Korrespondenten der ‚Westfälischen Zeitung‘ zurück; er wurde Anfang 1860 von der Redaktion als glaubenstreuer Katholik vorgestellt, der von der ‚ultramontanen‘ Partei der Papisten abgerückt sei. Diesem Korrespondenten zufolge war es während des italienischen Krieges darum gegangen, das ‚ultramontane Ansinnen‘ abzuwehren, preußische Staatsbürger für einen ‚sinnlosen Krieg‘ zu opfern. Hinter diesem Blutbad vom Frühjahr 1859 hätten ‚selbstsüchtige Zwecke‘ gestanden, namentlich die Herrschaftsposition des Habsburger Herrscherhauses und der mit Wien verbündeten katholisch-konservativen Territorialfürsten in Italien einschließlich des päpstlichen Regiments im Kirchenstaat.

Das laute Echo, das der Paderborner Adresse an den Prinzregenten in der überregionalen Presse zuteil wurde, erfuhr seine publizistische Krönung in einem in den Pressemedien erstaunlich breit rezipierten Spottgedicht des Berliner ‚Kladderadatsch‘.<sup>111</sup> Dort heuchelte der Verseschmied auf spöttische Weise Verständnis für das Anliegen der papsttreuen Paderborner Katholiken. Er versicherte ihnen ironisch, dass der Prinzregent nichts Eiligeres zu tun habe, als der Aufforderung der Paderborner

<sup>107</sup> Preußens gegenwärtige Stellung und Aufgabe, in: WZ, Nr. 275, 20.11.1859.

<sup>108</sup> Von der Pader, in: WZ, Nr. 13, 15.1.1860; Nachricht aus Dortmund [und Paderborn] vom 15. Dezember, in: WZ, Nr. 297, 16.12.1859.

<sup>109</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 301, 21.12.1859.

<sup>110</sup> Die Paderborner Adresse, in: WZ, Beilage zu Nr. 297, 16.12.1859; Nachricht aus Dortmund [und Paderborn] vom 15. Dezember, in: WZ, Nr. 297, 16.12.1859.

<sup>111</sup> Spottgedicht ‚An unsere lieben Paderborner‘, in: Kladderadatsch. Humoristisch-satyrisches Wochenblatt (Berlin), Nr. 57, 11.12.1859, abgedruckt in: KLENKE, Katholisch oder nationalreligiös?, S. 130.

Petition nachzukommen, in seiner Eigenschaft als protestantischer Fürst das Oberhaupt derjenigen Kirche zu beschützen, die die Protestanten als „Ketzer“ betrachte und nach wie vor nicht daran denke, von ihrem hohen Ross eines religiösen Alleinvertretungsanspruchs gegenüber anderen christlichen Konfessionen herabzusteigen und die moderne Religionstoleranz des bürgerlichen Zeitalters anzuerkennen.<sup>112</sup> Im Kern zielte der satirische Angriff auf die Scheinheiligkeit, mit der ein ‚katholischer‘ Hilferuf einen ‚protestantischen‘ Regenten für die eigene Sache einzunehmen suchte. Dass der ‚Kladderadatsch‘ mit seinem Spott gleich die gesamte Paderborner Bürgerschaft in Haft nahm, hatte zwei Gründe: Zum einen war die Idee, auch an den Prinzregenten eine pro-päpstliche Adresse zu richten, in der Tat auf eine Paderborner Initiative zurückzuführen, zum anderen war aber wohl entscheidend, dass die im ‚Westfälischen Kirchenblatt‘ veröffentlichte Fassung der Adresse den fälschlichen Eindruck erweckte, als habe die gesamte ‚Stadt Paderborn‘ die Adresse an den Prinzregenten mitgetragen und nicht nur das glaubenstreue katholische Kirchenvolk. Aus der Sicht des Berliner ‚Kladderadatsch‘ bot sich kein Anhaltspunkt, zwischen dem katholischen Kirchenmilieu der Stadt und kirchenfernen Bevölkerungskreisen zu unterscheiden. Auf diese Weise erhielt das Klischeebild vom ‚schwarzen‘ Paderborn gleich in seiner Geburtsstunde ein unverdient breites Echo, das alles andere als nach dem Geschmack der liberal denkenden Honoratiorenkreise der Stadt war. Ungeachtet dessen hatte der ‚Kladderadatsch‘ durchaus einen wunden Punkt der pro-päpstlichen Solidaritätsbewegung getroffen. Die ‚Westfälische Zeitung‘ bekräftigte, dass die Autoritätsgläubigkeit und Scheinheiligkeit, die sich hinter der Paderborner Adresse verborgen habe, eine satirische Beantwortung durch den ‚deutschen Punsch‘ geradezu herausgefordert habe.<sup>113</sup>

Ausgesprochen empfindlich reagierte die katholische Presse. So forderte der ‚Westfälische Merkur‘ aus Münster seine Leser auf, den ‚Kladderadatsch‘ nach dieser satirischen Attacke auf die Paderborner Adresse als ‚Schandblatt‘ zu betrachten und nicht mehr zu lesen. Ähnlich massiv wie das katholische Münstersche Blatt reagierte das Paderborner ‚Kirchenblatt‘ auf die scharfen Reaktionen der liberalen Presse. Allen kirchlich gesinnten Lesern der ‚Westfälischen Zeitung‘ legte es nahe, diesem Blatt ‚den Zutritt zu ihrem Haus‘ zu verweigern, weil es sich gegenüber der so-

<sup>112</sup> In der betreffenden Strophe des Spottgedichts heißt es aus der Perspektive eines nicht-katholischen preußischen Staatsbürgers: „Wir sind verpflichtet, gegen die kathol’schen Staatsgewalten, wir Ketzer, gegen Anarchie den röm’schen Stuhl zu halten ! Geduld ! Geduld ! Wir stoßen gleich für des heil’gen Vaters Reich in unsre Kriegeshörner – ihr lieben Paderbörner !“ Mit den ‚kathol’schen Staatsgewalten‘ ist der werdende italienische Nationalstaat gemeint, in dem eine erdrückende Mehrheit der Bevölkerung katholisch getauft war.

<sup>113</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 301, 21.12.1859. – Der ‚Kladderadatsch‘ galt als das deutsche Gegenstück des renommierten englischen Witzblattes ‚Punsch‘. Er war die im deutschsprachigen Raum am weitesten verbreitete satirische Zeitschrift, die jeder deutsche Gebildete, der auf sich hielt, zur Kenntnis nehmen musste.

nannten „klerikalen Partei“ feindselig verhalte.<sup>114</sup> Unterstützung erhielt das Paderborner „Kirchenblatt“ vom katholischen Klerus, der die Gläubigen von der Kanzel herab dazu ermahnte, die „Westfälische Zeitung“ aus ihrem Gesichtskreis zu verbannen.<sup>115</sup> Man wusste, dass das nach Dortmund umgezogene liberal-nationale Blatt in Paderborn noch immer die Stellung hielt und neben dem liberalen „Kreisanzeiger“ in der lokalen Öffentlichkeit das wichtigste kirchenfeindliche Organ darstellte. Demonstrativ gelassen kommentierte die Dortmunder Redaktion die Boykott-Aufrufe, die von den Paderborner Kanzeln zu vernehmen waren. Sie erblickte in der sich zuspitzenden Pressefehde sogar die Chance, bei liberal gesinnten Katholiken umso mehr Aufmerksamkeit zu finden. Und diese Kreise waren an erster Stelle in der „Harmonie-Gesellschaft“ anzutreffen.

Die Frage, warum sich die Auseinandersetzungen um die „Westfälische Zeitung“ so zuspitzten, hing ursächlich mit den scharfen Attacken dieser Zeitung auf das Paderborner Kirchenmilieu und das Schöningh'sche „Kirchenblatt“ zusammen. Es mischte sich dabei ernst zu nehmende Kritik mit billiger Polemik, die erheblich zur Vergiftung des politischen Klimas beitrug und die von der „Harmonie-Gesellschaft“ angestrebte Verständigung zwischen den Gesinnungslagern erschwerte. Für die „Westfälische Zeitung“ stellte der Appell des Paderborner Kirchenmilieus an den Prinzregenten, bei der Rettung des Kirchenstaates mitzuwirken, die entscheidende Provokation dar, die den unterschweligen Anti-Katholizismus der 1850er Jahre in eine militant feindselige Haltung umschlagen ließ. Bereits in der Neujahrsbetrachtung von 1860 hieß es, dass die Katholiken die Wahl hätten, für „Deutschland“ oder für „Rom“ einzutreten.<sup>116</sup> Dieser auf dem Verdacht der nationalen Unzuverlässigkeit fußende Alternativenradikalismus mündete zwei Tage später in den Vorwurf, das katholische „Kirchenblatt“ wiegele mit Rückendeckung des Paderborner Bischofs die Gläubigen gegen die weltliche Obrigkeit auf. Dahinter glaubte das Blatt eine Form der „Priesterherrschaft“ entdecken zu können, die „eitle Paderborner Beamte und Gewerbetreibende“ als Bundesgenossen gefunden habe, um den Papst auf das anmaßende Podest einer auch in weltlichen Dingen übergeordneten Autorität zu heben.<sup>117</sup> Hinter all dem vermutete die „Westfälische Zeitung“ ganz in der Tradition antijesuitischer Verschwörungstheorien den Jesuitenorden, der „Zwietracht und Unfrieden“ säe, um „klerikalen Parteien“ auf die Beine zu helfen, die Deutschland unter der Knute des Katholizismus halten sollten, womit die Achse Wien-Rom gemeint war, d. h. das Bündnis von Habsburger Monarchie und Papsttum. Die Paderborner Jesuiten wurden mit der gehässig polemischen, aber letztlich nicht ernst gemeinten Aufforderung attackiert, den Papst vor Ort, d. h. im Kirchenstaat tatkräftig zu verteidigen, statt in Pa-

<sup>114</sup> Nachrichten, in: WKB, Nr. 2, 7.1.1860, S. 26.

<sup>115</sup> Aus dem Kreise Paderborn, in: WZ, Nr. 19, 22.1.1860.

<sup>116</sup> Die Großmächte Europas im Beginn des neuen Jahres, in: WZ, Nr. 1, 1.1.1860.

<sup>117</sup> Nachricht aus Paderborn (ingesandt), in: WZ, Nr. 2, 3.1.1860.

derborn ein behagliches Leben zu führen.<sup>118</sup> Das von Ferdinand Schöningh herausgegebene „Kirchenblatt“ schien nichts weiter als ein Organ der „Priesterkaste“ zu sein und nur zu „ultramontanen Speichelleckereien“ zu taugen. Ein ganzes Sündenregister klerikaler ‚Schandtaten‘ bekamen die Paderborner Leser vorgesetzt, teils von billiger polemischer Qualität, teils mit wahren und bedenkenswertem Hintergrund. Billige Polemik stellte die Unterstellung dar, die Unterschriften für die pro-päpstliche Adresse seien teilweise von den Geistlichen „erpreßt“ worden und verdienten das Urteil, nichts als „klerikale Wühlerei“ zu sein. Das päpstliche Regiment im Kirchenstaat wurde mit dem Etikett einer „schmachvollen Willkürherrschaft“ versehen, die kein urteilsfähiger Katholik befürworten könne. Wer das „Kirchenblatt“ lese, müsse sich den Vorwurf gefallen lassen, ein sprichwörtlich „dummer Paderborner“ zu sein. Darauf zielend hieß es über die Paderborner Presselandschaft: „Es ist ein wahrer Jammer, daß eine kümmerliche Fraktion unter den Katholiken ihre von Bigotterie und Fanatismus eingegebenen Ideen dem Volke als die allein katholische Gesinnung verkaufen, und auf diese Weise unter einem von Natur ruhigen und harmlosen Menschenschlag den Samen der Intoleranz und Glaubenswut austreuen kann. Auch der gewöhnliche Mann liest hier gern; aber leider bekommt er in der Regel keine Tagesblätter zu Gesichte, als das Paderborner klerikale Blatt oder irgend ein Kreis-Wochenblatt.“<sup>119</sup> Sehen wir von der antiklerikalen Polemik ab, so schält sich als harter Aussagekern heraus, dass ein kirchentreuer Katholizismus die Paderborner Medienlandschaft beherrschte, sofern es sich um die ‚ungebildeten‘ Kreise handelte. Der hier mitschwingende Vorwurf der klerikalen Indoktrination zählte zu den damals üblichen Kampfangementen des Liberalismus in der Auseinandersetzung mit dem konfessionellen Konservativismus.<sup>120</sup>

Die Vorstellung, mangelnde Bildung und Kirchengläubigkeit seien zwei Seiten ein und derselben Medaille, festigte sich in der liberalen Publizistik, wobei vor allem den Jesuiten besondere Verführungskünste gegenüber den Ungebildeten zugeschrieben wurden. Diese waren allem Anschein nach der jesuitischen Drohung mit jenseitigen Höllenqualen hilflos ausgeliefert. Das Spiel mit dem „Höllenspuk“ betrachteten die Liberalen als ein probates Mittel der Einschüchterung, mit dem die Jesuiten Heilsängste weckten, um auf „Seelenfang“ zu gehen und die Gläubigen über alle rationalen Zweifel hinweg an eine rückständige Kirche zu binden.<sup>121</sup> Jesuiten wurden im liberalen Weltbild geradezu zum Inbegriff einer antiaufklärerischen Verschwörung, der es um nackte Herrschsucht zu gehen schien.

<sup>118</sup> Nachricht aus Paderborn (ingesandt), in: WZ, Nr. 2, 3.1.1860. (Diese Fußnote gilt auch für die folgenden Zitate.)

<sup>119</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 6, 7.1.1860.

<sup>120</sup> Nachricht: Aus Westfalen, in: WZ, Nr. 13, 15.1.1860.

<sup>121</sup> Das Jesuitentum. Was wollen die Jesuiten, in: WZ, Nr. 6, 7.1.1860; Die Jesuiten III, in: WZ, Nr. 192, 18.8.1872.

Seriösere Qualität hatte der Vorwurf der „Westfälischen Zeitung“, der politische Katholizismus messe mit zweierlei Maß, wenn er das religionspolitische Toleranzprinzip und kirchenspezifische Machtansprüche nur auf die eigene Minderheitenstellung im protestantisch dominierten Preußen beziehe, aber anderen Konfessionen nicht die gleichen Rechte in katholisch geprägten Staaten zugestehe.<sup>122</sup> Hier schien sich der Verdacht aufzudrängen, dass für den politischen Katholizismus liberale Toleranz- und Freiheitsideale lediglich eine Frage der Opportunität seien. Vor dem Hintergrund solcher Gedankengänge gerieten an erster Stelle die Verhältnisse im Kirchenstaat, in Österreich und in Spanien ins Kreuzfeuer der Kritik, vor allem im Hinblick auf den Umgang mit anderen Konfessionen. Die liberale Kritik fiel vor allem deshalb so scharf aus, weil Preußen zu dieser Zeit (seit der Berliner Konvention von 1841) europaweit kirchenpolitisch als vorbildlich galt, wenn man den Blick auf die respektable Stellung der katholischen Kirche als Minderheitenkirche richtete. Diesen hohen Maßstab legte die liberale Presse Preußens verständlicherweise auch an die religionspolitischen Vorstellungen des politischen Katholizismus an, wenn es um die kirchenpolitischen Verhältnisse außerhalb Preußens ging. Es handelte sich hierbei in der Tat um einen wunden Punkt im Selbstverständnis des preußischen Katholizismus, der seine Vorrechte genoss, ohne sie anderen Konfessionen in katholischen Staaten in gleicher Weise zuzubilligen.<sup>123</sup> Auf diese Unstimmigkeit eine glaubwürdige Antwort zu finden, fiel der auf religiösen Absolutheitsansprüchen gründenden kirchlichen Gegenposition entsprechend schwer. Was der Kirche blieb, war die Attacke auf vergleichbare Widersprüche im liberalen Denksystem, vor allem was gewisse fragwürdige Formen von nationalistischer Staatsgläubigkeit und antikirchlicher Intoleranz betraf, von der Gewaltverherrlichung der Liberalen ganz zu schweigen.<sup>124</sup>

Die Pressepolemiken in Paderborn machen deutlich, wie sehr die politische Neuordnung Italiens auch auf die kirchenpolitischen Meinungskämpfe in Deutschland zurückwirkte. Die „Harmonie-Gesellschaft“ ließ sich von der gegenseitigen Verurteilung der Gesinnungspresse nicht beeindrucken und deshalb auch nicht von ihrem Weg einer politisch ausgewogenen Presseauswahl abbringen. Auch der kirchliche Boykottaufruf gegenüber der „Westfälischen Zeitung“ konnte da nichts ausrichten. Weiterhin hielt die „Harmonie-Gesellschaft“ das Abonnement auf die „Westfälische Zeitung“ und auf den „Kladderadatsch“ aufrecht; ein Gleiches galt für das „Westfälische Kirchen- und Volksblatt“. Eine lagerübergreifende publizistische Balance blieb die ‚Magna charta‘ der Gesellschaft, bis sich 1863 die innenpolitische Lage so zuspitzte, dass diese Balance nicht mehr aufrechtzuerhalten war. Ich komme später darauf zurück.

<sup>122</sup> Nachricht aus Paderborn (ingesandt), in: WZ, Nr. 2, 3.1.1860.

<sup>123</sup> Nachricht aus Unna vom 28. März, in: WZ, Nr. 79, 1860.

<sup>124</sup> Repräsentativ für diese Gegenattacken: Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 31, 15.7.1863; Freiheit, in: WVB, Nr. 37, 5.8.1863.



Zunächst einmal glätteten sich im kirchenpolitischen Kampf die publizistischen Wogen vor Ort, nachdem 1860 mit der Verkleinerung des Kirchenstaates und der Konsolidierung des vergrößerten italienischen Nationalstaates vorerst Ruhe eingekehrt war. Ab 1861 schoben sich andere Themen in den Vordergrund, die abseits der für Paderborn spezifischen kirchenpolitischen Fronten lagen. Es ging zum Ersten um die nationale Selbstbehauptung gegenüber den gemutmaßten französischen Expansionsneigungen, zum Zweiten um das Wiederaufflackern des Schleswig-Holstein-Konflikts und zum Dritten um eine Verschärfung des innerpreußischen Machtkampfes zwischen Krone und Abgeordnetenhaus. In diesen Fragen ließ sich in Paderborn zwischen den Lagern des katholischen Konservatismus und des Liberalnationalismus entweder ein Konsens herstellen oder die Meinungsunterschiede waren nicht gravierend genug, als dass sie die Mitglieder der „Harmonie-Gesellschaft“ gegeneinander hätten aufbringen müssen. Katholische Konservative und Nationalvereiner begegneten spätestens seit Frühjahr 1860 Napoleon III. mit einem nationalpatriotisch motivierten Argwohn. Die Annexion von Nizza und Savoyen im Blick, verdächtigten sie den französischen Kaiser in bemerkenswertem Gleichklang annexionistischer Neigungen in Richtung Rheingrenze. Diesbezüglich unterschieden sich das „Westfälische Kirchenblatt“, der Paderborner „Kreisanzeiger“ und die „Westfälische Zeitung“ kaum.<sup>125</sup> Auch in der Schleswig-Holstein-Frage lehnten die Katholiken die eiderdänischen Einverleibungspläne gegenüber Schleswig ab. Und im innerpreußischen Machtkampf nahm die katholische Fraktion des Abgeordnetenhauses eher eine vermittelnde Beobachterrolle zwischen den Liberalen und der Regierung ein.<sup>126</sup> Zum einen hatte der katholische Konservatismus kein Interesse an einer weiteren Polarisierung des innerpreußischen Machtkampfes, weil er im Kern die konstitutionelle Machtbalance zwischen Parlament und Krone befürwortete und für die katholische Kirche als Minderheitenkonfession sowohl von einer protestantisch-konservativen Dominanz als auch von einer liberalen Vorherrschaft nur eine kirchenpolitische Verschlechterung zu erwarten hatte. Im Übrigen befürwortete der politische Katholizismus die von der Regierung angestrebte Heeresreform aus außen- und verteidigungspolitischen Gründen und ließ sich von dem Machtkampf, der sich an der Frage ‚Königsheer oder Parlamentsheer‘ entzündete, wenig beeindrucken.

Zu Recht beobachteten die Paderborner Katholiken sowohl bei den Liberalen als auch bei den preußischen Regierungskonservativen staatskirchliche Haltungen, u. a. die Neigung, die von staatlichen Zahlungen abhängigen Kirchen unter Kontrolle zu

<sup>125</sup> Nachricht aus Berlin vom 3. April, in: WZ, Nr. 82, 5.4.1860; Die Schweiz, in: WZ, Nr. 81, 4.4.1860; Napoleons Pläne, in: WZ, Nr. 106, 4.5.1860; Die französischen Eroberungsgelüste, in: WZ, Nr. 135, 8.6.1860; Politische Nachrichten, in: WKB vom 28.3.1860, S. 103 u. vom 23.5.1860, S. 164f.

<sup>126</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 7, 11.2.1863.

bringen, wenn auch mit entgegengesetzten politischen Zielen.<sup>127</sup> Den Liberalen nahmen sie übel, dass sie die Vernichtung des Kirchenstaates und die damit verbundene Unterordnung des Papstes unter den neu gegründeten italienischen Nationalstaat befürworteten und im Übrigen die Zerstörung der kirchlichen Hierarchie als Akt der „Befreiung“ feierten.<sup>128</sup> Und von der „Kreuzzeitung“, dem Organ des protestantischen preußischen Hochkonservatismus, fühlten sie im Stich gelassen, weil diese Zeitung Ende 1859 die Paderborner Adresse an den Prinzregenten nicht als Appell an die konfessionsübergreifende Solidarität der Konservativen begriff, sondern die Bitte um Unterstützung für den Papst durch die Brille der konfessionellen Gegnerschaft betrachtete. Sie gab nämlich zu bedenken, dass ein Eintreten der preußischen Regierung für den Papst die preußischen Protestanten so sehr provozieren könnte, dass diese auch ihrerseits Unterschriftensammlungen durchführen würden, nur eben nicht für den Papst, sondern im Gegenteil für eine Abtretung des Kirchenstaates an den italienischen Nationalstaat.<sup>129</sup> Diese kalte Dusche konfessionalistischer Ablehnung wirkte auf die Paderborner Papstanhänger Ende 1859 so enttäuschend, dass die katholische Skepsis lebendig blieb, ob die überkonfessionellen konservativen Interessen tragfähig genug waren, um gegenüber dem Liberalismus ein stabiles Bündnis zu Stande bringen zu können. Dabei hatten die Katholiken vor allem die Verteidigung der überkommenen kirchlichen Vorrechte im Blick, etwa im Hinblick auf die ‚Zivilehe‘, die den Kirchen das Eheschließungsmonopol rauben wollte. Hier brauchte man katholischerseits die ungeliebte protestantische Konkurrenz, was im Februar 1860 überdeutlich in Erscheinung trat, als sich das vom protestantischen Konservativismus beherrschte Preußische Herrenhaus als unüberwindlicher Sperrriegel gegen die von den Liberalen geforderte ‚Zivilehe‘ erwies.<sup>130</sup> Trennte die Katholiken von den Protestanten die konfessionskirchliche Deutungskonkurrenz, so trennte sie von den Liberalen die Frage, in welchem Verhältnis Kirche und Staat zueinander stehen sollten. Demzufolge musste bei der katholischen Standortbestimmung zwischen Protestantismus und Liberalismus alles darauf hinauslaufen, vorsichtig aufzutreten und sich nicht zu binden.

Vor dem Hintergrund der politischen Großwetterlage blieb die „Harmonie-Gesellschaft“ in den Jahren 1861/62 von inneren Zerreißproben verschont, obwohl die Reibungshitze zwischen den Gesinnungslagern parallel zum sich verschärfenden Heeres- und Verfassungskonflikt größer wurde. Die Liberalen und Nationalvereiner bauten ihre Stellung in der Stadt weiter aus und warben für eine kleindeutsche und verfassungsreformerisch unterfütterte Reichseinigung, während der politische Katholizismus weiterhin für einen engeren staatenbündischen Zusammenschluss der deutschen Staaten auf Basis der bestehenden Verfassungsverhältnisse eintrat. Der Verfas-

<sup>127</sup> Zur Situation der katholischen Preußen in der Gegenwart, in: WVB, Nr. 6, 4.2.1863.

<sup>128</sup> Politische Nachricht aus Paderborn, in: WVB, Nr. 7, 11.2.1863.

<sup>129</sup> Nachrichten, in: WKB, Nr. 2, 7.1.1860, S. 27.

<sup>130</sup> Nachricht aus Berlin vom 16. Februar, in: WZ, Nr. 42, 18.2.1860.

sungskonflikt wirkte vor allem wegen der von ihm ausgelösten Parlamentsauflösungen und Neuwahlen auf die gegnerischen Lager mobilisierend und polarisierend. Als sich nach 1860 deutlich abzeichnete, dass auch der politische Katholizismus ähnlich wie der liberale Fortschritt Formen eines parteiähnlichen Wahlvereins auszubilden begann, beobachteten dies liberal gesinnte Paderborner Katholiken, die man den gebildeten Kreisen zurechnen darf, mit großem Unbehagen. Anstoß nahmen sie vor allem daran, dass der katholische Klerus die katholisch-konservative Partei massiv unterstützte, u. a. über Wahlaufrufe, Predigten und bischöfliche Erlasse. Dies im Blick, gerieten die mit der Fortschrittspartei sympathisierenden Katholiken in die unangenehme Lage, dass ihre Bemühungen, Glaube und politische Einstellung getrennt zu halten und Unvereinbarkeiten zwischen Kirchenzugehörigkeit und politischer Haltung zu vermeiden, zu scheitern drohten. Als dann im Frühjahr 1862 das frisch gewählte Abgeordnetenhaus kurz nach seinem Zusammentritt erneut aufgelöst wurde, nachdem sich der Machtkampf zwischen Krone und liberaler Parlamentsmehrheit weiter zuspitzt hatte, nahmen zwei liberale Paderborner Katholiken diese Situation zum Anlass, den Klerus im „Kreisanzeiger“ vor einer erneuten Parteinahme für das konservative Regierungslager zu warnen.<sup>131</sup> Aus ihrer Sicht drohte die parteipolitische Distanzlosigkeit des Klerus die Grenzen zwischen Religion und Kirche auf der einen, und den verfassungspolitischen Machtkämpfen auf der anderen Seite zu verwischen, und damit schien der weltanschaulichen Überfrachtung des Verfassungskonflikts Tür und Tor geöffnet.

Starke Beachtung fand der Beitrag des Katholiken Franz von Florencourt, Kämmerer des Gymnasiums und führender Kopf der Paderborner Liberalen, der in diesen Jahren auch im Vorstand der „Harmonie-Gesellschaft“ aktiv war. Er sprach ohne Umschweife von einem „Mißbrauch der kirchlichen Autorität“, wenn der Klerus in den Wahlkampf eingriff und die vom Religionsstifter Jesus Christus gewollte Trennung von Kirche und Staat über Bord warf.<sup>132</sup> Als unerträgliche Anmaßung empfand er, dass der Klerus um seines Machtanspruchs willen vor Kompetenzüberschreitungen nicht zurückschreckte und die religiöse Lehrautorität auf Gebiete ausdehnte, die den politischen und sozialen Alltagsproblemen zuzurechnen waren, wo aus seiner Sicht religiöse Vorstellungen als Mittel der Problemlösung versagten. Ihm zufolge hatten die katholischen Geistlichen einen klaren Trennungsstrich zwischen Religion und Politik, d. h. zwischen ihren Rollen als Kirchenvertreter und als preußische Staatsbürger zu ziehen. Als Staatsbürger hatten sie wie jeder andere eigenverantwortlich und unabhängig von kirchlichen Anweisungen zu handeln, ohne allerdings in staatsbürgerlichen Angelegenheiten eine religiöse Aura verbreiten zu dürfen. Werde die Sphäre des Heili-

<sup>131</sup> Offener Brief [an den Gymnasial-Rendanten Franz von Florencourt], in: WVB, Nr. 16, 16.4.1862.

<sup>132</sup> Nachricht aus Paderborn vom 11. April, darin Abdruck eines Artikels von Franz von Florencourt über den „Mißbrauch der kirchlichen Autorität“ aus dem „Anzeiger für den Kreis Paderborn“, in: WZ, Nr. 88, 13.4.1862.

gen in den politischen Tageskampf hineingezogen, dann müsse, so seine Warnung, die Autorität des Klerus darunter leiden, weil dieser sich damit überfordere und zwangsläufig die falsch angewendeten religiösen Prinzipien entwerte. Ein persönlicher Umgang mit Priestern werde liberalen katholischen Bürgern unmöglich gemacht, wenn sie in Alltagskonflikten zu „Feinden Gottes und der Kirche“ erklärt würden, statt mit sachlichen Gegenargumenten konfrontiert zu werden. Der Missbrauch des Religiösen für profane Alltagsinteressen laufe, so der Gipfel der Polemik, auf eine „Schändung“ der katholischen Kirche hinaus, erkennbar daran, dass Laien darauf aufmerksam machen müssten, dass sich die politisierte Kirche in ein „verderbliches System“ verwandele.<sup>133</sup>

Auch wenn Florencourts Gedankengänge durchaus eine gewisse Berechtigung hatten, so war doch sein taktisches Motiv zu durchsichtig: Er wollte die Kirche als Bündnispartner der Konservativen aus den politischen Tageskämpfen heraushalten. Genau an diesem heiklen Punkt setzte die Attacke der kirchlichen Gegenseite an. Sie warf den liberalen Katholiken vor, künstlich zwischen Religion und Politik zu unterscheiden.<sup>134</sup> Zu den Aufgaben der Kirche zähle nicht nur die Glaubensverkündigung, hieß es folgerichtig, sondern auch das Bemühen, die Gläubigen zu sittlichem Handeln im Alltag anzuhalten, und dazu zähle eben auch die Politik. Im Sinne einer „christlicher Politik“ konnte demnach auch die Kirche politische Kompetenz beanspruchen. Wer dagegen auftrat, dem schien es darum zu gehen, den Einfluss des Kirchenkonservatismus mit billigen Argumenten zurückzudrängen und sich unbequeme kirchliche Kritik an den fragwürdigen ‚Segnungen‘ des liberalen Fortschritts vom Halse zu schaffen. Eine Anmaßung ersten Ranges sei, dass katholische Laien dem Klerus vorschreiben wollten, wo er die Grenze zwischen Religion und Politik zu ziehen habe, und ebenso unerträglich sei, die Anhänger der Kirchenpartei in arroganter Weise als „unwissende Menge“ abzuqualifizieren.<sup>135</sup> Bei solchen Argumenten wurde deutlich, dass hier zwei konkurrierende Deutungseliten um Einfluss kämpften, eine weltliche Elite von hochgebildeten ‚Laien‘-Christen und eine autoritativ auftretende Schicht von Kirchenvertretern.

Anlass zu solchen Auseinandersetzungen um die Rolle der Kirche gab die einseitige Parteinahme der katholischen Konservativen für den König. Zwar hatte sich dessen Machtvollkommenheit auch nach katholischer Auffassung strikt am Rahmen der Verfassung zu orientieren, aber die Katholiken brachten ihm mehr Vertrauen entgegen als der liberalen Parlamentsmehrheit. Die Liberalen betrachtete das Paderborner Organ der Katholiken als Umsturz- und Bürgerkriegspartei, als Propagandist des italienischen Länderraubs zum Schaden des Papsttums, als Feind der kirchlichen Vor-

<sup>133</sup> Nachricht aus Paderborn vom 3. Mai, in: WZ, Nr. 109, 7.5.1862

<sup>134</sup> Offener Brief, in: WVB, Nr. 16, 16.4.1862.

<sup>135</sup> Nachricht aus Paderborn, in: Beilage des WVB, Nr. 18, 3.5.1862.

rechte in Schule und Familie und als Parteigänger der Juden, die eine besondere Nähe zum „Wucher“ zu haben schienen und aus katholischer Sicht von öffentlichen Ämtern fernzuhalten waren, etwa vom Lehrer- und Richteramt.<sup>136</sup> Bei solchen Rundumschlägen verbanden sich konfessionalistisch motivierte Judenfeindschaft und realitätsnahe Modernisierungängste, die die Durchsetzung des freien Marktes im Blick hatten. Vor allem sorgte sich die konservative Modernisierungsskepsis um die Bauern und Handwerker, die sie vor den Risiken des freien Marktes glaubte schützen zu müssen, etwa vor Wucherkrediten oder vor einem Wegfall von Marktzugangsbeschränkungen. Deutlich zeigte sich, dass die gegen die Liberalen gerichtete Wahlkampfgitation der katholischen Konservativen auf die sozialen Risiken und Schattenseiten des marktwirtschaftlichen Modernisierungsprozesses abhob und dabei dem Markt als Regulationsprinzip tiefes Misstrauen entgegenbrachte. Die katholische Perspektive favorisierte eine berufsständisch und obrigkeitlich reglementierte Wirtschaftsweise, die die Schwachen schützte, den Marktzugang beschränkte und dem unternehmerischen Gewinnstreben Zügel anlegte. Im Mittelpunkt stand dabei die Anschauung, dass der Liberalismus mit seinem Fortschritts- und Wettbewerbsideal soziale Unruhe, Chaos, kriegerische Verwicklungen und eine Auflösung sämtlicher tradierter Bindungen und Vorrechte heraufbeschwöre, während ein auf das Königtum gestützter Konservatismus für einen bedächtigen, die Traditionen schonenden Wandel zu stehen schien. Der König durfte als Garant eines gezähmten und sozialverträglichen Wandels nicht zu einer „Kammerpuppe“ degradiert werden, die sich als williges Werkzeug der liberalen Kammermehrheit missbrauchen ließ.<sup>137</sup> Solche Überlegungen standen hinter polemischen Wendungen wie die von den „liberalen Wühlereien“.<sup>138</sup> Hinter der Freiheitsidee und den Widersprüchen der Liberalen argwöhnten die Konservativen überzogenen Machtwillen, der nichts Gutes verhieß, wenn etwa die Paderborner Liberalen für die Abgeordnetenhauswahlen vom Herbst 1861 bei der Mindener Regierung durchsetzten, dass die Paderborner Jesuiten von der Urwählerliste gestrichen wurden. Solche Vorstöße, die dem ‚freisinnigen‘ Selbstverständnis der Liberalen widersprachen, konnten nur Misstrauen wecken. Aus der Sicht der Liberalen hingegen spielten die Parteigänger der Kirche Fragen wie die der „obligatorischen Zivilehe“ systematisch hoch, um die angegriffene Stellung des Klerus im Kirchenvolk zu verteidigen.<sup>139</sup> Überhaupt schienen die Kirchenkonservativen aus Angst vor ihrem Niedergang längst überlebte Vorrechte zäh zu verteidigen und den gesellschaftlichen Fortschritt nur aus

<sup>136</sup> Nachricht aus Paderborn vom 28. April, in: WVB, Nr. 18, 30.4.1862.

<sup>137</sup> Wahlauf Ruf der katholischen Konservativen Paderborns, in: WVB, Nr. 17, 23.4.1862.

<sup>138</sup> Offener Brief, in: WVB, Nr. 16, 16.4.1862.

<sup>139</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 254, 26.10.1861. Die „obligatorische Zivilehe“ schloss als das von den Liberalen geforderte Verfahren im Unterschied zum freizügigeren Konzept der „fakultativen Zivilehe“ ein gleichberechtigtes Nebeneinander von staatlicher und kirchlicher Trauung im Sinne eines hoheitlichen Rechtsaktes strikt aus.

eigensüchtigen Motiven zu bekämpfen, weil Wettbewerb und Freiheit nicht ihnen, sondern den modernisierungsfreudigen Liberalen zu Macht, Ansehen und Reichtum verhelfen. Der scharfe Ton der Presse lässt vermuten, dass auch innerhalb der „Harmonie-Gesellschaft“ der Umgang zwischen den politischen Lagern schwieriger wurde. Die Exponenten der liberalen Partei waren in der „Harmonie“ sehr stark vertreten, die katholischen Konservativen hingegen um einiges schwächer.<sup>140</sup>

Erst als sich der innerpreußische Machtkampf 1863 extrem zuspitzte und die preußische Öffentlichkeit entsprechend aufwühlte, gab auch die „Harmonie-Gesellschaft“ ihre vornehme Zurückhaltung auf und schlug sich auf die Seite des liberalen Lagers. Die Polarisierung im Kampf um die Vorrangstellung im Staate ließ im Frühjahr 1863 auch den katholischen Konservativen keine andere Wahl mehr, als im Machtkampf zwischen Krone und Parlament Partei zu ergreifen, sich also zwischen dem Konflikt-Ministerium und der liberalen Mehrheit des Abgeordnetenhauses zu entscheiden. Zunächst noch glaubte das „Westfälische Volksblatt“ im Streit um den Staatshaushalt dem verfassungskonformen Rechtsstandpunkt des Parlaments beipflichten zu müssen und damit widerwillig den Liberalen, die sich darauf berufen konnten, das ein rechtmäßig verabschiedeter Staatshaushalt laut Verfassung zwingend der Zustimmung des Abgeordnetenhauses bedurfte.<sup>141</sup> Aber den katholischen Konservativen fiel schwer, sich um konstitutioneller und rechtstaatlicher Prinzipien willen an die Seite der ungeliebten Liberalen drängen zu lassen. Denn sie unterstellten den Liberalen, nicht aus prinzipieller Verfassungstreue und Freiheitsliebe den Machtkampf mit Bismarck auf die Spitze getrieben zu haben, sondern aus übertriebener Machtgier und nationalistischem Ehrgeiz.<sup>142</sup> Diese zwiespältige Haltung gegenüber den Liberalen lähmte zunächst das Bemühen um eine klare katholisch-konservative Standortbestimmung; aber der katholische Zwiespalt verriet durchaus einen realitätsbezogenen Blick. Denn zum einen war der verfassungsfeindliche, auf einen Staatsstreich hinauslaufende Konfrontationskurs Bismarcks durch nichts zu rechtfertigen, und deshalb pflichtete das Paderborner Organ der Katholiken den Liberalen bei. Andererseits aber, und das machte die Standortbestimmung so schwierig, war nicht von der Hand zu weisen, dass sich die Liberalen auch in Paderborn seit 1860 immer mehr in Richtung machtstaatlicher Prinzipien entwickelt hatten und dass sie im Kielwasser des „Nationalvereins“ schwimmend einen gewaltorientierten und antiklerikalen Kurs steuerten, angefangen von der Befürwortung des italienischen Einigungsprozesses bis hin zum Wunsch nach größeren Heeresvermehrungen für eine annexionistische preußische Politik unter liberaler Kuratel.<sup>143</sup> Alles, was sich den Liberalen und ihrem machtstaatlichen Fortschrittsdenken in den Weg stellte, und das war zuvorderst der Konservati-

<sup>140</sup> Vgl. Kapitel XII. über die Wahlen.

<sup>141</sup> Politische Nachrichten, Paderborn, in: WVB, Nr. 7, 11.2.1863.

<sup>142</sup> Politische Nachrichten, Paderborn, in: WVB, Nr. 27, 1.7.1863; Nr. 31, 15.7.1863.

<sup>143</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 31, 15.7.1863.

vismus der preußischen Regierung und der Konfessionskirchen, sollte sich der „Fort-schrittsknote“ des liberalen Machtstaates unterwerfen, so der Kern der Befürchtungen.<sup>144</sup> Die Freiheits- und Toleranzideale des Liberalismus schienen inkonsequent zu sein und teilweise der verlogene Ausdruck des glatten Gegenteils. Mit ihrer nationalrevolutionären Gewaltpolitik schienen die deutschen Liberalen das Gleiche zu bezwecken wie die italienischen Gesinnungsgenossen, die um des liberalen Machtstaates willen die Kirche als unabhängige Kraft auszulöschen beabsichtigten und die Fahne der Freiheit nur zur Niederhaltung der Andersdenkenden vor sich her trügen, so die scharfe katholische Polemik auf dem Höhepunkt des preußischen Verfassungskonflikts.<sup>145</sup> Allem Anschein nach vergiftete die „italienische Revolution“ das Verhältnis von Katholizismus und Liberalismus so sehr, dass den katholischen Konservativen der Liberalismus seit 1859 immer suspekter wurde.<sup>146</sup>

### **XI. Die Verschärfung des preußischen Verfassungstreits und die „Harmonie-Gesellschaft“**

Die angespannte Stimmung, die das Verhältnis von Kirchenkonservativen und Liberalen trübte, kippte in offene Feindseligkeit um, als Bismarck mit einer reaktionären, die Meinungsfreiheit empfindlich einschränkenden Presseverordnung die Konfrontation im Juni 1863 auf die Spitze trieb und damit jedem politisch Denkenden eine klare Parteinahme abverlangte.<sup>147</sup> Die „Kreuzzeitung“, das Zentralorgan der hinter Bismarck stehenden preußischen Hochkonservativen, goss sogleich Öl ins Feuer, indem sie diese Verordnung, die sich über gesetzlich verankertes Presserecht hinwegsetzte, mit polemischen Bemerkungen über die liberale Presse rechtfertigte: „Die Zügellosigkeit, Lügenhaftigkeit und landesverräterische Revolutionsbuhlei in der fortschrittlichen Presse hatte nachgerade eine Höhe erreicht, welche die Notwendigkeit energischer Repressiv-Maßnahmen [...] im günstigsten Fall nur noch als eine Folge der Zeit

<sup>144</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 27, 1.7.1863.

<sup>145</sup> Freiheit, in: WVB, Nr. 37, 5.8.1863.

<sup>146</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 31, 15.7.1863.

<sup>147</sup> Verordnung, betreffend das Verbot von Zeitungen und Zeitschriften vom 1.6.1863, in: Neue Preußische Zeitung (Kreuzzeitung), Nr. 127, 4.6.1863. Gemäß dieser Verordnung konnten die Verwaltungsbehörden inländische Zeitungen „wegen fortdauernder, die öffentliche Wohlfahrt gefährdender Haltung zeitweise oder dauernd“ verbieten. Dieser Tatbestand galt nicht erst dann als erfüllt, wenn einzelne Zeitungsartikel ihres Inhalts wegen Anlass zur Strafverfolgung gaben, sondern die „Gesamthaltung des Blattes das Bestreben erkennen (ließ), die Ehrfurcht und Treue gegen den König zu untergraben“ und „den öffentlichen Frieden durch Aufreizung der Angehörigen des Staates gegeneinander zu gefährden“. Diese Generalklausel öffnete der Pressezensur Tür und Tor. Die Verordnung stellte einen eklatanten Gesetzesbruch dar, weil das Verbot von Zeitungen eindeutig gesetzlich geregelt war, wonach diese Befugnis allein den Gerichten zustand. Eine Verordnung der oben genannten Art konnte die gesetzliche Regelung auf rechtsstaatlicher Basis nicht außer Kraft setzen, es sei denn, es wurde ein außergesetzlicher Notstand geltend gemacht.

erscheinen ließ.<sup>148</sup> Äußerungen dieser Art führten im liberalen Lager zu einem Aufschrei der Empörung. Und genau in dieser Situation schlug sich das „Westfälische Volksblatt“ in Paderborn auf die Seite der Regierung und bezeichnete das auf einen Staatsstreich zusteuernde Konfliktministerium als das kleinere Übel gegenüber der Alternative eines liberalen Kabinetts, das den Kirchen, so das „Volksblatt“, im Falle einer Regierungsübernahme kein Eigenrecht mehr zugestehen werde, während Bismarck wenigstens die Kirchen in Ruhe lasse.<sup>149</sup> Aus katholischer Sicht, so die Güterabwägung, gebührte der Sicherung von Glauben und Kirche der Vorrang vor einer verfassungskonformen Stellungnahme im akuten Konfliktfall. Damit war klargestellt, dass der reaktionäre Rückfall der preußischen Regierung als das kleinere Übel zu gelten hatte; denn für den Fall, dass Bismarck scheiterte und es zu einer liberalen Kabinettsumbildung kam, hegte man nicht ganz grundlos den Verdacht, dass die Liberalen dann einen kirchenfeindlichen Kurs steuern würden, wie sie das bereits im Großherzogtum Baden vorexerzierten. Jedenfalls war von Bismarcks Presseverordnung der überkommene Kirchen-Konfessionalismus am wenigsten betroffen, da dessen Botschaften kaum in die Schusslinie der Regierungsbehörden zu geraten drohten, weder verfassungspolitisch noch nationalpolitisch, was etwa die kirchliche Ablehnung der liberalen Kriegsoptionen gegenüber Dänemark betraf. So erklärt sich, dass sich das Organ des Paderborner Katholizismus im akuten Machtkampf auf die Seite Bismarcks schlug und gehäuft Nachrichten und Kommentare der „Kreuzzeitung“ übernahm, was den liberalen Gegnern kaum als schlecht kaschierte Form der Parteinahme entgegen konnte.<sup>150</sup> Da mochte die Zustimmung zu Bismarcks Repressionspolitik noch so zurückhaltend ausfallen, aber in dem zugespitzten Konfrontationsklima des Sommers 1863 erweckte das Paderborner „Volksblatt“ den Eindruck, dass es eindeutig für die Regierung Partei ergriff, wenn es dessen Politik als das kleinere Übel charakterisierte und sich im Übrigen hinter der „Kreuzzeitung“ verschanzte, dem Hassobjekt der Liberalen schlechthin.

In dieser Situation kamen auch die grundlegenden Mentalitätsunterschiede zwischen kirchengläubigen Konservativen und Liberalen grell zum Vorschein. Wie selten zuvor brachte das Paderborner „Volksblatt“ seine Abneigung gegen den liberalen Fortschrittsglauben zum Ausdruck, mochte er sich auf die industrielle Entwicklung oder auf die machtstaatlichen Visionen der nationalen Einigungsbewegung beziehen.

<sup>148</sup> Die neue Preßverordnung, in: Neue Preußische Zeitung, Nr. 128, 5.6.1863.

<sup>149</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 27, 1.7.1863.

<sup>150</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 23, 3.6.1863; Nr. 24, 10.6.1863; Nr. 27, 1.7.1863; Nr. 29, 8.7.1863. Teilweise druckte das „Volksblatt“ kommentarlos Meldungen und Kommentare der „Kreuzzeitung“ ab, die eine eindeutige Billigung der Bismarckschen Pressepolitik beinhalteten, z. B. eine Resolution aus den Reihen der Berliner Konservativen; vgl. Beschlüsse der konservativen Partei in Berlin, in: WVB, Nr. 24, 10.6.1863. Brachte das WVB Meldungen mit Stellungnahmen der Gegner der Bismarckschen Presseverordnung, dann versah es diese mit abfälligen Kommentaren, die teilweise der „Kreuzzeitung“ entnommen waren.



Jedes menschliche Streben konfrontierte das Blatt mit der göttlich vorherbestimmten Unvollkommenheit, die innerweltliche Zukunftsvisionen gleich welcher Art Lügen zu strafen schien. Skeptische Äußerungen dieser Art schienen nach Meinung des „Volksblattes“ den Liberalismus so sehr zu provozieren, dass sein Fortschrittsglaube gegenüber den ‚ungläubigen‘ Gegnern in Unduldsamkeit umschlug.<sup>151</sup> Offenbar konnte er neben sich keine religiöse Offenbarung ertragen, die auf dem Glauben an die „unausrottbare Armseligkeit“ des menschlichen Lebens gründete. Innerweltliche und metaphysische Sinnstiftung prallten selten hart aufeinander.

Wohlbegründet war die Befürchtung der Liberalen, dass mit Bismarcks Presseverordnung über kurz oder lang feindselige behördliche Übergriffe zum Alltag des Preswesens gehören würden. Auch innerhalb der „Harmonie-Gesellschaft“ musste die Bismarcksche Provokation fast unweigerlich zur offenen Konfrontation zwischen Konservativen und Liberalen führen. Das katholische „Volksblatt“ trug dazu bei, indem es mit seiner Parteinahme für den Protestanten Bismarck den Eindruck erweckte, dass sich die Gefahr einer überkonfessionellen reaktionären Front zusammenbraute und damit ein erbitterter Machtkampf zwischen Liberalismus und Konservativismus unabhängig von konfessionellen Trennlinien. Dies stellte aus liberaler Sicht eine neue Qualität der Konfrontation dar; denn nunmehr hatte man sich gegenüber einer doppelten konservativen Front zu behaupten. Entsprechend frostig wurde es im Juni 1863, als sich unter dem Damoklesschwert der dramatischen Wende in Berlin auch innerhalb der „Harmonie-Gesellschaft“ die Gesinnungen härter aneinander rieben.

Nicht nur in Paderborn, sondern auch andernorts kochte die Stimmung so hoch, dass die liberalen Honoratiorenkreise von ihrer bewährten Praxis des politischen Ausgleichs glaubten abrücken zu müssen. Nunmehr schien jede vornehme Zurückhaltung das falsche Signal zu sein, und so kam es, dass man vielerorts mit Blick auf die reaktionäre Presseverordnung ein klares symbolisches Zeichen setzen wollte. Nach Lage der Dinge konnte das in Paderborn wie auch andernorts nur heißen, die „Kreuzzeitung“ als Organ des offenen Verfassungsbruchs aus den Leseräumen der Honoratiorenclubs zu verbannen. Aber angesichts der auffälligen Annäherung, die sich in Paderborn zwischen dem „Westfälischen Volksblatt“ und der „Kreuzzeitung“ vollzogen hatte, war kaum zu erwarten, dass sich innerhalb der „Harmonie-Gesellschaft“ ein einhelliger Beschluss herbeiführen ließ, das Abonnement der „Kreuzzeitung“ zu kündigen. Wohl kaum konnte im Interesse der katholischen Konservativen liegen, dass mit einem Angriff auf das massenmediale Flaggschiff des Konservativismus der politische Schwerpunkt innerhalb der Gesellschaft nach links verschoben und damit das fein austarierte Gleichgewicht der Gesinnungen gestört wurde. Mit anderen Worten: Die kirchentreuen Katholiken empfanden die Verbannung der „Kreuzzeitung“ indi-

<sup>151</sup> Politische Nachrichten aus Paderborn, in: WVB, Nr. 27, 1.7.1863.

rekt auch als Niederlage für das eigene Gesinnungslager, auch wenn äußerlich betrachtet ‚nur‘ das Organ des protestantischen Staatskonservatismus ins Schussfeld geraten war. Als dann die Mitgliederversammlung der „Harmonie-Gesellschaft“ gegen die „Kreuzzeitung“ votierte und das Abonnement zum 1. Juli 1863 gekündigt wurde, traten nicht nur regierungsloyale Offiziere aus, wie die „Westfälische Zeitung“ mitzuteilen wusste, sondern höchstwahrscheinlich auch katholische Konservative.<sup>152</sup> Für diese Gruppe lag in einer Paderborner Gaststätte eigens eine Unterschriftenliste aus, die ungeschlüssige Konservative ermuntern sollte, ebenfalls aus der „Harmonie-Gesellschaft“ auszutreten. Damit wollten die Konservativen gegen die offene Teilnahme der Generalversammlung für die Liberalen protestieren. Offenbar hatte die „Ausballotierung der Kreuzzeitung“, wie es in einer Pressemitteilung hieß, in der „Harmonie-Gesellschaft“ „böses Blut abgesetzt“; mindestens 17 Personen traten aus, darunter sämtliche Offiziere.<sup>153</sup> Vermutlich zählte zu den konservativen Katholiken, die der Gesellschaft den Rücken kehrten, der kirchenpolitisch aktive Rechtsanwalt Mantell, der sich seit 1848 für den politischen Katholizismus engagiert und 1859 zu den Initiatoren der pro-päpstlichen Petition an den Prinzregenten gezählt hatte. Als Indiz für seinen Austritt lässt sich anführen, dass er 1865 der „Harmonie-Gesellschaft“ erneut beitrug, obwohl er bereits 1852 eingetreten war.<sup>154</sup> Dies lässt angesichts der Tatsache, dass er Paderborn zwischenzeitlich nicht verlassen hatte, den Schluss zu, dass er zuvor ausgetreten war. Vermutlich entfalteten sich im entspannteren Klima des Jahres 1865 die Integrationskräfte wieder stärker, so dass profilierte Konservative wie Mantell wieder aufgenommen wurden, vergleichbar den Offizieren, die ebenfalls zurückkehrten.

Auch andernorts verbannten die Honoratiorenclubs die „Kreuzzeitung“ aus ihren Leseräumen, u. a. in Bielefeld, Dortmund und Barmen. In der Bielefelder „Ressource“ trat eine große Mehrheit für die Abbestellung der „Kreuzzeitung“ ein, und die Minderheit, die sich dagegen aussprach, tat dies nicht aus Sympathie, sondern auf Basis der umsichtigen Überlegung, dass man „die Feinde der Liberalen in ihren intimsten Offenbarungen nicht aus den Augen verlieren“ durfte.<sup>155</sup> Die Begriffswahl war bezeichnend; sie zeigt, auf welche entschiedene Abwehr das Staatsministerium traf, wenn es die Presse erneut knebeln wollte. Immerhin hatte sich in der „Ressource“ selbstbewusstes Großbürgertum zusammengefunden: Industrielle, Großhändler und akademi-

<sup>152</sup> Nachricht aus Paderborn vom 4. Juli, in: WZ, Nr. 179, 6.7.1863. Die „Kreuzzeitung“ war vermutlich den Offizieren zuliebe in der liberalen Aufbruchphase der frühen 1860er Jahre erneut abonniert worden, nachdem das ursprüngliche Abonnement 1849 gekündigt worden war.

<sup>153</sup> Nachricht aus Paderborn vom 10. Juli, in: WZ, Nr. 187, 14.7.1863; Nachricht aus Paderborn vom 20. Juli 1863, in: WZ, Nr. 196, 23.7.1863. Mit „Ausballotierung“ war ein Entscheidungsverfahren gemeint, bei dem über einen Antrag in geheimer Abstimmung entschieden wurde.

<sup>154</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 60, S. 69.

<sup>155</sup> Nachricht aus Bielefeld vom 3. Juli, in: WZ, Nr. 179, 6.7.1863.

sche Bildungsbürger, die sich als stolze Elite begriffen und für die Arroganz des ostelbischen Adels nur tiefe Verachtung übrig hatten. In Soest fand in der „Ressource“ eine Kampfabstimmung statt, für die die konservative Fraktion eigens die protestantischen Landpastoren, den Superintendenten und Landadlige mobilisiert hatte, um in der Mitgliederversammlung den Antrag der Liberalen niederstimmen zu können. Mit 47 zu 26 Stimmen wussten sie die Abbestellung der „Kreuzzeitung“ zu verhindern; unterlegen war die liberale Beamten- und Unternehmerfraktion.<sup>156</sup> Offenbar gab hier die Stärke des protestantischen Kirchen-Konservatismus den Ausschlag; dieses Gesinnungslager fiel in der Paderborner „Harmonie“ – abgesehen von den nicht stimmberechtigten Offizieren – zahlenmäßig kaum ins Gewicht. In der aufstrebenden Industriestadt Dortmund hatten die Gegner der „Kreuzzeitung“ innerhalb der „Casino-Gesellschaft“ ein leichtes Spiel.<sup>157</sup> Mit 100 zu 6 Stimmen wurde Bismarcks Sprachrohr aus dem Lesesaal verbannt. Ein ähnlich eindeutiges Ergebnis lieferte die Abstimmung im hochindustrialisierten Barmen, wo die „Kreuzzeitung“ im Eliteclub „Concordia“ von der Direktion unmittelbar nach der Abstimmung vom Lesetisch entfernt wurde, eine Geste der tiefen Abneigung gegenüber dem reaktionären preußischen Adelskonservatismus. Auch die wenigen, die sich gegen die Abschaffung aussprachen, betonten ausdrücklich, dass sie tief entrüstet seien über die reaktionäre Arroganz, mit der sich die preußischen Konservativen über die liberale Meinungsfreiheit glaubten hinwegsetzen zu können. Nur weil man den Verdacht, ein „politischer Club“ zu sein, habe vermeiden wollen, habe man gegen die Abschaffung gestimmt, hieß es gegenüber der Presse.<sup>158</sup>

Dieser Blick über die Paderborner Stadtgrenzen hinaus lässt vermuten, dass das „Westfälische Volksblatt“ mit seiner Annäherung an den Kreuzzeitungs-Standpunkt bei den Paderborner Liberalen den letzten Rest an Respekt verspielte, den man diesem streng kirchengläubigen Organ noch entgegenzubringen bereit war. Für die Deutung, dass die Paderborner Liberalen nicht nur gegen die „Kreuzzeitung“, sondern auch gegen das „Volksblatt“ aufgebracht waren, sprechen deutliche Indizien in der zeitgenössischen Publizistik. So empörte sich der Paderborner Korrespondent der „Westfälischen Zeitung“ darüber, dass sich das katholische „Volksblatt“ höhnisch über die angebliche Feigheit des liberalen „Kreisanzeigers“ entrüstete, weil dieser aus Protest gegen die Bismarcksche Presseverordnung angekündigt hatte, bis auf weiteres auf politische Kommentare zu verzichten.<sup>159</sup> Der Umstand, dass dasselbe „Volksblatt“, das sich der auftrumpfenden Kommentierung der „Kreuzzeitung“ gegenüber der in Bedrängnis geratenen liberalen Presse anschloss, auf der anderen Seite scheinheilig die

<sup>156</sup> Die Offiziere waren als „nicht ständige Mitglieder“, die nicht dauerhaft ihren Wohnsitz in Paderborn hatten, nicht stimmberechtigt.

<sup>157</sup> Nachricht aus Dortmund, in: WZ, Nr. 176, 3.7.1863.

<sup>158</sup> Nachricht aus Barmen, in: WZ, Nr. 185, 12.7.1863.

<sup>159</sup> Aus dem Paderbornschen, in: WZ, Nr. 187, 14.7.1863.

angebliche Feigheit des liberalen Konkurrenzblattes kritisierte, schien aus der Sicht des Paderborner Korrespondenten Beweis genug, auf welch niedriges moralisches Niveau das Organ der Paderborner Katholiken mit seiner Anbiederung an Bismarck abgesunken war.

Die repressive Pressepolitik Bismarcks begriffen die Liberalen als Teil einer umfassenden reaktionären Wende, die auch vor der Disziplinierung liberaler Beamter nicht Halt machte. Um diesem Personenkreis den Rücken zu stärken, gründeten die Paderborner Liberalen im Herbst 1862 ein Komitee, das den „Nationalfonds“ für bedrohte verfassungstreue Beamte unterstützen sollte. Eine Bürgerversammlung, die eigens zu diesem Zweck einberufen wurde, brachte immerhin über 42 Taler an regelmäßigen Monatsbeiträgen für diesen Fonds zusammen.<sup>160</sup> Drei der fünf Unterzeichner des Aufrufs, der Gymnasial-Rendant Florencourt, der Arzt Dr. Hörling und der Rechtsanwalt Krönig, waren exponierte Mitglieder der „Harmonie-Gesellschaft“. Der „Nationalfonds“ trat von vornherein als Kampfinstrument der Liberalen ins Leben.

Mit ihrer Unterstützung Bismarcks isolierten sich die Paderborner Konservativen innerhalb der gehobenen Bürgerkreise. Auch wenn das „Volksblatt“ glaubte feststellen zu können, dass nur die höhere Beamtschaft, die Protestanten und die Juden die Träger des liberalen Fortschritts seien, so ließ sich gleichwohl kaum übersehen, dass der katholische Konservatismus auch innerhalb der katholisch getauften Honoratiorenenschaft an Attraktivität eingebüßt hatte, dies vor allem seit den scharfen Auseinandersetzungen um die weltliche Herrschaft des Papstes um die Jahreswende 1859/60.<sup>161</sup> Im Sommer 1863 erreichte das Ansehen des katholischen „Volksblattes“ seinen Tiefpunkt: Es musste sich mit Blick auf seine Parteinahme für Bismarck und die „Kreuzzeitung“ den Vorwurf gefallen lassen, es habe sich durch „Liebesgaben“ der Regierung korrumpieren lassen. Denn kurz zuvor hatten die Regierungsbehörden dem unbotmäßigen liberalen „Kreisanzeiger“ die amtlichen Bekanntmachungen entzogen und dem „Volksblatt“ diese Aufgabe angetragen.<sup>162</sup> Der Sachverhalt, dass nunmehr das „Volksblatt“ die monopolartige Stellung eines amtlichen Anzeigenblattes einnahm, veranlasste die Liberalen zu der Anklage: „Drängt sich nicht der Gedanke auf, daß das ‚Geschäft‘ ihm, [dem „Volksblatt“], den Mund geschlossen hat?“<sup>163</sup>

Auch wenn sich im Sommer 1863 die Spannungen zwischen den Paderborner Gesinnungslagern verschärften, so sollte man die Pressepolemiken nicht als abbildhaften Ausdruck der Konfrontationsstimmung interpretieren, vielmehr die bei massenmedialen Quellen erforderlichen Abstriche machen, vor allem im Hinblick auf eine gewisse

<sup>160</sup> Nachrichten aus Paderborn vom 4. u. 21. November, in: WZ, Nr. 288, 7.11.1862 bzw. Nr. 306, 25.11.1862. Die Namen der Unterzeichner des Aufrufs waren: Barré, Brinkmann, Florencourt, Dr. Hörling und Krönig.

<sup>161</sup> Nachricht aus Westfalen vom 22. Oktober, in: WZ, Nr. 291, 27.10.1863.

<sup>162</sup> KIEPKE, Paderborner Presse, S. 65.

<sup>163</sup> Nachricht aus Paderborn vom 25. Oktober, in: WZ, Nr. 291, 27.10.1863.

pressetypische Neigung zur Zuspitzung, Verzerrung und Vereinfachung. Auch innerhalb der „Harmonie-Gesellschaft“ gab es trotz der schmerzlichen Austritte keine Neigung, das angespannte Verhältnis zum katholischen Kirchenmilieu noch weiter zu strapazieren, erkennbar daran, dass der Vorstand auch weiterhin katholischen Organisationen den großen „Harmonie“-Saal zur Verfügung stellte, so etwa dem katholischen Gesellenverein für dessen Stiftungsfest im Herbst 1863 oder der im katholischen Mittelstand verankerten Schützengesellschaft im Februar 1865 für einen Schützenball.<sup>164</sup>

## **XII. Liberaler Aufstieg in den Wahlen der 1860er Jahre und die „Harmonie-Gesellschaft“**

Die Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus dokumentieren den Aufstieg der Paderborner Liberalen am deutlichsten. Ab 1861 erzielten die Liberalen auf der Basis des in Preußen geltenden Dreiklassenwahlrechts in den beiden oberen Wählerabteilungen beachtliche Stimmerfolge; dort konzentrierten sich neben den materiell besser gestellten Katholiken die Paderborner Protestanten und Juden.<sup>165</sup> In der unteren Wählerabteilung, die das untere Drittel des Steueraufkommens repräsentierte und damit das zahlenmäßige Übergewicht der Wähler, hatte der katholische Konfessionalismus, d. h. die Kirchen- und Papstgläubigkeit, eine solide Mehrheitsbasis.<sup>166</sup> Angesichts des Stadt und Land integrierenden Zuschnitts der Wahlkreise konnte auch in den 1860er Jahren der politische Katholizismus im Paderborner Land solide Wahlkreismehrheiten zu Stande bringen, denn das ländliche Umfeld von Paderborn war im Unterschied zum Paderborner Stadtgebiet fest in der Hand der Konservativen. In der Stadt Paderborn konnten die Liberalen erstmals 1861 eine Mehrheit der Wahlmänner für sich gewinnen; ihre starke Stellung behaupteten sie auf Grund der ausgeprägten liberal-nationalen Aufstiegsvisionen bis zur Reichsgründung. Wie andernorts nahm die Attraktivität der Liberalen mit dem Bildungsgrad und dem materiellen Besitz zu, weshalb es in der liberalen Presse immer wieder mit einem Anflug von Arroganz hieß, dass der „intelligenter Teil“ der Paderborner Bürgerschaft den „Fortschritt“ wähle.<sup>167</sup> Dies erklärt auch, dass die „Harmonie-Gesellschaft“ als Elitenvereinigung ähnlich wie die oberen Wählerabteilungen des Dreiklassenwahlrechts (I. und II. Abt.) ungeachtet ihres überparteilichen Integrationsanspruchs eine deutlich liberale Schlagseite aufwies.

<sup>164</sup> Anzeige des katholischen Gesellen-Vereins für das Stiftungsfest am 4.10.1863, in: WVB, Nr. 53, 30.9.1863; Anzeige der Schützengesellschaft über einen Schützenball am 2. Februar 1865 im Saale der „Harmonie-Gesellschaft“, in: AKP, Nr. 5, 18.1.1865.

<sup>165</sup> MARON, Vom Ende des Fürstbistums, S. 92ff.

<sup>166</sup> Dieser Befund für Paderborn deckt sich mit den Ergebnissen einer vergleichenden Lokalstudie über Köln und Bonn; vgl. MERGEL, Thomas: Zwischen Klasse und Konfession. Katholisches Bürgertum im Rheinland 1794–1914, Göttingen 1994.

<sup>167</sup> Nachricht aus Paderborn vom 28. April, in: WZ, Nr. 103, 1.5.1862.

Dieser Zusammenhang lässt sich auch daran ablesen, dass die liberalen Wahlkampfmatadore in der „Harmonie-Gesellschaft“ erheblich stärker präsent waren als die katholisch-konservativen. Als die Liberalen im Frühjahr 1862 ein Wahlkomitee bildeten, das die Wahlchancen verbessern sollte, tauchte in der Unterschriftenliste des liberalen Wahlaufrufs eine stattliche Anzahl von Personen auf, die auch in der „Harmonie-Gesellschaft“ präsent waren, unter ihnen die Katholiken Josef Drees und Franz von Florencourt sowie die Protestanten Hermann Krönig und Roderich Dullo.<sup>168</sup> In diesem Aufruf wurden nicht nur die gefährdeten verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments beschworen, sondern auch die privilegierte Stellung der katholischen Kirche ausdrücklich bestätigt. Man wollte damit der klerikalen Wahlagitation das Wasser abgraben, die den Liberalen unterstellte, sie würden die Religionsfreiheit abschaffen, wenn sie an die Macht kämen. Als Ende April 1862 das Ergebnis der Wahlmänner-Wahlen feststand, zeigte sich, dass die Liberalen ihre Stellung in den oberen beiden Wähler-Abteilungen festigen konnten, wohingegen die untere III. Abteilung ausschließlich katholisch-konservative Wahlmänner ins Rennen schickte. Von den 32 Wahlmännern der beiden oberen Wähler-Abteilungen waren 22 der liberalen Partei zuzurechnen, wovon mindestens 13 auch Mitglied der „Harmonie-Gesellschaft“ waren.<sup>169</sup> Unter den 22 liberalen Wahlmännern befanden sich 10 Katholiken, 11 Protestanten und 1 Jude. Auch wenn hier die Protestanten gemessen an ihrem Bevölkerungsanteil überrepräsentiert waren, so konnte das „Volksblatt“ gleichwohl nicht wegdiskutieren, dass sich in den Wählerabteilungen der oberen Einkommensschichten auch Katholiken für die Fortschrittspartei engagierten, und zwar in beachtlichem Umfang. Die 17 Wahlmänner der III. Abteilung, die sich aus den Urwählern der unteren Einkommensschichten zusammensetzte, waren ausschließlich der katholisch-konservativen Richtung zuzurechnen; sie zeigten im Unterschied zu den Vertretern der beiden oberen Wählerabteilungen schwerpunktmäßig ein mittelständisch-handwerkliches Profil. Nur zwei der katholisch-konservativen Wahlmänner waren „Harmonie“-Mitglieder. Auch hier bestätigt sich der Eindruck, dass die „Harmonie-Gesellschaft“ eher eine liberale als konservative Aura verbreitete.

<sup>168</sup> Wahlauf Ruf der konstitutionellen Partei [Fortschrittspartei] des Wahlkreises Paderborn-Wiedenbrück-Büren, Nachricht aus Paderborn vom 20. April, in: WZ, Nr. 96, 24.4.1862. Der Jude Sally Meyer, der ebenfalls Mitunterzeichner war, wurde erst 1877 in die „Harmonie-Gesellschaft“ aufgenommen.

<sup>169</sup> Nachricht aus Paderborn vom 28. April, in: WVB, Nr. 18, 30.4.1862.



348

...Lernzeit ist die einzige nicht  
 erwerbslose Zeit, und mit der  
 Erlangung dieser den geschäftlichen  
 Akt im höchsten Maß verbunden mit  
 einer geschäftlichen Ausbildung, und  
 der die zur Erlangung von Wissen,  
 Fertigkeiten, und zur Erleichterung der  
 höchsten Studien erforderliche praktische  
 Anleitung gibt.

Obwohl der Unterricht, welcher in den  
 Musikschulen, namentlich in der Paderborner  
 Landwehr musikalischen Schule, der  
 jetzigen Richtung, bereits im höchsten  
 Grade schicklich gelehrt wird,  
 so ist doch der Mangel an einem  
 Verein, welcher von einer gemeinnützigen  
 Person

zur Erlangung gelehrt werden  
 können.

Der unterzeichnete Director  
 richtet hierdurch die Bitte an die  
 Königl. Regierung, die zur  
 Erlangung dieser Ausbildung  
 erforderliche Unterstützung zu  
 bewilligen.

Die Harmonie-Gesellschaft zu  
 Paderborn die Petition der  
 Corporationen:

1. zur Erlangung des Vereins-  
 rechtlichen Ansehens, sowie  
 zur Erlangung von Vorzügen  
 in der Ausbildung der zur  
 Erlangung dieser Ausbildung  
 erforderlichen Personen.

Stamm

349

...Sichem Orte zu vereinigen.  
 Ein geneigter Herrscher, namentlich  
 die Königl. Regierung zu Paderborn,  
 Paderborn den 23. Mai 1864.

Von Paderborn die Harmonie-  
 Gesellschaft zu Paderborn,  
 H. Klenke

Abb. 2: Antrag der Harmonie-Gesellschaft zu Paderborn zwecks Erteilung von Korporationsrechten, gerichtet an die Königl. Regierung, Abt. des Inneren zu Minden am 23.5.1864 Teil 1 (Stadtarchiv Detmold, M 1 I P, Nr. 358, Bl. 310-312).



### XIII. Die Konsolidierung der „Harmonie-Gesellschaft“ und der Ruf nach dem eigenen Clubhaus

Trotz aller liberalen Neigungen baute die „Harmonie-Gesellschaft“ gegenüber konservativen Katholiken keine Barrieren auf. Im Gegenteil, auf Grund ihres erfolgreichen Integrationskurses konsolidierte sich die Gesellschaft in den frühen 1860er Jahren so sehr, dass sie ernsthaft in Erwägung zog, sich ein eigenes Clubhaus zuzulegen. Auf mindestens 171 „beständige“ Mitglieder war die Gesellschaft zu dieser Zeit angewachsen, so dass der Ruf nach einem ‚Eigenheim‘ gleichsam in der Luft lag.<sup>170</sup> Es habe sich, hieß es, das „absolute Bedürfnis“ entwickelt, ein „entsprechendes Lokal eigentümlich zu erwerben“<sup>171</sup> (s. Abb. 2). 1864 verabschiedete man ein neues Statut, das den höheren Anforderungen des Immobilienerwerbs Rechnung trug: Die Neufassung hielt Bestimmungen bereit, die den Umgang mit dem zu erwerbenden Gesellschaftsvermögen regelten: So wurden etwa nur die „beständigen Mitglieder“ zu Miteigentümern des Gesellschaftsvermögens erklärt, und dem dreiköpfigen Vorstand wurde die Verantwortung für die Geschäftsführung übertragen. Man traute sich zu, die Mittel für den Erwerb eines Anwesens aufbringen zu können und die erforderlichen Kredite aus den laufenden Mitgliedsbeiträgen verzinsen und amortisieren zu können. Auch der Landrat bestätigte der Gesellschaft das erforderliche Aufkommen aus den Beiträgen. Nachdem die Generalversammlung im Januar 1864 zugestimmt hatte, ein der Gesellschaft angebotenes Haus am Domplatz zu kaufen, stellten sich jedoch unerwartete Schwierigkeiten ein, weil die Gesellschaft nicht über die für den Kauf erforderlichen „Gesellschaftsrechte“ verfügte und sich der Besitzer des fraglichen Objekts nicht auf „bindende Verhandlungen“ mit einer Gesellschaft einlassen wollte, die staatlicherseits nicht als geschäftsfähige „juristische „Person“ anerkannt war.<sup>172</sup> So kam es, dass ein kirchentreuer konservativer Bierbrauer zuvorkam und das begehrte Objekt erwarb. Er überließ es dem katholischen „Bürgerverein“ zur Miete.<sup>173</sup> Damit hatte sich das Projekt, die Gesellschaft mit

<sup>170</sup> Das im März 1864 neu gefasste Statut enthielt Unterschriften in dieser Anzahl; abstimmungsbe-rechtigt waren auf der zuständigen Generalversammlung nur die „beständigen“ Mitglieder. Am 3.3.1864 nahm die Generalversammlung mit 171 Stimmen das neue Statut an. Der Oberpräsident der Provinz Westfalen bestätigte am 26.9.1864 die Statuten. Vgl. den handschriftlichen Eintrag in das Belegexemplar des Statuts der Harmonie-Gesellschaft von 1864, in: StA Detmold, Regierung Minden M 1 I P, Nr. 358.

<sup>171</sup> Antrag der Harmonie Gesellschaft zu Paderborn zwecks Erteilung von Korporationsrechten, gerichtet an die Königliche Regierung, Abt. Inneres in Minden am 23.5.1864, in: StA Detmold, Regierung Minden M 1 I P, Nr. 358, Bl. 210 (s. auch Abb. 2).

<sup>172</sup> 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 30; Nachricht über die Eröffnung des Paderborner Bürgervereins im Westfälischen Volksblatt, abgedruckt in: HOHMANN, Bürgerverein, S. 315.

<sup>173</sup> Es handelte sich um den Bierbrauer Backhaus, der für die katholisch-konservative Partei öffentlich in Erscheinung trat; vgl. Politische Nachrichten, in: WVB, Nr. 18, 30.4.1862.

jekt, die Gesellschaft mit eigenen Räumlichkeiten auf eine standesgemäße Grundlage zu stellen, vorerst zerschlagen.

Durch Erfahrung klug geworden, holte man nunmehr das Versäumte nach und beantragte auf der Basis des neuen Statuts bei der Bezirksregierung die Rechte einer juristischen Person, um für den Fall künftiger Kaufangebote in vollem Umfang geschäftsfähig zu sein.<sup>174</sup> Ursprünglich hatte sich das Problem der vollen Geschäftsfähigkeit noch nicht gestellt, als die „Harmonie“ 1828 aus Anlass ihrer Gründung beim Oberpräsidenten in Münster die Genehmigung ihres Statuts beantragt hatte. Damals waren die Ansprüche noch erheblich bescheidener gewesen. Nunmehr aber, als der Erwerb von Immobilien höhere Anforderungen an die Geschäftsfähigkeit stellte, beantragte der Vorstand in zeittypisch gespreiztem Juristendeutsch die „Verleihung von Korporationsrechten zur Erwerbung und Veräußerung von Grundstücken sowie zur Kontrahierung von Schulden behufs Beschaffung der zur Erwerbung und Erhaltung notwendigen Geldmittel“.<sup>175</sup> In solchen Fällen bot die preußische Regierung die obrigkeitliche Verleihung der Rechte einer juristischen Person an; nach altem, gesetzlich nicht festgeschriebenem Brauch behielt sich der preußische König dieses Recht vor, wobei der Antrag an die regionale Regierungsbehörde zu richten und von dieser wie von der Provinzialregierung und zusätzlich vom Berliner Innen- und Justizministerium zu begutachten war, bis schließlich auch der König seine Zustimmung erteilte.<sup>176</sup> Seit der Jahrhundertmitte wurden die preußischen Regierungsbehörden mit einer ganzen Welle von Anträgen konfrontiert, die nicht nur im westfälischen Raum, sondern landesweit auf bürgerliche Honoratiorenclubs zurückgingen und ähnlich wie im Paderborner Fall auf die Verbesserung der Geschäftsfähigkeit abzielten. Im September 1864 erlangte auch die Paderborner „Harmonie“ den Status einer juristischen Person.<sup>177</sup>

<sup>174</sup> Urkunde der Harmonie-Gesellschaft vom 4.9.1864 über die Verleihung der Rechte einer juristischen Person, vom König und vom Justiz- und Innenminister unterzeichnet, in: StA Berlin-Dahlem, Ministerium des Innern, I. HA Rep. 77, Tit. 525, Nr. 201.

<sup>175</sup> Antrag der Harmonie Gesellschaft zu Paderborn zwecks Erteilung von Korporationsrechten, Bl. 210f.

<sup>176</sup> Vgl. Expertise des Preußischen Ministers zur Handel und Gewerbe vom 30.11.1912, betreffend die Satzungen der mit Korporationsrechten ausgestatteten Vereine, in: StA Detmold, Regierung Minden, M 1 I P, Nr. 1579, Bl. 167. Vgl. auch die Vielzahl von Anträgen in den Akten der Regierung Minden, in: StA Detmold, M 1 I P, Nr. 358 u. Nr. 359, und die umfangreichen Akten des preußischen Innenministeriums zu „Ressourcen und sonstigen Gesellschaften zu geselligen Vergnügungen“, in: StA Berlin-Dahlem, Ministerium des Innern, I. HA, Rep. 77, Tit. 1053, Vol. VI–XII.

<sup>177</sup> Am 4.9.1864 erfolgte die Verleihung der Rechte einer juristischen Person durch den König vorbehaltlich der Prüfung des Statuts durch den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen; und am 26.9.1864 genehmigte der westfälische Oberpräsident das überarbeitete und erweiterte Statut. Vgl. den handschriftlichen Eintrag in das Belegexemplar des Statuts der Harmonie-Gesellschaft von 1864, in: StA Detmold, Regierung Minden M 1 I P, Nr. 358.

#### XIV. Die Grenzen des liberalen Aufstiegs im Lichte der politischen Wende von 1864

Als Ende 1863 erneut ein deutsch-dänischer Krieg ausbrach, ging über Deutschland eine einzigartige Welle der nationalkriegerischen Begeisterung und Mobilisierung hinweg, die vor allem von den im bürgerlichen Mittelstand verankerten Wehrtun- und Sängervereinen, von der liberalen Presse und von den Fortschrittsparteien getragen wurde.<sup>178</sup> Wenn sich davon in Paderborn im Unterschied zu anderen Städten recht wenig bemerkbar machte, dann lag dies darin begründet, dass der Liberalismus in Paderborn mehr als anderswo ein Elitenphänomen war und die mittleren und unteren Schichten weiterhin unter kirchlich-konservativem Einfluss standen, während sich diese Schichten anderswo eher in der liberalnationalen Wehrbewegung engagierten. Zum hier gezeichneten Bild passt, dass es kaum Berichte über eine Paderborner Wehrbewegung gibt, aber deutliche Hinweise auf die ungebrochene Präsenz der St.-Michaels-Bruderschaften, die weiterhin die Verteidigungsanstrengungen des Papstes unterstützten und sich kaum vom Kriegsfieber der Nationalbewegung anstecken ließen. Deren Schleswig-Holstein-Agitation wies in eine völlig andere Richtung als die katholische Militanz eines Bischofs Martin, der mit seiner Anhängerschaft vor Ort die Michaels-Kämpfer im fernen Kirchenstaat unterstützte.<sup>179</sup> Schon ein Jahr zuvor hatte das Paderborner Katholikenblatt klargestellt, dass es Aufgabe des kirchentreuen Katholiken sei, sich für den Peterspfennig und die St.-Michaels-Bruderschaften zu engagieren, statt für die „Deutsche Flotte“ zu sammeln und Deutschland in einen Nationalkrieg um die Elbherzogtümer zu stürzen.<sup>180</sup> Letzteres traf vor allem in der Paderborner Oberschicht auf Sympathien.

Als die liberale Bewegung 1864 einen Dämpfer erhielt, nachdem Bismarck ihr mit seiner unerwartet energischen Kriegspolitik den Wind aus den Segeln genommen hatte, verlor auch der nach wie vor ungelöste Verfassungskonflikt seine explosive Dramatik. Auch in Paderborn nahmen die Spannungen wieder ab; ein untrügliches Zeichen war, dass die Offiziere, die die „Harmonie-Gesellschaft“ 1863 wegen der Abbestellung der „Kreuzzeitung“ verlassen hatten, bereits 1864 wieder zurückkehrten.<sup>181</sup> Unspektakulär gestaltete sich auch die weitere Formierung und Festigung des politischen Katholizismus, der sich vom beeindruckenden Aufstieg der Liberalen herausgefordert sah. Vor allem wurmte papsttreue Katholiken der mangelnde Rückhalt in der außerkirchlichen Oberschicht der Stadt, deren katholisches Segment prag-

<sup>178</sup> KLENKE, Dietmar: Der singende ‚deutsche Mann‘. Gesangvereine und deutsches Nationalbewusstsein von Napoleon bis Hitler, Münster u. a. 1998, S. 122–130; DAEBEL, Joachim: Die Schleswig-Holstein-Bewegung in Deutschland 1863/64, Phil. Diss. Köln 1969.

<sup>179</sup> Nachricht aus Paderborn, in: WZ, Nr. 14, 15.1.1864.

<sup>180</sup> Offener Brief [des Hofkaplans Ruland], in: WVB, Nr. 16, 16.4.1862.

<sup>181</sup> Schreiben des Landrates des Kreises Paderborn an die königliche Regierung in Minden vom 22.6.1864, Bl. 214.

matisch genug war, konfessionelle Streitigkeiten zu vermeiden. Um nun das konfessionelle Milieu auf Vordermann zu bringen und obendrein die mangelnde Verankerung in den besseren Kreisen zu kompensieren, gründete ein kirchentreuer Kreis katholischer Bürger eine Vereinigung, die den politischen Einfluss des Katholizismus vor Ort stärken und die noch relativ glaubensfeste bürgerliche Mittelschicht mobilisieren sollte. Unter den Initiatoren war eine größere Anzahl gebildeter Honoratioren, deren erklärtes Ziel es war, ein Gegengewicht gegen den Liberalismus und die „Harmonie-Gesellschaft“ aufzubauen. Diese „Bürgerverein“ genannte Organisation trat im November 1864 ins Leben.<sup>182</sup> Auch sie bot ihren Mitgliedern ein Vereinslokal, Spielmöglichkeiten, gesellige und festliche Veranstaltungen und obendrein ein Lesekabinett mit einer Reihe von Zeitschriften. Aber der Mangel an sozialer Exklusivität und der enge konfessionelle Zuschnitt verhinderten, dass der „Bürgerverein“ für die Oberschicht zu einer attraktiven Alternative für die „Harmonie-Gesellschaft“ wurde. Auch traten die Funktionen eines Wahlvereins für den politischen Katholizismus zu deutlich in Erscheinung, als dass eine Atmosphäre entspannter und zugleich distinguiert Honoratioren-Geselligkeit hätte aufkommen können. Hinzu kam, dass die Ehrenmitgliedschaft des doktrinär wirkenden Bischofs diesen Verein von vornherein für protestantische und jüdische Honoratioren inakzeptabel machte.<sup>183</sup>

### XV. Rekrutierungspolitik und Ämterbesetzung der „Harmonie-Gesellschaft“

Betrachtet man die Rekrutierungspolitik der „Harmonie-Gesellschaft“ in den Jahrzehnten des politischen und sozialen Umbruchs nach der gescheiterten Revolution von 1848, dann fällt auf, dass der Führungszirkel stets um eine ausgewogene Aufnahmepolitik bemüht war. Zeigten bereits die ruhigen 1850er Jahre, dass man gleichermaßen Juden, Protestanten und Katholiken aufnahm, darunter auch solche mit enger Kirchenbindung, so setzte sich diese bewährte Praxis trotz aller von außen herangetragenen Irritationen in den 1860er Jahren fort. Traten etwa in den 1850er Jahren mit Rechtsanwalt Hermann Mantell und Gymnasiallehrer Friedrich Wilhelm Grimme als kirchennahen Katholiken, Franz von Florencourt und Josef Drees als kirchenkritischen liberalen Katholiken, dem liberal-nationalen protestantischen Geschäftsführer der Gaskompagnie Roderich Dullo und seinem Gesinnungsfreund, dem Arzt Dr. Hörling sowie den liberal gesinnten jüdischen Brüdern Eichengrün weltanschaulich höchst unterschiedliche Vertreter der Paderborner Oberschicht der „Harmonie-Gesellschaft“ bei, so setzte sich dieses pluralistische Gebaren in den 1860er Jahren

<sup>182</sup> HOHMANN, Bürgerverein, S. 315–333.

<sup>183</sup> 1864 machte sich Bischof Martin bei den Protestanten unbeliebt, weil er an sie eine Schrift in bekehrender Absicht richtete; vgl. Konrad Martin, in: BRANDT, Hans Jürgen/ HENGST, Karl: Die Bischöfe und Erzbischöfe von Paderborn, Paderborn 1984, S. 306.

trotz aller politischen Belastungen ungebrochen fort.<sup>184</sup> 1860 nahm man mit dem liberal-nationalen protestantischen Richter Wilke und dem katholisch-konservativen Richter Alfred Hüffer zwei Exponenten der gegensätzlichen politischen Lager auf. Dieser Pluralismus behauptete sich ungeachtet aller Wechselfälle der großen Politik über das gesamte Jahrzehnt hin: Aufnahme fanden solche Personen wie der kirchenloyale Domorganist Fölmer, die jüdischen Kaufleute und Bankiers Louis und Emil Paderstein sowie Abraham Rosenthal, der liberale katholische Bauunternehmer Albert Didden und die protestantischen Staatsanwälte Mayer und Müller. Erstaunlicherweise erwies sich auch der Einschnitt des deutsch-französischen Krieges in der Rekrutierungspolitik der „Harmonie-Gesellschaft“ nicht als Zäsur. Denn man hielt auch in den 1870er Jahren, dem Höhepunkt der politischen Turbulenzen, konsequent an einer politisch-konfessionell ausgewogenen Aufnahmepraxis fest. Offenbar war selbst die aggressiv aufgeladene Stimmungslage der Kulturkampf-Ära nicht geeignet, die „Harmonie-Gesellschaft“ aus ihrem Gleichgewicht zu bringen. Auch weiterhin waren die weltanschaulichen und politischen Richtungen angemessen repräsentiert. So wurde beispielsweise im Jahre 1871 der protestantische Oberstaatsanwalt Irgahn aufgenommen, der sich auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes mit Anklageschriften gegen die Bischöfe von Paderborn und Münster exponierte.<sup>185</sup> 1874 strengte er gegen einen doppelten Freispruch des Paderborner Bischofs vor dem Kreis- und dem Appellationsgericht eine Nichtigkeitsbeschwerde vor dem Berliner Obertribunal an.<sup>186</sup> 1872 wurde der katholisch getaufte, aber liberalnational gesinnte Gutsbesitzer und „Liedertafel“-Sänger Hermann Josef Hesse Mitglied, ebenfalls 1872 der jüdische Bankier Louis Ransohoff, 1874 dann der katholische, aber kirchenkritisch und nationalliberal gesinnte Gymnasiallehrer und Liedertafler Dr. Hester, im selben Jahr aber auch der kirchentreue konservative Katholik und Lederfabrikant Heinrich Sandhage, sodann 1876 der herausragende katholische Kulturkämpfer und Zeitungsverleger Ferdinand Schöningh und schließlich 1877 der jüdische Mühlenbesitzer Sally Meyer sowie der kirchenkritische liberale Katholik, Liedertafler und Bankier Karl Spancken. Diese Rekrutierungspolitik zeigt, wie sehr sich die weltliche Oberschicht bemühte, im Sinne eines gesitteten Umgangs unter gebildeten, um Toleranz bemühten Großbürgern die politischen Tageskämpfe aus dem geselligen Leben der Gesellschaft herauszuhalten bzw. sie intern zu entschärfen. Was dies einzelnen „Harmonie“-Mitgliedern abverlangte, lässt sich ermesen, wenn man schlaglichtartig das Jahr 1876 beleuchtet und sich

<sup>184</sup> Vgl. für die folgenden Ausführungen: Verzeichnis der in die Harmonie-Gesellschaft aufgenommenen Mitglieder, in: 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 57–86.

<sup>185</sup> KLENKE, Dietmar: Der Kulturkampf, in: Alles was Recht ist. Zur Geschichte des Gerichtswesens in Münster 793–1993, hg. vom Landgericht Münster u. a., Münster 1993, S. 134f.; STAMM, Christian (Hg.): Urkundensammlung zur Biographie des Dr. Conrad Martin – Bischof von Paderborn, Paderborn 1892, S. 229, S. 361ff.

<sup>186</sup> STAMM, Urkundensammlung, S. 229.

die seelische ‚Zumutung‘ einer persönlichen Begegnung zwischen Irgahn, dem Ankläger des Bischofs von Paderborn, und Schöningh, der publizistischen Speerspitze des katholischen Kulturkampfes, vor Augen hält. Immerhin hatte Irgahn auch am Absetzungsverfahren gegen Bischof Martin mitgewirkt und die Anschuldigungsschrift verfasst, die im Januar 1875 vor dem „Königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten“ zum Erfolg führte, während der Bischof in Paderborn im Gefängnis saß.<sup>187</sup>

Schaut man sich die Vorstände der „Harmonie-Gesellschaft“ an, dann bietet sich ein ähnliches Bild wie bei der Betrachtung der Rekrutierungspraktiken.<sup>188</sup> So stoßen wir in den 1850er Jahren auf den Domkapitular Ernst und den liberal gesinnten protestantischen Rechtsanwalt Hermann Krönig. 1861/62 begegnen uns im Direktoren-Triumvirat die protestantischen und liberalen Richter Wichmann und Wilke auf der einen, und der katholisch-konservative Richter Hüffer auf der anderen Seite. 1862/63 allerdings, auf dem Höhepunkt des auch in Paderborn leidenschaftlich debattierten Verfassungskonflikts, ließ die Ausgewogenheit zu wünschen übrig. Hüffer wurde nicht wiedergewählt, und mit Richter Wilke, Staatsanwalt Vennewitz und dem Unternehmer Dullo stellten Vertreter der liberalen Opposition das Direktorium. Bezeichnenderweise fällt in deren Amtszeit auch die umstrittene Verbannung der „Kreuzzeitung“ aus der „Harmonie-Gesellschaft“. Die 1870er Jahre zeigten in der Zusammensetzung des Direktoriums eine leicht liberal-nationale Schlagseite, bis 1876 mit Rechtsanwalt Mantell wieder ein entschiedener Verfechter des politischen Katholizismus in das Dreier-Direktorium aufrückte und damit die Balance wiederherstellte.

### **XVI. Politische Spannungen im Kulturkampf der 1870er Jahre**

In den frühen 1870er Jahren verschärften sich die Spannungen zwischen Liberalen und katholischen Konservativen aufs Neue. Als staatstragende und machtbewusste Kraft wollten die Liberalen Gestaltungskraft beweisen. Ihr politischer Ehrgeiz hatte auch das Feld der Kirchenpolitik im Blick. Sie hatten den großen Konfessionskirchen nicht verziehen, dass diese vor der Reichsgründung eher im Lager der konservativen Gegner gestanden hatten und sich kaum für die nationalen und liberalen Ziele der bürgerlichen Emanzipationsbewegung eingesetzt hatten. Nun aber wollten die Liberalen als die neue beherrschende Kraft im Reich das Verhältnis von Kirche und Staat in ihrem Sinne regeln, und das hatte zu bedeuten, dass die Kirchen als machtpolitischer Faktor möglichst weit zurückzudrängen waren.<sup>189</sup> Zum einen sollten sie gemäß der liberalen Maxime, dass Staat und Kirche zu trennen seien, den ihnen noch verbliebe-

<sup>187</sup> STAMM, Urkundensammlung, S. 361f.

<sup>188</sup> Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der Harmonie-Gesellschaft, in: 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 45–54.

<sup>189</sup> LILL, Rudolf (Hg.): Der Kulturkampf, Paderborn 1997.

nen Rest an hoheitlichen Aufgaben verlieren, etwa die Befugnis, rechtsgültige Trauungen vorzunehmen, oder amtliche Funktionen im Rahmen der Schulaufsicht. Diesbezüglich kam es den Liberalen darauf an, den Einfluss der Kirchen zu mindern, indem man sie zu rein privatrechtlichen Vereinigungen herabstufte, die aller Vorrechte verlustig gingen. Das war die eine Seite des Kulturkampfes. Die andere Seite aber, die erheblich mehr Sprengstoff barg, spielte auch in Paderborn eine prägende Rolle mit Langzeitwirkungen. Es ging dabei nicht um die Trennung von Kirche und Staat, sondern im Gegenteil um die Unterordnung der Kirchen unter die religionspolitische Oberhoheit des liberalen Nationalstaates, der in die Inhalte der Priesterausbildung eingriff, die Kanzelverkündigung und andere religiöse Botschaften einer strikten staatlichen Kontrolle unterwarf und in die innerkirchliche Disziplinargewalt eingriff, um die Kirchen als staatsunabhängige moralische Kraft auszuschalten. Staatskirchliche Ambitionen dieser Art machten böses Blut und weckten im Katholizismus mit seinem transnationalen, auf Unabhängigkeit bedachten religiösen Selbstverständnis ungeahnte Widerstandskräfte. Dehnte der Staat seinen Machtanspruch auf das ureigene Feld der Kirche aus, dann hatte sich der katholische Amtsträger im Konfliktfall für die oberste geistliche Autorität zu entscheiden und nicht für den Staat, der auf seinem Territorium der höchste Souverän zu sein beanspruchte. Dieser Machtkonflikt zwischen Staatsgewalt und transnationaler päpstlicher Autorität entzündete sich an erster Stelle am staatlichen Kulturexamen für das Priesteramt, einer 1873 in Preußen eingeführten Gesetzesbestimmung, die jedem Priesteramtskandidat auch eine staatliche Prüfung vorschrieb, über deren Inhalte nicht die Kirche, sondern allein der Staat zu entscheiden hatte. Die Weigerung der Bischöfe, sich auf dem ureigenen Feld der Priesterausbildung staatlichen Gesetzen dieser Art zu unterwerfen, ließ den Kulturkampf schnell auf die Eskalationsstufe von Gerichtsprozessen hochschnellen, in denen über die verantwortlichen Bischöfe Geld- und Haftstrafen verhängt wurden und als letztes Mittel das der Amtsenthebung zum Einsatz kam. All dies widerfuhr auch dem Bischof von Paderborn, der nach seiner Amtsenthebung im Jahre 1875 weiterhin steckbrieflich gesucht wurde, weil auf ihn als ‚Gesetzesbrecher‘ weitere Anklagen warteten. Hier prallten in aller Härte der religiöse Primat des Papsttums und der staatsreligiöse Absolutheitsanspruch des deutschen Nationalstaates aufeinander. Hinter der papstfeindlichen Staatsgläubigkeit stand als treibende Kraft der im Bildungsbürgertum stark verankerte Nationalliberalismus, der neben dem Nationalstaat keine andere gottunmittelbare Instanz gelten ließ. Aus der Perspektive nationalreligiöser Staatsgläubigkeit mussten papstgläubige Katholiken ‚Reichsfeinde‘ sein, die im Konfliktfall auch vor Gesetzesbruch und Landesverrat nicht zurückschreckten. In Paderborn trugen solche Haltungen ganz erheblich zur Vergiftung des öffentlichen Klimas bei. Umso bemerkenswerter ist, dass sich die „Harmonie-Gesellschaft“ dem Sog des eskalierenden Machtkampfes zwischen Staat und Kirche auch dann noch zu entziehen vermochte, als die Staatsgewalt mit dem Jesuitenverbot von 1872 den Kulturkampf auf ein neues repressives Niveau zu heben begann.

Zuvor jedoch, im Jahre 1871, brachte auch in Paderborn der patriotische Überschwang des Sieges über Frankreich die Konfessionen und Parteien einander näher. So wusste das katholische Kirchenmilieu im Juni 1871 die Feierlichkeiten zum Papstjubiläum und zum Friedensschluss ohne nennenswerte Spannungen miteinander zu verbinden, im Unterschied etwa zum ländlichen Niederrhein.<sup>190</sup> Bis zum Verbot des Jesuitenordens im Herbst 1872 waren die politischen Lager in Paderborn sichtlich darum bemüht, den neuen reichspatriotischen Grundkonsens demonstrativ herauszukehren. Ihren rituellen Höhepunkt erlebten diese Bestrebungen in der gemeinsamen Begehung des ‚Sedantages‘, des 2. September, an dem man der Entscheidungsschlacht im deutsch-französischen Krieg gedachte. 1872 führte der ‚Sedantag‘ alle weltanschaulichen und politischen Lager Paderborns im Zeichen der glorreich wiederauferstandenen Reichsnation zusammen, augenfällig versinnbildlicht in katholischen, evangelischen und jüdischen Festgottesdiensten und im großen Festzug durch die Stadt, an dem sich neben den Honoratioren und den Vereinen die Vaterlandslieder singenden Schüler der katholischen und evangelischen Schulen beteiligten.<sup>191</sup>

Da sich zu diesem Zeitpunkt aber bereits die Jesuitenverfolgung drohend am Horizont abzeichnete, war es im Vorfeld bereits zu Irritationen gekommen, weil sich aus der Sicht katholischer Kirchenkreise die Demonstration nationaler Einigkeit nicht mit der Kulturkampfgesetzgebung vereinbaren ließ. Weil aber ein aus liberal-nationalen Honoratioren bestehendes Komitee die Festvorbereitung energisch vorantrieb, mochten die katholischen Kreise dann doch nicht zurückstehen, um keinen Zweifel an ihrer nationalen Zuverlässigkeit aufkommen zu lassen und die wachsenden Spannungen nicht noch zu verschärfen. Denn die liberale Öffentlichkeit reagierte bereits sehr aggressiv auf katholische Kritik am kleindeutschen Reichspatriotismus. Diesbezüglich war von „klerikaler Schreierei“ die Rede.<sup>192</sup> Trotz offizieller katholischer Beteiligung fiel bereits am Festzug von 1872 auf, dass zwar die Honoratiorenwelt, der Kriegerverein und die Schulen geschlossen auftraten, dass sich aber beträchtliche Lücken bei der Repräsentanz der mittelständischen Bürgerwelt zeigten, wie ein liberaler Kommentator verärgert feststellte. Vermutlich hatte die katholische Partei mit ihrer nur halbherzigen Zustimmung im kirchenloyalen Mittelstand die Bereitschaft sinken lassen, patriotische Begeisterung zu zeigen. Die führenden Kirchenkreise Paderborns waren Anfang September noch unsicher, ob sie abwartend auftreten oder auf Konfrontation setzen sollten.<sup>193</sup> Im benachbarten Salzkotten hingegen boykottierte die katholische

<sup>190</sup> Vgl. die umfangreiche Berichterstattung in: WVB, Nr. 70, 13.6.1871. – SCHNEIDER, Ute: Politische Festkultur im 19. Jahrhundert. Die Rheinprovinz von der französischen Zeit bis zum Ende des Ersten Weltkrieges (1806–1918), Essen 1995.

<sup>191</sup> Aufruf des Komitees zur Feier des Nationalfestes am 2. September, in: WVB, Nr. 105, 31.8.1872; Nachricht aus Paderborn vom 2. September, in: Paderborner Kreisanzeiger, Nr. 71, 4.9.1872.

<sup>192</sup> Bericht aus Paderborn vom 9. September, in: WZ, Nr. 216, 15.9.1872.

<sup>193</sup> Nachricht aus Paderborn, im Oktober, in: WZ, Nr. 254, 30.10.1872.



Honoratiorenwelt bereits 1872 die Sedanfeier. Das vom Bürgermeister veranstaltete Festessen wurde zu etwa zwei Dritteln von den in der Stadt ansässigen Protestanten und Juden besucht.<sup>194</sup>

Als wenige Wochen nach den Sedanfeiern die Auflösung der Paderborner Jesuiten-Niederlassung erfolgte und sich damit der Schleier der weiteren Entwicklung endgültig lüftete, führte dies in Paderborn zu einem jähen Stimmungseinbruch, so dass der Sedantag 1873 vom katholischen Kirchenmilieu nicht mehr mitgefeiert wurde, jedoch weiterhin von der protestantischen Geistlichkeit und reichspatriotisch eingestellten Bürgerkreisen, die nach dem Urteil des bischofstreuen „Westfälischen Volksblatts“ dafür sorgten, dass die Stadt auch 1873 noch „ziemlich reich beflaggt“ war.<sup>195</sup> In kirchentreuen Kreisen jedoch formierte sich bereits im September 1872 der Protest gegen die preußische Kulturkampfpolitik, erkennbar daran, dass eine Vielzahl von Paderbornern mit Blick auf die Jesuitenvertreibung dem Mainzer „Verein der deutschen Katholiken“ beitrug, der reichsweit gegen die akute Verfolgungswelle eine Abwehrfront aufbaute.<sup>196</sup> Erneut spaltete sich die Paderborner Stadtbürgerschaft: auf der einen Seite kirchentreue Katholiken, die die Kulturkampfgesetze nicht widerstandslos hinnehmen wollten, und auf der anderen ein überkonfessionelles, staatsloyales und reichspatriotisches Lager, dem sich gemäß der liberal-nationalen Tradition der 1860er Jahre auch katholische Honoratioren zugesellten. In der Presse wurde gemutmaßt, ob nicht auch die altkatholische Bewegung in der Paderborner Bildungsschicht Fuß fassen könne.<sup>197</sup> Die Altkatholiken hatten sich aus Anlass des Unfehlbarkeitsdogmas von der römischen Kirche getrennt. Und die deutschen Bischöfe hatten für beträchtliche Irritationen gesorgt, weil sie in Rom mit großer Mehrheit gegen dieses Dogma gestimmt hatten, dann aber daheim die Gegner dieses Dogmas aus Loyalität mit dem Papst hatten verfolgen müssen. Auch unter Paderborner Katholiken wurde seit dem Kölner Altkatholiken-Kongress vom Oktober 1872 grundsätzlicher über das Verhältnis zum Papsttum diskutiert. Es gab eine nur schwer zu beziffernde Gruppe von Katholiken, die verbal gegenüber dem „vaticanischen Glauben“ auf Distanz gingen, ohne dass es allerdings zur Gründung einer altkatholischen Gemeinde kam wie in Dortmund oder Witten.<sup>198</sup>

Aufschlussreich ist der Kontrast zwischen den Personenkreisen, die sich 1872 als Initiatoren der Sedanfeierlichkeiten bzw. als Mitglieder des „Vereins der deutschen

<sup>194</sup> Nachricht aus Salzkotten vom 6. September, in: WZ, Nr. 210, 8.9.1872.

<sup>195</sup> Nachrichten aus Paderborn vom 3. September, in: WVB, Nr. 106, 4.9.1873.

<sup>196</sup> Nachricht aus Paderborn vom 22. September, in: WVB, Nr. 111, 14.9.1872.

<sup>197</sup> Bericht über den Kölner Alt-Katholikenkongress, in: WZ, Nr. 245, 19.10.1872.

<sup>198</sup> Nachricht aus Paderborn im Oktober, in: WZ, Nr. 254, 30.10.1872.

Katholiken“ exponierten.<sup>199</sup> Im Festkomitee des Paderborner Sedantages hatten sich diejenigen Kreise versammelt, die bereits vor der Reichsgründung die liberalnationale Einigungs- und Oppositionsbewegung getragen hatten und auch in der „Harmonie-Gesellschaft“ einschließlich ihres Vorstandes stark vertreten waren.<sup>200</sup> Im neuen „Katholikenverein“ hingegen war nur ein einziger Name auszumachen, der auch in den Mitgliederlisten der „Harmonie-Gesellschaft“ auftaucht.<sup>201</sup> Diese auffällig geringe Repräsentanz hatte zum einen mit der bereits Tradition gewordenen liberalen Schlagseite der „Harmonie-Gesellschaft“ zu tun, zum anderen aber damit, dass unter den Aktiven des „Katholikenvereins“ auch der bürgerliche Mittelstand vertreten war, dem der Zugang zur elitären „Harmonie-Gesellschaft“ verwehrt war. Der Kontrast der Gruppenprofile zeigt deutlich, dass die Ausbalancierung der weltanschaulichen Gegensätze auch weiterhin eher zu einer Schräglage in Richtung liberal-nationaler Haltungen führte und kaum eine konservativ konfessionalistische Tendenz aufwies. Dem dürfte als Hauptursache zugrunde gelegen haben, dass die Reichsgründung den liberalen und machtstaatlich-nationalen Aufstiegsvisionen noch einmal große Schubkraft verlieh. Eine aufstiegsorientierte gehobene Bürgerschicht sah endlich den Augenblick gekommen, der neuen Reichsnation ihren Stempel aufzudrücken. In solch einer Situation konnte die katholische Skepsis gegenüber den negativen Folgen des industriellen, wissenschaftlichen und nationalstaatlichen Fortschritts nur störend wirken. Dies machte sich in symbolisch verdichteter Gestalt an den Jesuiten fest, gegen die ein Teil der liberalen Presse eine wahre Hetzkampagne entfachte, vorneweg die in Paderborn und in der „Harmonie-Gesellschaft“ viel gelesene „Westfälische Zeitung“, die im Jesuitismus „Doppelzüngigkeit“, „Herrschaft“, „Habsucht“ und „Geistesknechtschaft“ erblickte, kurzum ein Verschwörertum von „Dunkelmännern“.<sup>202</sup> An vorderster Front tat sich der in Corvey lebende Dichter des Deutschland-Liedes Hoffmann von Fallersleben mit antijesuitischen Agitationsgedichten hervor. Sie unterstützten als publizistisches Begleitfeuer die Vertreibung der Jesuiten aus Paderborn.<sup>203</sup>

<sup>199</sup> Aufruf des Komitees zur Feier des Nationalfestes am 2. September, in: WVB, Nr. 105, 31.8.1872; Einladung zu einer Katholiken-Versammlung am 22. September, in: WVB, Nr. 112, 17.9.1872; Katholiken-Versammlung in Paderborn, in: WVB, Nr. 115, 24.9.1872.

<sup>200</sup> Von 36 Unterzeichnern des Paderborner Sedan-Komitees waren mindestens 12 zugleich Mitglieder der „Harmonie-Gesellschaft“, möglicherweise aber noch mehr, was sich angesichts der nur unvollständig überlieferten Mitgliederverzeichnisse kaum mehr rekonstruieren lässt; vgl. Aufruf des Komitees zur Feier des Nationalfestes am 2. September, in: WVB, Nr. 105, 31.8.1872; 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 45–74.

<sup>201</sup> Es handelte sich dabei um den Kaufmann Karl Cramer; vgl. Einladung zu einer Katholiken-Versammlung am 22. September, in: WVB, Nr. 112, 17.9.1872; 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 60.

<sup>202</sup> Vgl. Artikelserie der WZ über die Jesuiten und den Jesuitismus, in: WZ, Nr. 188–213, 14.8.–12.9.1872; An Hoffmann von Fallersleben, *Jacta est alea!*, in: WZ, Nr. 232, 4.10.1872.

<sup>203</sup> Hoffmann von Fallersleben, *An die deutschen Kriegspoeten*, in: WZ, Nr. 221, 21.9.1872; *H.[offmann] v. F.[allersleben], O Jerum, Jerum, Jerum! O quae mutatio rerum!*, in: WZ, Nr. 286,

Ungeachtet aller publizistischen Gehässigkeiten war es für die „Harmonie-Gesellschaft“ während des Kulturkampfes geradezu von existentieller Bedeutung, sich als Organisation strikt neutral zu verhalten. Denn sie hatte die Repräsentanten dieses erbitterten weltanschaulichen und machtpolitischen Ringens in den eigenen Reihen. Zum Glück gab es als Puffer zwischen den Extremen eine ausgleichend wirkende mittlere Gruppe, die sich aus kirchenkritischen Katholiken sowie besonnenen Protestanten und Juden zusammensetzte. Dieser Personenkreis stand zwischen den Fronten und war von der Polarisierung zwischen konfessionellen Dogmatikern und radikalen nationalliberalen Kirchenfeinden alles andere als begeistert. Zum harten Kern dieser Gruppe dürften die Mehrheit der Richterschaft gezählt haben, die sich mit den justiziellem Folgen der Kulturkampfgesetzgebung auseinanderzusetzen hatte und sich dabei nicht von der radikalen antikirchlichen Propaganda der Kulturkämpfer beeindrucken ließ. So erntete beispielsweise der Paderborner Bischof 1874 vor dem Kreis- und dem Appellationsgericht Freisprüche, und die Richter, die über ihn zu Gericht saßen, waren fast alle Mitglied in der „Harmonie-Gesellschaft“.<sup>204</sup> Mit diesen Urteilen setzte die Richterschaft ein deutliches Zeichen der Verständigung; auf die Konfliktparteien dürften solche Signale dämpfend gewirkt haben, innerhalb wie außerhalb der „Harmonie-Gesellschaft“.

Unter den gebildeten Katholiken gab es viele, denen die autoritär-dogmatische Verhärtung ihrer Kirche unter Pius IX. ebenso fremd war wie die antirömische, antiklerikale und zugleich staatsgläubige Intoleranz so mancher Liberalnationalisten, die ihr überkommenes konfessionelles Weltbild gegen ein nationalreligiöses, auf die deutsche Nation bezogenes heilsgeschichtliches Orientierungssystem eingetauscht hatten. Diese Gruppe von heißspornigen Reichspatrioten, zu denen der Oberstaatsanwalt Irgahn zählte, hatte ihren liberalen Fortschrittsglauben im Ideal des nationaldeutschen Machtstaates religiös überhöht. Ihr Sprachrohr hatten diese radikalen Kulturkämpfer im Paderborner „Kreisanzeiger“ und in der „Westfälischen Zeitung“. Verdächtig erschien ihnen vor allem die doppelte Loyalität der kirchentreuen Katholiken, die auf

6.12.1872, es handelte sich dabei um ein extrem gehässiges Spottgedicht auf die Vertreibung der Jesuiten aus dem Deutschen Reich. Unterlegt war dem Text die Melodie des in liberalnationalen Korporationskreisen beliebten Studentenliedes „O alte Burschenherrlichkeit“ im Sinne einer satirischen Travestie.

<sup>204</sup> STAMM, Urkundensammlung, S. 126, S. 214; 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 45–75. Nachweisbar ist die Mitgliedschaft für die an den Prozessen gegen den Bischof beteiligten Richter Wichmann, Spancken, Pauly, Wilke, Rintelen und Langenbeck. Die zwei weiteren Beteiligten, Dr. Welter und Wintersbach, waren möglicherweise ebenfalls „Harmonie“-Mitglieder, was aber wegen der unvollständig überlieferten Mitgliederliste kaum mehr rekonstruierbar ist. Bei den genannten Freisprüchen ging es um Anklagen auf Basis der preußischen Mai-Gesetze von 1873, die die Anstellung von Priestern von staatlichen Auflagen (behördliche Unbedenklichkeitsprüfung und staatliches Kulturexamen) abhängig machten. Die preußischen Bischöfe, so auch Konrad Martin, versuchten diese Auflagen zu umgehen, so gut sie konnten, was in vielen Fällen nicht glückte und auf die Anklagebank führte.

der einen Seite die Staatsautorität akzeptierten, auf der anderen Seite aber ein transnationales religiöses Oberhaupt verehrten. Dies nahmen gesinnungstüchtige Reichspatrioten als mentalen Zwiespalt wahr, der den Verdacht zu rechtfertigen schien, papsttreue Katholiken begingen nationalen Verrat. Hingegen glaubten viele Katholiken ihre konfessionelle Identität recht gut mit ihrem neuen reichsdeutschen Nationalstolz vereinbaren zu können und hatten sich auch in Paderborn mit der oppositionellen Nationalbewegung und 1870 mit dem Krieg gegen Frankreich identifiziert, vorneweg die auch in der gehobenen katholischen Bürgerwelt verankerte „Liedertafel“ als nationalgesinnter Männergesangsverein.<sup>205</sup>

Aufschlussreich ist, dass die „Harmonie-Gesellschaft“ zwischen 1870 und 1877 vier Liedertafler aufnahm, die als getaufte Katholiken 1876 der „Liedertafel“ die Stange hielten, als das katholische „Volksblatt“ diesen Gesangsverein ins Zwielficht der Kirchenfeindlichkeit rückte und die katholischen Vereinsmitglieder nach einer vereinsinternen papstfeindlichen Äußerung drängte, die „Liedertafel“ zu verlassen. Wer daraufhin als Katholik der „Liedertafel“ die Treue hielt und nicht dem neugegründeten, nur aus Katholiken bestehenden „Sängerbund“ beitrug, der tat damit kund, dass er der arg bedrängten Bischofskirche eher distanziert gegenüberstand und den liberal-nationalen Traditionen, die die „Liedertafel“ verkörperte, den Vorrang vor der Solidarisierung mit der Kirche einräumte. Auf Basis einer guten Überlieferungslage bietet uns die konfessionspolitisch motivierte Spaltung der „Liedertafel“ recht zuverlässige Anhaltspunkte, wenn wir die Gesinnung derjenigen Mitglieder, die dem Verein die Treue hielten, bestimmen wollen. Aus dieser Gruppe traten – wie bereits oben erwähnt – vier Personen der „Harmonie-Gesellschaft“ bei; sie lassen sich einer Gruppe von gebildeten Katholiken zurechnen, die der Kirche wegen ihrer konservativ-autoritären Ausrichtung reserviert gegenüberstanden.<sup>206</sup> Die meisten von diesen dürften gehofft haben, Konfession und bürgerlichen Nationalstolz auch weiterhin vereinbaren zu können. Aber der massive kulturkämpferische Angriff von oben drängte sie als weniger kirchengläubige Katholiken in die Rolle abseits stehender liberaler Beobachter, wohingegen die kirchentreuen Katholiken zu Verfechtern einer kulturkämpferischen Abwehrfront wurden. Beide Gruppen begegneten dem Vorwurf, Katholiken seien „Reichsfeinde“, mit einem gewissen Unverständnis, das auch einige in der „Harmonie-Gesellschaft“ engagierte Protestanten und Juden geteilt haben dürften.<sup>207</sup>

<sup>205</sup> KLENKE, Katholisch oder nationalreligiös?

<sup>206</sup> Es handelte sich dabei um den Bauunternehmer Albert Didden, den Gutsbesitzer Hermann-Josef Hesse, den Gymnasialoberlehrer Dr. Josef Hester und den Bankier Karl Spanken. Vgl. 100 Jahre Harmonie-Gesellschaft, S. 73–76; Verzeichnis sämtlicher Liederbrüder der Paderborner Liedertafel in der Zeit von 1838–1888, in: Die ersten 50 Jahre der Paderborner Liedertafel, Anhang 3; Ermittlung der Konfessionszugehörigkeit über die Einwohnerdateien der Stadt Paderborn, in: StadtA Paderborn; vgl. auch: KLENKE, Katholisch oder nationalreligiös?, S. 132ff.

<sup>207</sup> Bericht über die Katholiken-Versammlung in Paderborn am 22. September, in: WVB, Nr. 115, 24.9.1872.

Jedenfalls bahnte sich in dieser Honoratiorenvereinigung bereits während des Kulturkampfes ein Integrationsmodell an, das sich der Kulturkampfstimmung energisch widersetzte und konsequent an einer überkonfessionellen und überparteilichen Verständigung orientiert war. Die Kulturkampffahre zeigten, dass die „Harmonie-Gesellschaft“ die Kraft aufbrachte, die Gräben, die der Kulturkampf aufgerissen hatte, zumindest auf der Ebene des Elitenaustausches zu überbrücken und zuzuschütten. Dies gelang ihr so nachhaltig, dass sie bis in die NS-Zeit eine Stätte der toleranten interkonfessionellen Begegnung von Katholiken, Protestanten und Juden blieb, während die Judenfeindschaft und andere konfessionelle Animositäten in den unteren Gesellschaftsschichten auch nach Abflauen des Kulturkampfes noch lebendig blieben.<sup>208</sup>

### XVII. Ausblick

Unangefochten war die „Harmonie-Gesellschaft“ von ihrer Gründung bis zur nationalsozialistischen Machtergreifung die zentrale Anlaufstelle der Paderborner Eliten. Dem lag als Erfolgsrezept die Einsicht zugrunde, dass man intern keiner geistigen Orientierungsmacht eine Vorrangstellung einräumen durfte, weder konfessionellen Vorstellungen über metaphysische Wahrheiten noch innerweltlichen Heilsvisionen, zu denen neben nationalreligiösen Vorstellungen unterschiedliche Varianten der innerweltlichen Fortschrittsgläubigkeit zählten, u. a. ein liberaler oder technokratischer Machbarkeitsglaube. Zwischen diesen Polen hielt die „Harmonie-Gesellschaft“ von Beginn an die Balance, trotz zeitweiliger Neigungen in die eine oder andere Richtung. Man hielt sich gegenseitig in Schach und bannte damit die Gefahr, in ein Klima der Intoleranz und der kampfbetonten Abgrenzung abzugleiten.

Auch nach ihrem Aufstieg in der Reichsgründungszeit vollführte die „Harmonie-Gesellschaft“ einen Balanceakt zwischen widerstreitenden konfessionellen Perspektiven und konträren innerweltlichen Fortschrittsvisionen. Vom Kulturkampf der Bismarck-Ära bis in die Republik von Weimar entschärfte die Gesellschaft auch weiterhin den latenten Konflikt zwischen reichsdeutsch-patriotischen Loyalitätsanforderungen und konfessionalistischen Perspektiven. Zerreißproben wie die scharfen konfessions- und verfassungspolitischen Auseinandersetzungen der 1860er und 70er Jahre blieben ihr späterhin erspart. Lockere Geselligkeit, unterhaltsame Formen der Zerstreuung und Festlichkeiten aller Art bauten immer wieder eine Atmosphäre auf, in der Toleranz und Respekt gegenüber dem Fremdartigen gedeihen konnten, und sei es im Rahmen von Maskenbällen, die die „Harmonie-Gesellschaft“ zur Fastnachtszeit ausrichtete (s. auch die Abb. auf der Titelseite dieses Heftes).<sup>209</sup> Und selbst in der NS-

<sup>208</sup> NAARMANN, Die Paderborner Juden, S. 213.

<sup>209</sup> Vgl. die Abbildung auf dem Titel dieser Zeitschriftenausgabe: Foto vom Maskenball der „Harmonie-Gesellschaft“, Fastnacht 1893, in: StadtA Paderborn, Bestand Harmonie-Gesellschaft, V 41.

Zeit versuchte die Gesellschaft, am Abgrund des Verbots entlangschlitternd, ihren Stil des offenen geselligen Umgangs durchzuhalten, indem sie größten Wert auf einen unpolitisch-geselligen Rahmen legte. Die NS-Zeit bedeutete in dreierlei Hinsicht einen tiefen Einschnitt: Zum Ersten beeinträchtigte das im Januar 1934 aufgezwungene Verbot, Juden aufzunehmen, den interkonfessionellen Integrationsanspruch auf das Empfindlichste; bis in die späten Weimarer Jahre hatte die „Harmonie“ getreu ihrer interkonfessionellen Tradition auch Juden aufgenommen.<sup>210</sup> Zum Zweiten schwebte über der Gesellschaft stets das ‚Damoklesschwert‘ der Auflösung, weil sie als „exklusiver Club“ von den NS-Ortsgewaltigen als ein „Hemmnis für die Bildung einer wahren Volksgemeinschaft“ bezeichnet wurde.<sup>211</sup> Den neuen Machthabern war nämlich ein Dorn im Auge, dass sich eine Vielzahl von Paderborner Traditionsvereinigungen dem totalitären Machtanspruch zu entziehen suchte. Auch während des Krieges gab es Vorstöße, die „Harmonie-Gesellschaft“ aufzulösen; sie konnten aber von Paderborner Honoratioren, die vertrauliche Kontakte zu NS-Gewaltigen unterhielten, abgewehrt werden.<sup>212</sup> Als Vorstufe zur Auflösung lässt sich möglicherweise die im März 1943 verfügte Schließung des Clubhauses werten.<sup>213</sup> Zum Dritten überschattete den geselligen Austausch das beklemmende Gefühl, erstmals von außen kommende Herrschaftsträger nicht mehr integrieren zu können; denn in der Konfrontation mit den Nationalsozialisten trafen unvereinbare Elitekonzepte aufeinander: hier ein toleranzgeprägtes Integrationsmodell und dort ein totalitäres Gleichschaltungsmodell.

Nach der Wiederezulassung im Jahre 1947 hatte es zunächst den Anschein, als sei der „Harmonie-Gesellschaft“ ein wichtiges Profilierungsfeld genommen, auf dem sie ihre Stärken bewiesen hatte. Denn die überkommenen Gegensätze, die sie überbrückt hatte, waren vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs weitgehend verblasst. Aber der Zustand einer wiederaufbaubedingten Harmonie sollte nur von kurzer Dauer sein.

Dargestellt ist eine Tanzgruppe in historischen Kostümen, die eine Rokoko-Anadille tanzt. Beteiligt sind ein Rechtsanwalt, ein Gymnasialoberlehrer und zwei Gerichtsreferendare mit weiblichem Anhang.

<sup>210</sup> Auf der Vorstandssitzung vom 16. Januar 1934 verfügte der Vorsitzende der „Harmonie-Gesellschaft“ in Übereinstimmung mit dem Gesamtvorstand, daß nur noch „Arier“ als Mitglieder aufgenommen werden durften. Vor der NS-Zeit hätte darüber satzungsgemäß die Generalversammlung befinden müssen. Vgl. Protokoll-Buch des Vorstandes der Harmonie-Gesellschaft von 1881 bis 2001, S. 203, in: StadtA Paderborn, V 41; vgl. weiterhin: Liste der zwischen 1928 und 1978 eingetretenen Mitglieder, in: Festschrift 150 Jahre Harmonie-Gesellschaft Paderborn 1828–1978.

<sup>211</sup> Vgl. Fragebogen der Staatspolizeistelle Bielefeld zu Vereinen vom Herbst 1934, ausgefüllt vom Paderborner Bürgermeister mit Angaben über die Harmonie-Gesellschaft, in: StadtA Paderborn, A III 4996, Aufsicht über Personen und gesellschaftliche Vereine 1934–1938.

<sup>212</sup> Schreiben des ehemaligen Vorsitzenden der Harmonie-Gesellschaft Karl de Weldige-Cremer an den Vorstand der Harmonie-Gesellschaft vom 3.10.1946, in: StadtA Paderborn, V 41.

<sup>213</sup> Protokoll-Buch des Vorstandes der Harmonie-Gesellschaft, S. 217. Die Schließung erfolgte zum 15.3.1943, die Gesellschaft blieb aber bestehen. Das Clubhaus (Rosenstraße 10) hatte die „Harmonie-Gesellschaft“ 1925 erworben und 1926 bezogen.

Denn seit den sechziger Jahren machten sich neue Gegensätze und Fremdheiten bemerkbar, die die Paderborner Eliten in einer sich rasant entwickelnden modernen Industriestadt auszuhalten hatten. Gefordert war eine völlig neue Balance zwischen drei exponierten Polen: zwischen dem kirchlichen Oberzentrum, einem außerordentlich erfolgreichen aufstiegsorientierten Unternehmertum und einer universitären Wissenschaftskultur, die es zuvor in dieser Form in Paderborn nicht gegeben hatte. Das waren neue Integrationsaufgaben für die „Harmonie-Gesellschaft“, die sich als ebenso schwierig herausstellten wie die Zusammenführung der Konfessionen und Weltanschauungen im 19. und frühen 20. Jahrhundert.

# Regional- und Raumbewusstsein in Westfalen

## Das Beispiel Lügde im westfälisch-niedersächsischen Grenzraum

von *Angela Weisbrod*

### Vorbemerkung

Die nachstehende Arbeit Angela Weisbrods ist aus einem Hauptseminar im Historischen Institut der Universität Paderborn hervorgegangen, das sich mit Varianten regionalen und lokalen Bewusstseins, Zugangsweisen zu diesem weiten Forschungsfeld und konkreten Untersuchungsbeispielen beschäftigt hat.

Einen Ausgangspunkt bildete die Einsicht, dass regionale, zum Teil ausgesprochen kleinräumige Verortungen in Deutschland, das seit jeher föderale Strukturen aufweist, große Bedeutung haben. Seit Jahren widmen sich zahlreiche Studien der Vielfalt regionalen Bewusstseins.<sup>1</sup> Fragestellungen der Forschung wurden in dem Seminar ebenso diskutiert wie eigene Aufgabenstellungen entwickelt.

Als besonders interessant erwies sich das kommunale Selbstverständnis in einzelnen Gemeinden mit starken lokalen Traditionen, die den Teilnehmern aus eigener Anschauung bekannt waren. In den Blick genommen wurden Zugehörigkeitsfragen in Grensräumen, lokale Identifikationsgestalten, Reaktionen auf Änderungen administrativer Grenzen, Umgang mit regionalen Klischeebildern u. a. mehr.

Nach wie vor sind Teilräume Westfalens in diesen Zusammenhängen nur unzureichend oder so gut wie gar nicht untersucht worden. Dies gilt beispielsweise für den

<sup>1</sup> Vgl. Westfälische Forschungen 52 (2002): Regionale Identitäten in Westfalen. BLACKBOURNE, David: A Sense of Place. New Directions in German History, German Historical Institute London, The 1998 Annual Lecture, London 1999. RUHRLANDMUSEUM ESSEN (Hg.): Als der Himmel blau wurde. Bilder aus den 60er Jahren. Eine Ausstellung des Ruhrlandmuseums 9. Okt. 1998 bis 7. Febr. 1999, Bottrop/ Essen 1998. MATHEUS, Michael (Hg.): Regionen und Föderalismus. 50 Jahre Rheinland-Pfalz, Stuttgart 1997. PLIENINGER, Konrad: „Überströmenden Herzens von der Heimat künden.“ „Heimat“ - Schillerndes Leitbild im Wandel von Schule und Gesellschaft, in: GWU 46 (1995), S. 697–715. DÜRR, Heiner/ GRAMKE, Jürgen (Hg.): Erneuerung des Ruhrgebiets. Regionales Erbe und Gestaltung für die Zukunft, Paderborn 1993. KERSCHER, Uta: Raumabstraktionen und regionale Identität. Eine Analyse des regionalen Identitätsmanagements im Gebiet zwischen Augsburg und München, Kallmünz 1992. KLUETINGER, Edeltraud (Hg.): Antimodernismus und Reform. Zur Geschichte der deutschen Heimatbewegung, Darmstadt 1991, S. 157–170. APPLGATE, Celia: A Nation of Provincials. The German Idea of Heimat, Berkeley 1990. LINDNER, Rolf (Hg.): Die Wiederkehr des Regionalen - über neue Formen kultureller Identität, Frankfurt 1994, darin u. a. PLOCH, Beatrice/ SCHILLING, Heinz: Region als Handlungslandschaft. Überlokale Orientierung als Dispositiv und kulturelle Praxis: Hessen als Beispiel, S. 122–157. BLOTEVOGEL, Hans H.: Regionalbewußtsein. Bemerkungen zum Leitbegriff einer Tagung, in: Berichte zur deutschen Landeskunde 60, 1 (1986), S. 103–114.



Grenzraum zwischen Niedersachsen und Westfalen und hier wiederum z. B. für Lügde, eine auf mittelalterliche Ursprünge zurückreichende Gemeinde mit ausgeprägtem lokalem Brauchtum und Eigenbewusstsein, historisch mit dem Hochstift Paderborn verbunden, zeitweise mit niedersächsischen Ansprüchen konfrontiert und heute verwaltungsmäßig zu Lippe gehörig.

Sich mit einem solchen Thema zu beschäftigen, ist für Studierende zweifellos eine spannende, jedoch auch keine leichte Aufgabe. Sie setzt die Bereitschaft voraus, sich auf durchaus unsicheres Terrain zu begeben, umfangreiche Recherchen durchzuführen und eigene Beobachtungen und Ergebnisse zudem auf wissenschaftliche Diskussionen zu beziehen, die in der Regel den Blick über die Grenzen der Geschichtswissenschaft erforderlich machen.

*Barbara Stambolis*

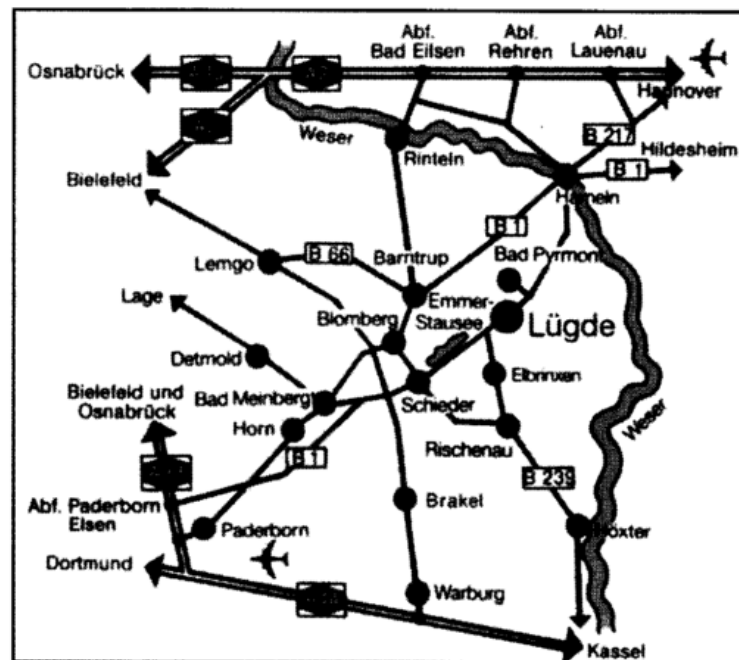


Abb. 1: „Lügde – Die Stadt der Osterräder freut sich auf ihren Besuch“ (aktueller Werbeprospekt).

### Fragestellung

„Eine Welt von Grenzen“ ist ein Aufsatz überschrieben, in dem Heinz Schilling im Jahr 2000 auf Nachbarschaften und Identitäten in der hessischen Peripherie eingegangen ist.<sup>2</sup> Passend ist dieser Titel auch für Lügde, eine Kleinstadt an der Emmer, die über 300 Jahre eine Inselstellung des Hochstifts Paderborn und seit Beginn des 19. Jahrhunderts des Kreises Höxter einnahm. Von Bad Pyrmont und lippischem Gebiet eingeschlossen, befand sich Lügde in einer isolierten Lage, die noch durch eine andersgläubige Umgebung verstärkt wurde und sich ungünstig auf das Wachstum und auch auf das Heiratsverhalten der Stadtbewohner auswirkte. War die Kleinstadt bereits im Mittelalter und in der Frühen Neuzeit häufig Spielball machtpolitischer Interessen, so setzte sich diese Tendenz in den vierziger, fünfziger und sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts fort, bis sich Lügde 1969/70 mit acht der angrenzenden lippischen Gemeinden zusammenschloss, seine Enklavenstellung aufgab, indem es dem Kreis Lippe zugeordnet wurde und so einer eventuellen Eingemeindung seitens des Kurbades Bad Pyrmont und Niedersachsens entging. Der emotionale Hintergrund lässt sich wohl mit dem des hessischen Dorfes Wallau vergleichen, welches 1974 der nur wenige Kilometer entfernten Kleinstadt Biedenkopf administrativ so nahe gerückt wurde, dass von außen gesehen kein Unterschied mehr bestand. „Wallaus lokale Identität wurde in der größeren von Biedenkopf aufgehoben, und das heißt in diesem Fall nicht sichtbar eingeordnet und erkennbar plaziert, sondern annulliert.“<sup>3</sup> Lügde ist dieses Schicksal zwar erspart geblieben, da es, was beinahe gegenteilig erscheint, zum Zentrum der 1970 gebildeten Großgemeinde erkoren wurde, jedoch ist die Befürchtung in zeitgenössischen Leserbriefen und Zeitungsartikeln deutlich zu spüren. Doch warum hätten die Lügder diese Entscheidung wohl als ‚Schicksalsschlag‘ empfunden? Wäre es nicht einfach ein juristischer Grenzänderungsakt gewesen, ohne weitere Bedeutung? Auf dem Papier wäre es vielleicht nichts anderes gewesen, doch in der Praxis hätte es zweifelsohne die territoriale Identität berührt, denn diese, „definiert als raumbezogenes Bewusstsein von sich selbst, gerät dann in Gefahr, wenn dem ‚eigenen‘ Territorium Veränderungen zugemutet werden, die es nicht mehr als vertrauten Satisfaktionsraum erscheinen lassen. Gravierende Veränderungen sind nicht nur Zerstörung oder gewaltvoller Entzug tatsächlichen Territoriums oder der Nutzungsrechte daran, sondern auch symbolische Enteignungen, beispielsweise die Deklassierung oder Wegnahme des Namens, der den Raum bezeichnet.“<sup>4</sup>

<sup>2</sup> SCHILLING, Heinz: Eine Welt von Grenzen, in: DERS. (Hg.): Peripherie, Frankfurt a. M. 2000, S. 9–56.

<sup>3</sup> SCHILLING, Welt von Grenzen, S. 28.

<sup>4</sup> SCHILLING, Welt von Grenzen, S. 28.

Da der Lauf der Ereignisse eine andere Richtung genommen hat, stellt sich die Frage, welche Bedeutung die Landesgrenze zwischen Bad Pyrmont und Lügde historisch und auch heute noch spielt. Wird sie eher als Vorzug oder als Belastung betrachtet? Wofür wird sie eventuell sogar gebraucht? Das Spektrum von Nachbarschaftsbeziehungen kann vom gegliückten Zusammenleben bis hin zur Feindschaft reichen. Welche Art der Beziehung kommt also zwischen dem Staatsbad und der im Kern mittelalterlich geprägten Stadt zum Tragen?

Detlev Ipsen geht davon aus, dass die Herstellung historischer Kontinuität eine Bedingung für die Entwicklung und Reproduktion regionaler Identität ist. Des Weiteren nennt er drei Aspekte, die bei einem Identifikationsprozess von Bedeutung sind, nämlich „Kontur, Kohärenz und Komplexität. [...] Alle drei Elemente suchen sich Zeichen und Symbole, oder besser gesagt die Menschen suchen sich Zeichen und Symbole [...]. Oft sind es bestimmte natürliche Besonderheiten [...] oder spezifische Bauwerke, das andere Mal sind es spezifische Tätigkeiten, Produkte oder Feste.“<sup>5</sup> Stellt man nun darauf bezogen einen Zusammenhang zu Lügde her, geht Ipsens Argumentation scheinbar ohne Probleme auf. Hat man nur die Stadt ohne ihre Ortsteile im Sinn, assoziiert man sofort Begriffe wie Kilianskirche, Osterräderlauf als wichtigstes Brauchtum, Karl den Großen als mit den vorher genannten Aspekten in Zusammenhang stehend, mittelalterliche Befestigungsanlagen und eindeutige Grenzen in administrativer und teils konfessioneller Hinsicht bis 1970; all diese Elemente bestimmen das lokale Bewusstsein. Doch das Raumbild hat sich seit der kommunalen Gebietsreform geändert. Plötzlich ist zumindest administrativ die isolierte Stellung Vergangenheit. Anhand von Zeitungsartikeln und dem Stadtjubiläum von 1984 wird es interessant sein, den Wandel oder auch Nicht-Wandel der Beziehung zum Lipperland und zu den angegliederten lippischen Gemeinden nachzuzeichnen. Hat der Zusammenschluss zur Großgemeinde Einfluss auf das kulturell und geistlich geprägte Verhältnis zum ehemaligen Hochstift Paderborn genommen oder kollidieren diese Aspekte nicht miteinander, und der Bezug zu Paderborn ist ebenso intensiv wie in den Tagen administrativer Zugehörigkeit? Liegt vielleicht sogar eine Inszenierung regionaler Identität im Zusammenhang mit den lippischen Gemeinden seitens diverser Interessenverbände vor?

Der Osterräderlauf in Lügde ist nicht nur ein bedeutendes Brauchtum und Träger lokaler Identität sondern auch Anziehungspunkt für zahlreiche Touristen aus beinahe dem gesamten Bundesgebiet und somit auch als ökonomischer Aspekt nicht außer Acht zu lassen. Interessant hierbei ist die unterschiedliche Darstellung und Instrumentalisierung im Laufe der Zeit sowie bei Verwaltung und Dechenverein, der jedes Jahr für einen reibungslosen Ablauf sorgt. Schließlich ist zu bemerken, dass sich die Quel-

<sup>5</sup> IPSEN, Detlev: Regionale Identität, in: LINDNER, Rolf (Hg.), Die Wiederkehr des Regionalen, S. 232–254, hier S. 240.

len zu großen Teilen aus Zeitungsartikeln, Sitzungsprotokollen, Schriftverkehr zwischen Kommunal- und Landespolitikern und aktuellen wie auch älteren Werbeprospekten und Festschriften zusammensetzen, die wiederum in den Stadtarchiven Paderborn, Lügde, Bad Pyrmont und dem Kreisarchiv Höxter eingesehen wurden. Interviews wurden hingegen in geringerem Maße geführt. Nichtsdestotrotz fügten sich die Anekdoten, persönlichen Empfindungen und Legenden häufig in die historischen Entscheidungen und Fakten ein und waren somit sehr aufschlussreich.

### **Frühmittelalterlich geprägte Geschichte und Legendenbildung**

Steigt man in Paderborn in den Zug Richtung Hameln beziehungsweise Hannover und ist es dazu auch noch dunkel, kann man Lügde oder zumindest doch eine alte Kirche auf der rechten Seite, nach ungefähr vierzig Minuten Fahrt, nicht übersehen. Der alte romanische Bau, die Kilianskirche zu Lügde, ist bei Dunkelheit angestrahlt und wird als Wahrzeichen der Stadt Lügde gesehen; es ist eines der ältesten Baudenkmäler Westfalens. Wenn man als Auswärtiger, oder besser gesagt, als auswärtiger Bahnfahrer mit dem Namen Lügde auch nichts verbinden kann, so stellt sich doch spätestens dann eine Assoziation ein, wenn man diese Kirche erwähnt. Regelmäßig wird dann nachgefragt, ob man diese schöne Kirche kurz vor der Haltestation Bad Pyrmont meine.

Lügde liegt direkt an der Landesgrenze zu Niedersachsen, ist also noch nordrhein-westfälisch. Der Ort schmiegt sich mit seinen ca. 7000 Einwohnern in das Tal der Emmer, die bei Hameln in die Weser fließt. Eingerahmt von Kirch- und Schildberg im Osten und dem Osterberg im Westen, fügt sich die Stadt harmonisch in die Ausläufer des Weserberglandes ein. Die Höxterstraße schlängelt sich an der Kilianskirche vorbei und als Mittlere Straße in den Ort hinein, vorbei an Fachwerkhäusern, die unter dem starken Verkehr leiden und sich wohl genauso sehr die Umgehungsstraße wünschen, wie die meisten Lügder Bürger. Der Aufbau der Kernstadt zeichnet sich durch drei dominierende Längsstraßen aus, die durch schmale Querstraßen leiterförmig miteinander verbunden sind. Der ovale Stadtgrundriss mit überwiegend kleinen Grundstücken ist bis heute erhalten. Die Grenzen des historischen Stadtkerns sind durch die etwa 1500 Meter lange Stadtmauer mit zwei Wehrtürmen und Wehrgraben deutlich ablesbar. Direkt am Marktplatz liegt die katholische St. Marien Kirche. Sie liegt im Zentrum, im Gegensatz zu der evangelisch-lutherischen Johanniskirche an der Stadtmauer. Der alte Stadtkern zeichnet sich durch frühklassizistische Fachwerkhäuser aus, die den ehemals agrarischen Charakter unterstreichen.<sup>6</sup> Die Wohngebiete außerhalb des Zentrums, wie Waldstraße, Schildweg oder Sonnenhof, finden ihren Ursprung beinahe alle in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als Lügde viele Flüchtlinge auf-

<sup>6</sup> Vgl. ARBEITSGEMEINSCHAFT HISTORISCHE STADTKERNE IN NORDRHEIN-WESTFALEN. Regionalgruppe Ostwestfalen-Lippe (Hg.): Stadtgeschichte erleben..., Herdecke 1999, S. 35.

nahm. Die Mittlere Straße führt am Heimatmuseum, dem ehemaligen Franziskanerkloster und jetzigem Gemeindezentrum vorbei und geht in die Pyrmonter Straße mit ihrem Industriegebiet über. Das Tempo fünfzig wird gehalten, denn unmittelbar am Ortsausgang beginnt auch schon Bad Pyrmont. Ein kleines Schild weist darauf hin, dass man sich jetzt im Landkreis Hameln-Pyrmont befindet; hätte ich mir nicht vorgenommen, dieses Zeichen für eine Grenze zu finden, wäre ich wohl daran vorbeigefahren, ohne es zu bemerken.

Auf die erste schriftliche Erwähnung Lügdes wird man sogleich beim Betreten des Rathauses hingewiesen. In der Eingangshalle sieht man an der rechten Wand das Bild eines königlichen Reiters mit Schwert. Links davon befindet sich eine lateinische Inschrift: *Et celebravit natalem domini juxta skidrioburg in pago waizzagavi super fluvium ambram in villa liuhidi.*<sup>7</sup> („Und er feierte das Geburtsfest des Herrn unweit der Skidrioburg im Wetigau am Emmerflusse im Dorfe Lügde.“<sup>8</sup>) Gemeint ist hier Karl der Große, der im Winter 784 mit seinem Heer im Krieg gegen die Sachsen in Lügde lagerte und dort auch das Weihnachtsfest verbrachte. „Eine alte Legende erzählt, der Sachsenherzog Wittekind habe, nachdem er die Ohnmacht der heidnischen Götter eingesehen, als Bauer verkleidet einem Weihnachtsgottesdienst in Karls Lager beigewohnt und der Eindruck, den diese Feier auf ihn gemacht habe, soll mit dazu beigetragen haben, dass er bald darauf zum Christentum übertrat und sich im Jahre 785 zu Attigny taufen ließ.“<sup>9</sup> Aufgrund des Nachweises in den Lorscher Annalen steht außer Frage, dass Karl der Große tatsächlich in Lügde weilte und hier auch das Weihnachtsfest verbrachte. Die Erzählung über den ‚zur Vernunft gekommenen‘ Wittekind, der in Lügde zum christlichen Glauben gefunden habe, ist allerdings fraglich, „denn angeblich hat er Weihnachtsfeste in verschiedenen Orten mitgefeiert.“<sup>10</sup>

Eine ähnliche Erzählung findet sich in der Weltchronik Heinrichs von Herford und unterstreicht nochmals den Sagencharakter dieser Geschichte. Dort wird Wittekind als Zeuge einer Eucharistiefeier zur Osterzeit angeführt, an die er sich herangeschlichen haben soll, um die Stärke des Gegners zu erkunden. Er sei von der Zeremo-

<sup>7</sup> *Annales Laurissenses*, Codex 473, in: SCHLIEKER, Edmund: *Aus der Geschichte der Stadt Lügde*, Lügde 1983, S. 19. Die Lorscher Annalen wurden um das Jahr 850 n. Chr. im Kloster Lorsch geschrieben und befinden sich heute im Wiener Nationalmuseum.

<sup>8</sup> Edmund SCHLIEKER, *Geschichte der Stadt Lügde*, S. 19: Schlieker macht auf die Präzision der Ortsbezeichnung wie folgt aufmerksam: „Die genaue Ortsbezeichnung und die Tatsache, dass die Namensform Liuhidi für Lügde auch im 9. und 10. Jahrhundert in den Corveyer Güterverzeichnissen vorkommt, schließt aus, dass die in den fränkischen Reichsannalen erwähnte Villa Liuhidi einen anderen Ort bezeichnen kann als Lügde.“

<sup>9</sup> SCHLIEKER, *Geschichte der Stadt Lügde*, S. 19.

<sup>10</sup> WILLEKE, Manfred (Hg.): *Lügder Sagensammlung. Sagen und sagenhafte Geschichten aus der Stadt, Lügde 1988*, S. 88.

nie so ergriffen gewesen, dass er sich danach von Karl dem Großen die genaue Bewandnis dieses Vorgangs habe erläutern lassen.<sup>11</sup>

Sind diese Legenden auch wenig glaubwürdig, so ist es doch bemerkenswert, dass sie sich über viele Jahrhunderte gehalten haben. Peter Johanek beschreibt Karl den Großen und Wittekind als Identifikationsfiguren, als identitätsstiftende Kräfte, aufgrund derer sich eine eigene westfälische Identität herausgebildet habe.<sup>12</sup> Obwohl Wittekinds Bedeutung für die Lügder Geschichte nur am Rande erwähnt wird, so ist die Tatsache, dass er mit der Stadt in Verbindung gebracht wird, für das Lügder Selbstverständnis keineswegs ohne Bedeutung. Sie erlaubt es ebenso wie die Erwähnung Karls des Großen, ein Licht auf das Alter der Stadt und seine frühmittelalterlichen Anfänge zu werfen und eine geschichtliche Besonderheit herauszustreichen, die das Kurbad Pyrmont nicht aufzuweisen hat. Zu Recht weist Ipsen auf die Bedeutung solcher „Konturen“ und „Eigenarten“ hin, die „die Betonung des Unterschiedes zu anderen“, also Abgrenzungen ermöglichen.<sup>13</sup> Als besonders wichtig erweist sich die Herstellung eines Zusammenhangs zwischen Lügde und der Missionstätigkeit Karls des Großen, die die historische Kontinuität einer christlichen Vergangenheit Lügdes herausstreicht. Nach Ipsen ist die Kontinuität eine Bedingung für die Entstehung regionaler bzw. lokaler Identität.<sup>14</sup>

Mit dem Bemühen, sich möglichst weit in die Geschichte zurückzudatieren und Daten an berühmte Persönlichkeiten anzubinden, steht Lügde nicht allein da. Ähnliches lässt sich zum Beispiel für die Weserstadt Bodenwerder feststellen, die sich unter anderem als touristische Attraktion auf den Lügenbaron Münchhausen bezieht. Susanne Bisgaard hat etwa auch im Zusammenhang von Fragen regionaler Identität in Bad Karlshafen darauf hingewiesen, dass diese Gemeinde gerne auf „die Hugenotten als Sehenswürdigkeit“<sup>15</sup> Bezug nimmt, die dort als Vertriebene im Jahre 1685 aufgenommen wurden. Verbreitete Versuche einzelner Gemeinden, Erinnerungen an überregional wichtige historische Persönlichkeiten oder Gruppen wach zu halten, spiegelt das Bemühen wider, die eigene Vergangenheit als ‚gedenkwürdig‘ herauszustellen und mit einem gewissen Lokalstolz zu verknüpfen.

Solche geschichtliche Bedeutsamkeit ist nicht nur dem lokalen Selbstwertgefühl zuträglich, sondern sie ist in der Regel auch unter Vermarktungsgesichtspunkten inte-

<sup>11</sup> Liber de rebus memorabilioribus sive chronicon Henrici de Hervordia, in: POTTHAST, August (Hg.), Göttingen 1859, S. 32f.

<sup>12</sup> JOHANEK, Peter: Die Sachsenkriege Karls des Großen und der Besuch Papst Leos III. in Paderborn 799 im Gedächtnis der Nachwelt, in: Westfälische Zeitschrift 150 (2000), S. 211–234, hier S. 223.

<sup>13</sup> IPSEN, Detlev: Regionale Identität, in: LINDNER, Rolf (Hg.), Die Wiederkehr des Regionalen, S. 240f.

<sup>14</sup> IPSEN, Regionale Identität, S. 239.

<sup>15</sup> BISGAARD, Susanne: Am Ende einer Reise. Probleme lokaler Identitätsfindung in Bad Karlshafen, in: SCHILLING, Peripherie, S. 181–211, hier S. 190f.

ressant. Sie erhöht beispielsweise die Anziehungskraft für Touristen und das Stadtmarketing. Darauf verweisen auch Baestlein und Wollmann, wenn sie Regionalbewusstsein als Voraussetzung für eine wirksame regionale Politik oder Entwicklung betrachten.<sup>16</sup>

Für Lügde ist indes nicht nur der Besuch Karls des Großen als Ereignis von Gewicht; ein greifbares Symbol historischer Bedeutsamkeit ist insbesondere die bereits erwähnte Kilianskirche. 1972 führte Uwe Lobbedey in dem romanischen Bau Untersuchungen durch, die Erkenntnisse hinsichtlich der Bauperioden zu Tage förderten. Der karolingische Saalbau ist in die Zeit um 850 n. Chr. einzuordnen;<sup>17</sup> es wird angenommen, dass er genau auf dem befestigten Platz errichtet wurde, auf dem Karl sein Winterlager aufgeschlagen habe und an dessen Stelle sich die jetzige Kirche (erbaut zwischen 1130-1140) befindet. „Die Überlieferung berichtet, dass Karl der Große zu dieser ersten Kilianskirche den Grundstein gelegt und Papst Leo III. sie eingeweiht haben soll.“<sup>18</sup> Dies ist jedoch umstritten und muss sogar als unwahrscheinlich gelten, wenn man die Überlegungen Jörg Jarnuts mit einbezieht, der die Dauer des Aufenthalts von Papst Leo III. und Karl dem Großen 799 in Paderborn skizziert hat und die Schlussfolgerung nahe legt, es seien höchstens drei bis vier Tage und nicht Monate gewesen. Wann soll also dieser Akt vollzogen worden sein? Jarnut schreibt wörtlich: „Schon diese geringe Zeitangabe lässt ahnen, dass die zahlreichen Kirchen- und Altarweihen, die Leo nach Zeugnissen des 10. bis 17. Jahrhunderts 799 in Westfalen zwischen Dortmund und Hameln vorgenommen haben soll,<sup>19</sup> durchweg in das Reich der Legende zu verweisen sind. Sie sagen etwas über die ungewöhnlich stark rom- und papstzentrierte Katholizität Westfalens, aber nichts über die komplizierten Geschehnisse des Jahres 799 aus.“<sup>20</sup> In Bezug auf Lügde sind solche Fragen nicht zuletzt deshalb relevant, weil sie dazu angetan sind, die enge Verbindung zur Diözese Paderborn zu unterstreichen, zu dessen Urfarrei Lügde und zu dessen Urkirchen die Kilianskirche gezählt werden.<sup>21</sup>

<sup>16</sup> BAESTLEIN, A./ WOLLMANN, H.: Parlamentarisierung der Regionalplanung, in: Informationen zur Raumentwicklung 12 (1980), S. 679–697, hier S. 694.

<sup>17</sup> StadtA Lügde, Bestand: S 21, Jahreschronik 1972.

<sup>18</sup> SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 19.

<sup>19</sup> Vgl. KUHLMANN, Bernhard: Papst Leo III. im Paderborner Lande, in: Zeitschrift für vaterländische Geschichte und Altertumskunde 56 (1898), S. 98–150.

<sup>20</sup> JARNUT, Jörg: 799 und die Folgen. Fakten, Hypothesen und Spekulationen, in: Westfälische Zeitschrift 150 (2000), S. 191–210, hier S. 202.

<sup>21</sup> SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 25.

Abb. 2: Die  
Kilianskirche zu  
Lügde, aus:  
SCHLIEKER,  
Geschichte der  
Stadt Lügde,  
S. 20.



### Herrschaftsverhältnisse und Zugehörigkeiten

Im Jahre 1184 gehörte Lügde zur Grafschaft und Gerichtsbarkeit der Grafen von Schwalenberg. Ein Zweig dieses Geschlechts, die Grafen von Pymont, richteten 1195 in Lügde eine Münzstätte ein. Der Münzrechtsverleiher wird der Kölner Erzbischof gewesen sein, von dem die Grafen zuvor mit einer Burg in diesem Gebiet belehnt worden waren. Ein weiteres Indiz für die Stadtgründung bilden die Befestigungsanlagen, die wohl zwischen 1240 und 1246 angelegt wurden. In einer Urkunde aus dem Jahre 1255 wird Lügde erstmals als Stadt bezeichnet. Bei der Gründung der Stadt handelte es sich nicht um die Umbildung eines Dorfes, sondern um eine planmäßige Neuerrichtung. Die Stadtkirche und das Rathaus mit einem viereckig angelegten Marktplatz als Kern der Stadt sind weitere Zeugen dafür, dass die Stadt Lügde keine natürlich gewachsene, sondern eine künstlich auf dem Reißbrett entworfene Siedlung ist, die zielbewusst und nach einem bestimmten Plan angelegt wurde. Damals mussten die Grafen von Pymont eine Hälfte ihrer Stadt dem Kölner Erzbischof abtreten. 1360 übertrugen die machtpolitisch unbedeutenden Grafen von Pymont ihren Teil der Stadt Lügde und der Grafschaft Pymont den Bischöfen von Paderborn und erhielten diese als Erblehen zurück. Die Bischöfe erwarben 1370 auch die Kölner Hälfte der Stadt.

Seitdem besteht das Wappen der Stadt ununterbrochen bis heute aus Kreuz und Schlüssel. 1970 wurde nur noch die lippische Rose hinzugefügt, um die geänderte administrative Zugehörigkeit auszudrücken. Das Pyrmonter Ankerkreuz stellt eine etwas abgeänderte Form des Kreuzes dar, welches das Wappenschild des Kölner Erzbischofs ziert. Der aufrecht im linken Wappenfeld stehende silberne Schlüssel mit einwärts gekehrtem Bart ist der Petri-Schlüssel des Kölner Erzbischofs. Die Teilung der Stadt im Jahre 1255 brachte einen fortwährenden Besitzwechsel von Anteilen der Stadt unter anderem zwischen dem Erzbischof von Köln, den Bischöfen von Pader-



born und den Grafen von Pymont mit sich. Ende des 15. Jahrhunderts waren alle Teile wieder in der Hand der Grafen von Pymont, jedoch nur als Lehen von Paderborn. Die Herrschaftswchsel zogen sich über weitere Jahrzehnte hin, wobei die Stadt zwischendurch von mehreren Katastrophen wie Hochwasser und Überschwemmung heimgesucht wurde. 1526 begann Graf Friedrich von Spiegelberg und Pymont mit dem Bau eines Wasserschlosses, erhob dieses 1536 zu seinem Wohnsitz und legte so den Grundstein für den heutigen Badeort Bad Pymont.

### Neuzeitliche Entwicklung im Überblick

Von 1807–1814 kam die Stadt zum Königreich Westfalen als Kanton Lügde, danach wieder zum preußischen Kreise Brakel und von 1832 an, als die Kreise Brakel und Höxter vereinigt wurden, zum Kreis Höxter. Die Inselstellung wirkte sich negativ auf das Wachstum der Stadt aus, und im 19. Jahrhundert kam es zu einer verstärkten Bevölkerungsabwanderung, da Anziehungs- und Wirtschaftskraft im Vergleich zu benachbarten Gemeinden ins Hintertreffen gerieten. Eine Trendwende war erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges zu beobachten. Durch den Bevölkerungszuwachs durch Flüchtlinge, auch solche anderer Konfessionen als der katholischen, und vermehrter Industrialisierung war eine aufsteigende Tendenz zu erkennen.

Auch wenn die Konfessionsgrenze nicht mehr so streng gezogen wurde, war die Bindung zu Paderborn nach wie vor stark sichtbar, wie etwa aus folgender Verlautbarung deutlich wird: „Der Patron des Heiligtums der Kilianskirche, der heilige Kilian, weist darauf hin, wohin Lügde von Anfang an gehört hat. Es ist der Patron, der von Würzburg auf den Paderborner Dom übertragen [wurde] und nur wegen seiner Zugehörigkeit zu Paderborn konnte Lügde diesen Patron erhalten...“<sup>22</sup> Und weiter heißt es: „So lehrt uns die Heimatkunde und die Heimatgeschichte unsere Stadt kennen und lieben und zeigt uns, wohin sie seit Jahrhunderten gehört, nämlich unwiderruflich und auf ewige Zeiten zum alten Hochstift Paderborn[,] d.h. mit anderen Worten zum Kreise Höxter und zu Westfalen.“

Diese Äußerungen wurden 1946 mit Bezug auf die Bemühungen Niedersachsens getroffen, Lügde über die Landesgrenze zu ziehen und selbst in einem Pressebericht aus dem Jahre 1984 wird der Bezug zu Paderborn offenkundig: „Trotz dieser Gebietsänderung [von 1970] ist Lügde nach wie vor dem Hochstift Paderborn zuzuordnen. So gibt denn die 1200-Jahrfeier in Lügde Anlass, in kurzen Umrissen die Geschichte der Stadt und ihre Bindung an Paderborn, die dadurch besonders deutlich wird, dass die Bischöfe von Paderborn sich auch Grafen von Pymont nannten, darzustellen.“<sup>23</sup>

Auch hinsichtlich der Schulen wird der konfessionelle Bezug sichtbar. 1946 fand eine Abstimmung aller Erziehungsberechtigten über die Wiedereinführung der Kon-

<sup>22</sup> StadtA Paderborn, Bestand V 8/2.

<sup>23</sup> FRIESE, Josef: Seit 1200 Jahren Stadt Lügde, in: Die Warte 44 (1984), S. 27–29, hier S. 27.

fessionsschule statt. „Von 397 Abstimmungsberechtigten sprachen sich 387 für die Konfessionsschule und nur 10 für die Gemeinschaftsschule aus. Für 515 Kinder wurde die katholische und für 91 Kinder die evangelische Volksschule gefordert.“<sup>24</sup> Tatsächlich wurden die evangelische und katholische Grundschule erst 1982 zu einer Gemeinschaftsschule zusammengefasst.<sup>25</sup> Dieses Beispiel zeigt gut, wie die Bevölkerung auch nach dem Flüchtlingszuwachs konfessionell aufgeteilt war. Noch immer überwog der katholische Anteil der Einwohner, und das gilt in der Lügder Kernstadt bis heute.

### Konfessionelle Verhältnisse

Die Glaubensausrichtung der Lügder Bürger war über den Reformationsbeginn im Jahr 1517 hinaus bis 1583/84 katholisch. Es folgte ein kurzer Konfessionswechsel, der bis zum Jahre 1624 Bestand hatte, bevor dann im Auftrage des Paderborner Bischofs die ‚Rückführung‘ vom lutherischen zum katholischen Glauben befohlen und von Weihbischof Pelking durchgeführt wurde. Erst im Jahre 1853 wurde in Lügde wieder eine evangelische Kirchengemeinde gegründet. Diese Vorgänge erhellen deutlich die konfessionelle Zugehörigkeit und Verbundenheit Lügdes, welche mit dem Pyrmonter Hauptvergleich von 1668 auch administrativ ausgebaut worden war. Innerhalb dieser Vereinbarung fiel Lügde mit dem Dorf Harzberg an das Hochstift Paderborn; der übrige Teil der Grafschaft an die Grafen von Waldeck.<sup>26</sup>

Dieses Übereinkommen wirkte sich zukunftsbestimmend aus, denn es stellte durch die endgültige Trennung des Tales die Weichen für die unterschiedliche Staats-, Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklung in Lügde und Pyrmont. Für die Stadt Lügde bedeutete dies den Beginn ihrer isolierten Stellung. Ringsumher war die Gemeinde nunmehr nicht nur von administrativ fremdem Gebiet umgeben, sondern auch durch eine Konfessionsgrenze getrennt. Die verwaltungsgebundene Zugehörigkeit zum Hochstift Paderborn endete erst mit der Säkularisation im Jahre 1802. Seitdem gehörte sie zur preußischen Provinz Westfalen, und zwar zum Landkreis Brakel. Die katholische Kirche in Lügde ist jedoch bis heute der Diözese Paderborn unterstellt.

Eine Untersuchung von Ilse Schwidetzky aus dem Jahr 1967 gibt Aufschluss über das spezifische Heiratsverhalten an Konfessionsgrenzen. Zu Lippe und dem Kreis Höxter beziehungsweise Paderborn heißt es: „Die ganze Südwest- und Südgrenze des Lipper Landes (Kreis Detmold, Lemgo) ist Konfessions- und damit auch Heiratsgrenze: nur wenige Heiratslinien greifen vom Kreise Detmold nach Paderborn und Höxter hinüber, wie auch Paderborn und Höxter nur selten aus dem evangelischen Lipper[-

<sup>24</sup> SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 218.

<sup>25</sup> SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 228.

<sup>26</sup> Vgl. SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 30–68. FRIESE, Josef: Seit 1200 Jahren Stadt Lügde. Festschrift im Auftrag der Stadt Lügde zum Jubiläum 1984. Lügde in Lippe. Vor zwölfhundert Jahr Karl der Große in Liuhidi war, Lügde 1984, S. 39f.

]Land einen Ehepartner holen.“<sup>27</sup> Auf einer Karte des Kreises Höxter, die auch Lügde als Insel im Kreis Detmold darstellt, veranschaulichen die gezogenen Linien, welche die Heiratsverbindungen in der Elterngeneration darstellen, dass in Lügde nur ein Zuwachs an katholischen Heiratskandidaten von Gemeinden wie Altenbeken, Steinheim und aus kleineren Orten rund um Höxter stattgefunden hat und wohl nur wenige Bürger ihre Heimatstadt verließen. In Lügde wurde also entweder ‚das Mädchen von der anderen Straßenseite‘ geheiratet oder ein Lebenspartner aus katholischen Landen bevorzugt.

Folgende Aussage ist zweifellos zutreffend: *Neben der örtlichen Lage hat das religiöse Bekenntnis starken Einfluss auf das Eigenleben der Lügder gehabt. Ringsherum Protestantismus und hier in Lügde hartnäckiger Katholizismus sagten sich immer den Kampf an. Man fühlte sich von außen her immer durch den Protestantismus bedroht und verschloß sich hinter den Mauern in dem religiösen Eigenleben westfälischer Art und Gesinnung.*<sup>28</sup> *Dieses Einkapseln veranlasste Josef Blome zu der Beobachtung, daß die Bevölkerung unter sich stark verwandt ist und die Blutszugehörigkeit bei den eingesessenen Lügdern im vierten bis fünften Verwandtschaftsglied etwa 400 Personen umfaßt. Durch Abschluss nach außen und durch die dauernden Hof- und Besitztumsaufteilungen hat sich hier in der Stadt wenig fremdes Blut einmischen können. Da jedes Bauernkind seinen Erbteil in Ländereien mitbekam, gleich ob männlich oder weiblich, mußte der Jungbauer wieder eine Bauerntochter aus Lügde heiraten, um seinen Hof lebensfähig zu halten. Wenn auch auf der einen Seite darin viele Gesundheitsstörungen in der Bevölkerung zu suchen sind, so hat man auf der anderen Seite ein weiteres Element zur inneren Verschmelzung und einen starken Träger familiären Brauchtums.*<sup>29</sup>

Diese Tendenz war nach dem Zweiten Weltkrieg eindeutig rückläufig, was u. a. auf den Bevölkerungszuwachs durch zunehmende Industrialisierung, durch Flüchtlinge und die stärkere Aufweichung der Konfessionsgrenze zurückzuführen ist. Das Verhältnis zu den benachbarten lippischen Gemeinden verbesserte sich stetig und gipfelte 1970 in dem freiwilligen Zusammenschluss zur Großgemeinde; auch Heiraten über die Landesgrenze ins nahe Pymont nahmen zu. Dennoch hielt sich gerade in der älteren Generation bis in die 1980er Jahre hinein eine gewisse Abneigung gegen evangelische Schwiegertöchter und -söhne. Eine heute sechsendsechzig-jährige Frau berichtet, sie sei Anfang der 1950er Jahre nach Lügde gekommen, um dort eine Ausbildung als Krankenschwester zu machen. Das junge Mädchen hatte große Schwierigkeiten mit der Konfession, denn sie war evangelisch. Nach fünf Jahren in Lügde konvertierte sie zum katholischen Glauben, um es sich in der Stadt und auch mit ihrer Schwiegermutter leichter zu machen und endlich wirklich dazuzugehören. Dies ist

<sup>27</sup> SCHWIDETZKY, Ilse: Die metrisch-morphologischen Merkmale und der fälische Typus, in: Der Raum Westfalen V/1. Mensch und Landschaft, Münster 1967, S. 135.

<sup>28</sup> StadtA Lügde, Bestand S 3. Es handelt sich hierbei um eine Halbjahresarbeit für die 2. Lehrprüfung von einem Josef Blome, die 1946 verfasst wurde.

<sup>29</sup> StadtA Lügde, Bestand S 3.

zwar ein Einzelbeispiel, es kann jedoch durch entsprechende Untersuchungen in dem erwähnten Sammelband von Heinz Schilling über das Individuelle hinaus als bedeutsam gewertet werden.

Dass Josef Friese noch 1984 seinen Artikel anlässlich des Stadtjubiläums beinahe unmittelbar im ersten Satz mit der tiefen Verbindung zu Paderborn beginnt, irritiert keineswegs. Die kirchliche Verbindung zu Paderborn äußert sich auch in den vielen katholisch geprägten Vereinen für jede Altersgruppe, wie dem Kolpingverein, der Katholischen Arbeiterbewegung, der Frauen- und Müttergemeinschaft oder der katholischen Pfarrjugend; all diese Vereine fahren hin und wieder nach Paderborn, um an besonderen Messen teilzunehmen oder auch nur die Libori-Kirmes zu besuchen. Zum Stadtjubiläum anlässlich des 1200-jährigen Bestehens wurde am Pfingstmontag des Jahres 1984 in der Kilianskirche ein ökumenischer Gottesdienst gefeiert, an dem auch der Erzbischof Johannes Joachim Degenhardt aus Paderborn sowie Präses Heinrich Reiß aus Bielefeld teilnahmen. Die Betonung der Einheit der Christen wurde zwar hervorgehoben, doch man kann sich nicht ganz des Eindrucks erwehren, beim Betreten der ehemaligen Enklave des Kreises Höxter gleichsam ins „heilige Land“<sup>30</sup> zu kommen. Nicht zufällig lebt im Volksmund immer noch die Steigerungsform ‚schwarz – Lügde – Steinheim – Paderborn‘ fort.

Der alltägliche Bedarf orientiert sich jedoch nicht an ehemaligen Konfessionsgrenzen. Es besteht zwar die Bahnlinie Hannover – Hameln – Paderborn, doch die Einkaufsgewohnheiten sind eher auf das nah gelegene Bad Pyrmont oder auf das ca. 25 Kilometer entfernte Hameln ausgerichtet, denn die Kreisstadt Höxter ist ohne Auto auch schwerer zu erreichen; es gibt keine direkte Zugverbindung und die Busreise ist beschwerlich. Daher liegt es allein aus pragmatischen Gründen nahe, eher ins benachbarte Niedersachsen zu fahren.

### **Ein Blick über die Grenzen – zwischen niedersächsischen Ansprüchen und der Entscheidung für Lippe.**

Ein Blick in das örtliche Telefonbuch rückt Lügde und die zur Großgemeinde gehörenden Ortschaften noch weiter an die Landesgrenze. Außer Lügde und seinen Ortsteilen sind darin nur niedersächsische Gemeinden verzeichnet. Angefangen von Bad Pyrmont reicht die Nummernvielfalt über Emmerthal bis hin zu Anschlüssen von Hamelner Einwohnern. Mit den Busverbindungen ist es ähnlich. Will man nach Höxter, muss man in Rischenau Wartezeiten oder auch ein einmaliges Umsteigen in Kauf nehmen; die Busse nach Bad Pyrmont fahren direkt und benötigen vom alten Stadtkern aus höchstens zehn Minuten bis zur Pyrmonter Hauptallee. Trotz dieser Nähe präsentieren sich die beiden Städte in höchst unterschiedlicher Weise.

<sup>30</sup> BISGAARD, Am Ende einer Reise, S. 199. Als heiliges Land wird von den Karlshafenern das nahe Beverungen und insgesamt der Kreis Höxter bezeichnet.

Lügde hatte bereits eine fast 1000jährige Geschichte vorzuweisen, als sich der heutige Badeort Pyrmont gerade erst zu entwickeln begann. Seit dem Jahr 1668, als der Pyrmonter Hauptvergleich geschlossen wurde, verlief die Geschichte Lügdes und Pyrmonts in unterschiedlichen Bahnen. Bad Pyrmont hatte nicht mit einer isolierten Stellung umzugehen wie Lügde. Darüber hinaus war schon immer eine geminderte Konkurrenz und ein Bestreben sich voneinander abzugrenzen zu spüren. Das in Lügde ausgeführte Brauchtum des Osterräderlaufes, auf das an anderer Stelle noch zurückzukommen sein wird, gab dabei häufig Gelegenheiten zu kleineren Auseinandersetzungen.

1936 beispielsweise antwortete der Lügder Bürgermeister auf ein Schreiben seines Amtskollegen in Bad Pyrmont. Dieser war der Ansicht, *die Stadt Lügde müsse wohl dem Verkehrsverein Bad Pyrmont fortlaufend eine Unterstützung, vielleicht in Höhe von 3000 Reichsmark (!) jährlich zahlen, da sie ja praktisch durch fortlaufende Propagandaarbeit für Pyrmont außerordentlichen Nutzen habe.*<sup>31</sup> Mit dieser Ansicht in keiner Weise einverstanden, legte der Lügder Bürgermeister seine Sicht der Dinge dar: *Ihre Ansicht [...] dürfte in keiner Weise vertretbar sein. Der Fremdenverkehr in Lügde wird angezogen durch eigene Propaganda und in erster Linie natürlich durch das malerische alte Stadtbild mit der berühmten alten Kilianskirche, die Herlingsburg in der Nähe sowie die eigene landschaftliche Umgebung. Bad Pyrmont hat ein großes Interesse auch an dem Fremdenverkehr von Lügde, da dieser sich selbstverständlich auch viel von hier nach Pyrmont begibt und sich dort finanziell auswirkt. Die Propagandaarbeit für Pyrmont, die sich vielleicht in ganz geringem Maße für den hiesigen Fremdenverkehr auswirken könnte, ist dadurch mehr wie [sic!] aufgehoben. Zudem wird dadurch allein schon der vollwertige Ausgleich geschaffen, daß die hiesige Propaganda für den Osterräderlauf ohne Zweifel sich wirtschaftlich zu  $\frac{3}{4}$  für Bad Pyrmont auswirkt.*<sup>32</sup> Schließlich erwähnt er noch die *erheblichen Unkosten, um die Veranstaltung zu decken* und bedauert die Ablehnung von Zuschüssen seitens der Pyrmonter Bürger.<sup>33</sup>

Aus den Äußerungen der beiden Bürgermeister spricht gesundes Selbstvertrauen, das aus dem jeweils Spezifischen der Orte resultiert. Wenn man sich auch den Fremdenverkehr ‚teilt‘, so achtet doch jede Stadt darauf, dass ihren Ansprüchen Genüge getan wird. Da Lügde keine eigene Tageszeitung besitzt, lassen sich die lokalen Ereignisse in den Pyrmonter Nachrichten finden. Auch wenn Lügde sporadisch in der Lip-pischen Landeszeitung, die ihren Sitz in Detmold hat, seit Ende der sechziger Jahre erwähnt wird, tauchen Lügder Nachrichten anteilmäßig doch häufiger im Pyrmonter Lokalteil auf.

Die generelle Grenzlage und die Landesgrenze fielen auch Ende der 1930er Jahre für Lügde teilweise negativ ins Gewicht. Im Jahre 1939 wurden von Seiten des

<sup>31</sup> StadtA Lügde, Bestand D 253.

<sup>32</sup> StadtA Lügde, D 253.

<sup>33</sup> StadtA Lügde, Bestand D 253.

Reichsministeriums des Inneren *Maßnahmen zur Hebung der Verwaltungskraft kreisangehöriger Gemeinden* <sup>34</sup> verabschiedet. Ziel und Zweck dieser Verfügung sollte neben der Umgliederung von Gemeinden auch die Beseitigung von administrativen Inseln sein, *die in der Regel durch Gebietsaustausch erleichtert werden kann.*<sup>35</sup> Nachdem auch der Bürgermeister von Lügde Kenntnis von diesen geplanten Maßnahmen erhalten hatte, machte er in einem Schreiben an den Landrat von Höxter seine Lösungsvorschläge wie folgt deutlich: *Bekanntlich bilde(t) [die] Stadt Lügde [...] seit Jahrhunderten eine Exklave des Kreises Höxter. Wie ein Vertreter des deutschen Gemeindetages [...] kürzlich mitteilte, beabsichtigt das Ministerium, bei dieser Gelegenheit eine Beseitigung der Exklaven vorzunehmen. [...] Es müßte daher m. E. vom Kreis Höxter aus die Frage der Angliederung an den Kreis Höxter angeschnitten werden.*<sup>36</sup> Sein Lösungsvorschlag bezieht sich also auf eine Umgliederung der angrenzenden lippischen Gemeinden, die die Stadt Lügde geographisch und administrativ vom Kreis Höxter trennten, denn *zu einem Vorschlag zur einfachsten Lösung der Frage der Beseitigung der Exklave Lügde, nämlich zur Abtretung an Lippe, kann sich der Kreis Höxter nicht entschließen. Er würde mit dieser Abtretung seine Steuerkraft [...] erheblich schwächen. [...] Ich schlage vor die Gemeinden des lippischen Landkreises Detmold und zwar Hummersen, Köterberg, Niese, Rischenau, Falkenhagen, Wörderfeld, Sabbenhausen, Elbrinxen, Schwalenberg Stadt und Ruensiek [...] vom Kreis Detmold abzutrennen und unter Bildung eines neuen Amtes dem Kreis Höxter zuzuschlagen. [...] Die Einwohner aus den oben erwähnten Gemeinden sind zu einem wesentlichen Teil wirtschaftlich nach Lügde orientiert. [...] Ich darf darauf hinweisen, daß schon vor tausend und mehr Jahren Lügde verwaltungsmäßig zu den Gebieten gehörte, die heute den Kreis Höxter bilden.*<sup>37</sup> Die Beziehung zu den genannten lippischen Gemeinden scheint gut gewesen zu sein, da ja auch der Bürgermeister von Lügde diesen Vorschlag unterbreitet hat. Problematischer erschien dabei die Veränderung der Kreiszugehörigkeit. Werden auch zunächst ökonomische Gründe für den Verbleib Lügdes im Kreis Höxter genannt, so wird doch am Ende des Schreibens wieder klar auf die historische Verbundenheit zu Höxter und somit indirekt auch auf Paderborn verwiesen. Doch trotz dieser Plädoyers hat auch die Möglichkeit, Lügde an den Kreis Detmold anzugliedern eine große Rolle gespielt. Denn in einem Schreiben von 1943 bittet der Reichsverteidigungskommissar *um baldgefällige Prüfung und Bericht, wieweit es möglich und zweckmäßig*

<sup>34</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. Schreiben des Reichsministers des Innern an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen vom 18. März 1939.

<sup>35</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. Schreiben des Regierungspräsidenten Freiherr von Oeynhausens an die Landräte des Bezirks vom 25. März 1939. Eingangsstempel des Landratsamtes Höxter vom 28. März 1939.

<sup>36</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. Schreiben vom 27. April 1939.

<sup>37</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. Schreiben des Landrats von Höxter an den Regierungspräsidenten in Minden vom 9. Mai 1939.

erscheint, im Zuge der gegenwärtig durchzuführenden Verwaltungsvereinfachung [...] die preußische Exklave Lügde in die lippische Verwaltung – Landkreis Detmold – zu überführen.<sup>38</sup>

Im Zuge dieser Reformvorschläge kam es dann aber doch nicht zur Umgemeindung, da sich der Landrat von Höxter mit Rücksicht auf die an sich schon geringe Steuerkraft des Kreises Höxter jetzt und auch in Zukunft nicht dazu entschließen [konnte], die Exklave Lügde in die lippische Verwaltung zu überführen.<sup>39</sup> Das Bestreben Enklaven aufzuheben war damit jedoch nicht aus der Welt. 1946 stellte das Land Niedersachsen einen Antrag auf Abtrennung der Stadt Lügde und des Amtes Harzberg sowie der Gemeinden Lühtringen und Würgassen von dem Kreis Höxter. Dort fand man jedoch ein eindeutiges Plädoyer für den Verbleib bei Westfalen und im Einflussbereich des kirchlich an Paderborn orientierten Raumes.<sup>40</sup> Als Reaktion auf diese Bestrebungen verfasste die Stadt Lügde eine Resolution, in der die Abneigung gegenüber der Angliederung an Niedersachsen deutlich zum Ausdruck kommt. Der Oberkreisdirektor in Höxter wird darin dringend ersucht die beabsichtigte Maßnahme noch im letzten Augenblick [zu verhindern].<sup>41</sup> Des weiteren macht der Stadtdirektor deutlich, dass einer Großgemeindebildung mit den angrenzenden lippischen Gemeinden nichts im Wege stünde, solange Lügde im Kreis Höxter verbleiben könne.<sup>42</sup> Lügde ging es also nicht in erster Linie um Konfessionsunterschiede, denn sonst wäre sie ja auch nicht bereit gewesen, sich mit den lippischen Gemeinden zusammenzuschließen. Vielmehr sollte die administrative Bindung zu Höxter und somit die kirchliche Verbindung zu Paderborn aufrecht erhalten werden.

<sup>38</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. Schreiben vom 28. Februar 1943 an den Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg – Lippe, an die Landesregierung Lippe – Detmold und an den Regierungspräsidenten in Minden.

<sup>39</sup> KreisA Höxter, Bestand A0 632. Schreiben vom 9. März 1943 an den Regierungspräsidenten in Minden. Wenn sich der Landrat in Höxter auch nicht dazu entschließen konnte Lügde an Detmold abzugeben, so schien die Angliederung der Gemeinde Grevenhagen, die restlos im dortigen Kreisgebiet liegt für ihn ganz selbstverständlich zu sein. Die Parallele zwischen Lügde und dem Kreisgebiet Detmold spart er jedoch in seinen Ausführungen konsequent aus.

<sup>40</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 84. *Mit tiefer Sorge und großem Befremden hat der Kreistag [Höxter] von den Bestrebungen Kenntnis genommen, die Provinz Westfalen aufzuteilen und damit auch den Kreis Höxter abzusplitttern und ihn eventuell der benachbarten Provinz Hannover anzugliedern. Der Kreistag lehnt diese Bestrebung auf das entschiedenste ab. [...] Wir sind Westfalen und wollen es bleiben!* Ebenso interessant: StadtA Paderborn, Bestand V 8/2: *Der Patron des Heiligtums [der Lügder Kilianskirche], der heilige Kilian, weist darauf hin, wohin Lügde von Anfang an gehört hat. Es ist der Patron, der von Würzburg auf den Paderborner Dom übertragen und nur wegen seiner Zugehörigkeit zu Paderborn konnte Lügde diesen Patron erhalten. [...] So lehrt uns die Heimatkunde und die Heimatgeschichte unsere Stadt kennen und lieben und zeigt uns, wohin sie seit Jahrhunderten gehört nämlich unwiderruflich und auf ewige Zeiten zum alten Hochstift Paderborn d. h. mit anderen Worten zum Kreis Höxter und zu Westfalen.*

<sup>41</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. *Da z. Zt. Die frage der Eingliederung von Lügde und Harzberg nach Niedersachsen erörtert wird, hat die Stadtvertretung eine Resolution gefasst, [...] damit die beabsichtigte Maßnahme noch im letzten Augenblick verhindert werden kann.*

<sup>42</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 632. Schreiben vom 25. November 1946.

Dass die Enklave Lügde zum zweiten Mal einen Reformversuch überlebte, lag an einer Verfügung des Innenministers Nordrhein-Westfalens vom Juni 1948. Danach sollten alle Grenzänderungen von Stadt- und Landkreisen bis nach Inkrafttreten der neuen Gemeinde- und Kreisordnung unterbleiben.<sup>43</sup> Auch als im Zuge der Neugliederung der Bundesländer Anfang der fünfziger Jahre nochmals der Gedanke aufkam, das östliche Westfalen an Niedersachsen anzugliedern, konnte dies an der Inselstellung Lügdes nichts ändern.<sup>44</sup>

Erst Ende der sechziger Jahre wurde die kommunale Gebietsreform für ganz Deutschland, und damit auch für das kleine Lügde, unumgänglich. Ziel war es, die Verwaltungskraft besonders für kleinere Gemeinden zu heben. *Ausgangspunkt der Überlegungen in diesem Zusammenhang war die Feststellung, dass in ländlichen und kleinstädtischen Gemeinden wie auch in den Randgebieten der großstädtischen Ballungszentren eine Vielzahl von Einrichtungen fehlen, die [man] zu der kommunalen Grundausrüstung zählt.*<sup>45</sup> Die Beseitigung der Enklavenstellung, nämlich die Lösung, sich mit acht der angrenzenden lippischen Gemeinden zu vereinen, war schnell gefunden und wurde im Stadtrat Lügde allseits als positive Möglichkeit angesehen, da *die Verbindungen Lügdes mit den Dörfern des lippischen Südostens vielfältig sind. [...] Der lippische Südosten ist stark nach Lügde und Pyrmonnt orientiert. Kinder aus den Dörfern besuchen dort weiterführende Schulen, Berufstätige arbeiten dort [...] [und] Lügde ist für die Bevölkerung des lippischen Südostens Einkaufszentrum.*<sup>46</sup> Die Frage der Kreiszugehörigkeit blieb jedoch lange offen. Wunsch der CDU-Fraktion war eindeutig der Verbleib beim Kreis Höxter, doch da die lippischen Gemeinden keinesfalls bereit waren, den Kreis Detmold zu verlassen, wurde diese Entscheidung zu einem wunden Punkt. *Wenn die Gemeinden des lippischen Südostens auf diese Frage abschlägigen Bescheid erhalten [sollte Lügde also beim Kreis Höxter verbleiben], möchten sie einen Zusammenschluß mit dem Raum Schieder/Schwalenberg erwägen.*<sup>47</sup> In Lügde kamen zurecht Befürchtungen auf, die lippischen Gemeinden könnten sich Richtung Rischenau, ebenfalls eine der acht Gemeinden im lippischen Südosten, orientieren, die als Wunschgedanken ihrerseits eine Großgemeinde im Sinn hatte.<sup>48</sup>

<sup>43</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 633.

<sup>44</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 633. Artikel aus den westfälischen Nachrichten vom 3. Februar 1951 / 22. September 1951.

<sup>45</sup> KreisA Höxter, Bestand A0, 634. „Kommunale Gebietsreform auf Dauer unvermeidlich“ vom Mai 1965.

<sup>46</sup> StadtA Bad Pyrmonnt, Pyrmonter Nachrichten vom 4. Oktober 1968; „Kommt ein Zusammenschluß mit Lügde?“

<sup>47</sup> StadtA Bad Pyrmonnt, Pyrmonter Nachrichten vom 4. Oktober 1968; „Kommt ein Zusammenschluß mit Lügde?“

<sup>48</sup> StadtA Lügde, Protokolle der Stadtratssitzungen vom 4. März 1968 und vom 6. Mai 1968. Vgl. auch: Pyrmonter Nachrichten vom 11. Oktober 1968, 18. November 1968, 7. März 1969, 24. März 1969. Die Rischenauer werden im Volksmund immer noch ‚Jackenstädter‘ genannt, was auf ihre Außenseiterposition in der Gebietsreform verweist. Rischenau weigerte sich bis zuletzt von Lügde



Ein Erlass des Innenministers des Landes Nordrhein-Westfalen vom 11. September 1968 enthielt auch den Vorschlag zur Neugliederung des Raumes Lügde. Danach sollte Lügde mit den Gemeinden Harzberg, Rischenau, Sabbenhausen, Hummersen, Elbrinxen, Köterberg, Niese, Falkenhagen und Wörderfeld eine Großgemeinde bilden. Die neue Stadt Lügde sollte in den Landkreis Detmold eingegliedert werden. Der Vorschlag, sich mit den lippischen Gemeinden zusammenzuschließen, wurde einstimmig angenommen. Im Falle der Kreiszugehörigkeit herrschte jedoch zwischen den Fraktionen, wie nicht anders zu erwarten war, Unstimmigkeit. Die SPD stimmte mit sieben Vertretern für den Übertritt nach Detmold, die CDU mit zwölf Stimmen dafür, die Entscheidung über die Kreiszugehörigkeit dem Landtag zu überlassen. Allerdings äußerten sie den Wunsch, *beim Kreis Höxter zu verbleiben. Wenn sich dadurch jedoch Hindernisse ergeben sollten, die der Bildung der vorgeschlagenen Großgemeinde entgegenstehen, sind wir bereit, eine andere Entscheidung des Landtages hinsichtlich der Kreiszugehörigkeit Höxter oder Detmold zu akzeptieren.*<sup>49</sup> Die Bildung der Großgemeinde hatte bei der Stadt Lügde also oberste Priorität und wurde noch höher angesiedelt als die Frage nach administrativer Zugehörigkeit. Die Äußerung, die Entscheidung dem Landtag zu überlassen, wurde jedoch nicht aufrecht erhalten. Wenn der Oberkreisdirektor Sellmann auch mehrere Male vehement für den Verbleib Lügdes bei Höxter plädierte, konnte man die weit größere Angst der Lügder, nämlich eventuell über die Landesgrenze verschoben zu werden, damit nicht beruhigen. *Immerhin könnte es sein, daß, bei einer Weigerung Lügdes nach Detmold zu gehen, die Emmerstadt Bad Pyrmont zugeschlagen werden könnte.* Hierauf gab Sellmann sofort Antwort. *Da Bad Pyrmont und Lügde eine Ländergrenze trenne, halte er diese Regelung für unwahrscheinlich, zumindest in dieser Legislaturperiode. „Ländergrenzen können nur durch den Bundestag geändert werden“, und dieser habe dafür im Moment keine Zeit.*<sup>50</sup> Doch diese Äußerungen konnten den Lügdern ihre Befürchtungen nicht nehmen und bald war man sich ganz sicher, dass *wenn wir hier nicht eine ganz klare und deutliche Entscheidung fällen, es am Ende so sein könnte, daß wir nach Bad Pyrmont kommen.*<sup>51</sup>

Zudem hatte sich das Verhältnis zu den lippischen Gemeinden Anfang 1969 so verschlechtert, dass man befürchtete, sogar die Bildung der Großgemeinde sei in Gefahr. Wäre Lügde in seiner Inselstellung verblieben, wäre es im Rahmen einer Länderneugliederung wohl nach Bad Pyrmont eingemeindet worden. Doch warum hätten die Lügder diese Entscheidung als ‚Schicksalsschlag‘ empfunden? In einem Leserbrief von

eingemeindet zu werden und man hatte wohl deshalb das Gefühl, dass sie sich für etwas Besseres hielten.

<sup>49</sup> StadtA Lügde, Protokoll der Stadtratssitzung vom 24. September 1968.

<sup>50</sup> StadtA Bad Pyrmont, Pyrmonter Nachrichten vom 15. November 1968.

<sup>51</sup> StadtA Bad Pyrmont, Pyrmonter Nachrichten vom 18. November 1968. Vgl. dazu auch: Lippische Landeszeitung vom 25. Januar 1969: „Möglicherweise bleibt Lügde solange in seinem jetzigen Kreisgebiet als selbständige Einheit bestehen, bis die Niedersachsen ihre Wunschvorstellungen im Hinblick auf die Anreicherung von Bad Pyrmont präzisiert haben.“

1969 wird die Haltung der Lügder gegenüber den Bad Pyrmontern wie folgt geschildert: *Die Landesgrenze, die das Weltbad und das Emmerstädtchen trennt, ist [...] eine ganz besondere. Hier wird, um es krass und grob zu sagen, arm und reich voneinander getrennt. Bad Pyrmont, in einem der finanziell schwächsten Länder der Bundesrepublik gelegen, hätte natürlich gern einen vermögenden Nachbarn auf seiner grünen Seite. [...] [Lügde bildet] den Schwerpunkt für den gesamten lippischen Südosten, also für alle Gemeinden, die laut Vorschlag des Innenministers mit Lügde zusammengelegt werden sollen. Es ist die Aufgabe dieser Stadt mit ihrer bemerkenswerten Industrie, die lippischen Gemeinden mit besten Mitteln zu unterstützen, damit eine lebensfähige Großgemeinde entstehen kann. Ist dieser Plan einmal verwirklicht, so wird die Stadt Lügde als Mittelpunkt der Großgemeinde zwar nicht mehr selbständig sein, aber ihre Vorrangstellung zu Recht behalten. Diese Vorrangstellung würde aber beim umgekehrten Weg den Lügdern entrissen. Es ist logisch, daß zum Beispiel in einem Stadtrat, der Lügde und Bad Pyrmont vereint, die Lügder Ratsherren eine schwache Opposition darstellen würden.*<sup>52</sup>

Neben den finanziellen Aspekten liegt bei diesen Ausführungen das Gewicht sehr deutlich auf der Stellung und damit weiteren Entwicklung Lügdes. Bei einem Zusammenschluss hätte der Fokus auf dem Weltbad gelegen und die lokale Identität der mittelalterlich geprägten Stadt wäre von Bad Pyrmont stark überlagert worden. Statt dessen bildet Lügde seit 1970 das Zentrum der neu entstandenen Großgemeinde. Es ist selbständig und hatte durch den Verbleib der Landesgrenze die Möglichkeit, die eigene lokale Identität und symbolische Ortsbezogenheit zu erhalten und Richtung Lippe auszudehnen. Heute zeichnet sich das Verhältnis zwischen Lügde und Bad Pyrmont durch eine meist freundliche Koexistenz aus. Jede Stadt hat ihre eigenen Besonderheiten, die sich als Träger lokaler Identität ausweisen, und versucht jeweils mit anderen Aspekten die Aufmerksamkeit von Touristen auf sich zu lenken. Dieses freundliche Miteinander besteht aber nur, weil die Landesgrenze vorhanden ist. An ihr werden sozusagen die Identitäten geordnet. So ist es auch kein Problem, Lügder Kinder auf das Pyrmonter Humboldt-Gymnasium gehen zu lassen oder an Allerheiligen die niedersächsischen Geschäfte zu stürmen. Da jede Stadt ihren eigenen Bereich hat, kommt man sich nicht in die Quere; die Zeiten sind vorbei, da man sich an der Emmer gegenüberstand und sich als *die ollen Katholen* und *ollen Lutherschen* beschimpfte.<sup>53</sup> Jedoch kann man sich manchmal nicht sicher sein, ob die Pyrmonter in ihrer propagierten Weltoffenheit nicht etwas von oben auf die in ihrem Stadtbild agrarisch geprägten Lügder herabsehen.

Über die Eingliederung von Lügde zu Lippe bemerkt Edmund Schlieker Folgendes: Durch ihren völlig lippischen Grundriss und mancherlei historische Verbindungen fügt sich diese Gründungsstadt der Pyrmonter Grafen aus dem Hause Schwalen-

<sup>52</sup> StadtA Bad Pyrmont, Pyrmonter Nachrichten vom 17. März 1969. Leserbrief von Rainer Franke aus Lügde.

<sup>53</sup> Diese Anekdote berichtete der Betreuer des Pyrmonter Stadtarchivs der Verfasserin am 20. August 2003.

berg aufs glücklichste dem lippischen Städtekrantz ein. Lügde besitzt die am unverfälschtesten erhaltene Altstadt von allen.<sup>54</sup> Doch hat sich Lügde tatsächlich so reibungslos in das Lipperland eingefügt? Die Lügder fahren nicht mehr nach Höxter, um ihr Auto anzumelden, sondern nach Detmold, aber besteht auch eine emotionale Verbindung zum lippischen Südosten? Wie sich das Verhältnis zu den acht Ortsteilen der Großgemeinde gestaltet, wurde bereits dargelegt. Die konfessionellen Unterschiede spielen offenbar keine große Rolle, zumal der Ortsteil Sabbenhausen überwiegend katholisch ist. Und die Beziehung zu dem restlichen Lipperland wurde spätestens anlässlich des Stadtjubiläums von 1984 intensiviert. Bereits 1981 bewarb sich die Stadt Lügde um die Ausrichtung der Lippischen Heimattage für 1984; dabei kam vom Lippischen Heimatbund schnell eine positive Antwort. Die Feierlichkeiten erstreckten sich über ein gesamtes Jahr, in dem die katholische und evangelische Kirche eine gemeinsame Festwoche mit hohen kirchlichen Würdenträgern veranstalteten, die Lippischen Heimattage, inklusive eines Festumzuges unter Beteiligung aller lippischen Gemeinden stattfanden und die Lügder Festwoche mit Fackellauf über alle Ortsteile begann.<sup>55</sup>

Wenn Everhard Holtmann Stadtjubiläen als Daten nicht alltäglicher lokaler Selbstdarstellung bezeichnet, dann trifft das auf Lügde wohl zu, denn „je herausragender das Jahresdatum, desto aufwendiger wird das städtische Historiengemälde gewöhnlich ausgestattet.“<sup>56</sup> Die Festlichkeiten liefen unter dem Motto: ‚Lügde – 1200 Jahre jung‘ und wurde durch das Bild Karls des Großen, hoch zu Ross, bebildert. Die Festschrift trägt die Überschrift: ‚Lügde in Lippe – 784 bis 1984 – vor zwölfhundert Jahr Karl der Große in Lihidi war‘<sup>57</sup> und schlägt einen Bogen zwischen der durch Paderborn geprägten Geschichte Lügdes und seiner zu diesem Zeitpunkt vierzehn Jahre alten Zugehörigkeit zu Lippe. Man präsentierte sich in seiner ‚neuen‘ Gestalt als lippische Gemeinde. Unterstützt wurde diese ‚Inszenierung‘ einer neuen lippischen Identität von regionalen Akteuren wie dem Bürgermeister, dem Stadtrat oder auch den Initiatoren der Lippischen Heimattage.<sup>58</sup> Sie kann jedoch nicht als aufoktroiert gelten, denn man hatte und hat ja historische wie auch soziale Bezüge und empfand die Zusammenfassung von Lügder Symbolen wie der Kilianskirche oder des Stadtgrundrisses mit lippischem Identitätsraum nicht als Kollision. Heute präsentiert sich Lügde in Werbe-

<sup>54</sup> SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 210. Des weiteren schreibt er, Lippe habe sein Patenkind Lügde nun wieder aufgenommen.

<sup>55</sup> StadtA Lügde, 1200-Jahrfeier Lügde, Akten 1–4.

<sup>56</sup> HOLTSMANN, Everhard: Kommunale Identität als gemeinschaftliche Inszenierung, in: Westfälische Forschungen 41 (1991), S. 89–105, hier S. 89.

<sup>57</sup> StadtA Lügde, Jubiläumsschrift der Stadt Lügde zum Jahr 1984.

<sup>58</sup> Vgl. KERSCHER, Uta: Raumabstraktionen und regionale Identität, Regensburg 1992, S. 18ff.; HOLTSMANN, Kommunale Identität als gemeinschaftliche Inszenierung, S. 93f.: „Stadtjubiläen sind eine Art Gradmesser für das jeweils erreichte – auch defizitäre – Ausmaß an lokaler Identifikation. [...] Stadtjubiläen sind, andererseits, eine vorzügliche Gelegenheit, lokale Identität zu inszenieren.“

prospekten als die ‚Osterräderstadt im lippischen Südosten‘; jeweils unterstützt von der lippischen Rose, die ja seit 1970 das Lügder Stadtwappen zierte.

### Der Osterräderlauf: Brauchtum und lokale Identität

Alljährlich am Ostersonntag steht Lügde im Zeichen eines traditionsreichen Brauchtums; der Osterräderlauf zieht alljährlich zahlreiche Besucher an. Sechs ca. 1,70m hohe Eichenräder werden mit Stroh gestopft, bei Einbruch der Dunkelheit angezündet und unter dem Jubel der Zuschauer vom Osterberg hinab ins Tal der Emmer gerollt. Der zeitliche Beginn des Brauches ist nicht mehr mit Sicherheit festzustellen, dennoch wird er in vielen Werbeprospekten als ‚uralt‘ beschrieben, beispielsweise heißt es wörtlich: *Wie alt unser Brauchtum ist, läßt sich nicht mehr feststellen, doch ist anzunehmen, daß der Osterräderlauf schon vor ca. 2000 Jahren von unseren Vorfahren ausgeübt worden ist* [die erste schriftliche Erwähnung findet sich allerdings erst im Jahre 1743, als der Räderlauf verboten wurde<sup>59</sup>]. *Karl der Große soll [...] von diesem heidnisch-germanischen Brauch gehört haben. Der Sage nach habe er angeordnet, daß nun die Räder zur Auferstehung Christi laufen sollten.*<sup>60</sup> Ebenso wird das einfache Speichenkreuz in den Rädern auf Karl den Großen zurückgeführt.<sup>61</sup> Der Räderlauf wird heute als Mischung aus germanischer und christlicher Tradition verstanden. Wer heute Zeuge des Räderlaufes ist, denkt indes wohl kaum an die Ursprünge oder deren tiefere Bedeutung; Besucher lassen sich gefangen nehmen von der Atmosphäre, bestaunen das anschließende Feuerwerk, das seit Beginn der fünfziger Jahre den Reiz des Spektakels erhöhen soll und nehmen dann an der großen Feier im Festzelt teil.



Abb. 3: Osterrad von 1968 mit der Aufschrift: *Völker der Welt, bekämpft Haß und Neid, dann ist Frieden für alle Zeit*, aus: SCHLIEKER, Geschichte der Stadt Lügde, S. 162.

<sup>59</sup> StadtA Lügde, Bestand S. 4.

<sup>60</sup> StadtA Lügde, Werbeprospekt der Stadt Lügde aus den 1990er Jahren.

<sup>61</sup> Vgl. WILLEKE, Lügder Sagensammlung, S. 102. Interview mit dem Pressesprecher des Dechenvereins vom 7. Juli 2003.

Der Osterdechenverein richtet jedes Jahr diesen alten Brauch aus, wobei sich die Vorbereitungen dafür über das ganze Jahr erstrecken. Es werden Zäune am Osterberg repariert, die Räder wieder in Stand gesetzt und das Material zum Stopfen der Räder beschafft. Der Brauch wird in seiner speziellen Form als in Deutschland einzigartig beschrieben. Man wirbt mit dem Slogan der ‚Osterräderstadt Lügde‘ und kann als Tourist sogar ein ‚Osterrad-Examen‘ absolvieren. Dazu nimmt man an einem geschichtlichen Rundgang durch den Ort teil, muss mit einem strohbeladenen Holzkarren den Hindernislauf erfolgreich hinter sich bringen und ein Osterrad (in kleinerem Format) so weit wie möglich rollen. Zum Abschluss kommt die geschichtliche Prüfung mit zehn Fragen und zur Belohnung darf man Lippischen Pickert essen.<sup>62</sup>

Die Lügder sind stolz auf ihr Brauchtum und identifizieren sich mit ihm. Wird auch seitens des Dechenvereins und der Stadtverwaltung stark damit geworben, kann man dies nicht als Inszenierung betrachten. Die Resonanz der Bevölkerung ist klar gegeben und wird durch die Interessenverbände bestenfalls unterstützt. Wenn sich der Pressesprecher des Dechenvereins trotzdem jedes Jahr darum bemüht, die Presse auf das Großereignis aufmerksam zu machen, so möchte man dadurch wohl eher ein überregionales Interesse wecken, als die Lügder zu einer Identifikation mit diesem Brauchtum zu bewegen, da diese ja schon längst vorhanden ist.

Intensive Pressearbeit trägt dazu bei, auf das Ereignis aufmerksam zu machen und die Anziehungskraft auf auswärtige Besucher zu erhöhen. Auch wenn es schwer fällt, genaue Besucherzahlen zu ermitteln, so wird doch deutlich, dass Zuschauer sogar aus dem Ruhrgebiet teilnehmen. Nicht unerwähnt bleiben sollte schließlich, dass 1934 eine Tausendjahrfeier des Osterräderlaufs durchgeführt wurde, für die es allerdings keine historische Grundlage gab.<sup>63</sup> Seit 1933 wurde der Räderlauf im Zeichen des Hakenkreuzes durchgeführt. *Über Lautsprecher wurden die Zuschauer über die Bedeutung des Räderlaufes im Zusammenhang mit der germanischen Frühlingsgöttin Ostara aufgeklärt. [...] Der schöne Volksbrauch wurde zu einem SA- und SS-Aufmarsch umgestaltet.*<sup>64</sup> Nach 1945 wurde und wird heute noch darauf hingewiesen, dass 1935 einige Bürger, die der katholischen Zentrumsparlei angehört hatten, unmittelbar an der Ablaufstelle der Osterräder

<sup>62</sup> Aktuelles Werbeprospekt der Stadt Lügde. Der Lippische Pickert ist in etwa mit einem Pfannkuchen zu vergleichen.

<sup>63</sup> StadtA Lügde, Bestand D, 253. Darin auch ein Schreiben von Bürgermeister Starp von 1935: *Ein Brauch aus altersgrauer Vorzeit hat sich in Lügde, Kreis Höxter, erhalten. Diese Sitte ist mehr als 1000 Jahre nachzuweisen, aber bestimmt auf eine weit frühere Zeit zurückzuführen.*

<sup>64</sup> STUMPE, Dieter: Die Osterräder von Lügde, Lügde o. J., S. 4. StadtA Lügde, Bestand D, 253, E, 413: *Man kann sagen, daß in den ersten Jahren der Widerstand gegen die Parteileitung erheblich war. Dieser Widerstand flaute in den folgenden Jahren ab, bis dann im Jahre 1937 die SS erschien und diesen alten Lügder Brauch für sich in Anspruch nahm. [...] Bei den besonders gelagerten Verhältnissen der Stadt Lügde (rund 90% katholisch und Enklave) ist es besonders schwierig, die Volksgenossen zum Mitgehen mit den Zielen der Partei zu bewegen.*

ein fest installiertes, zehn Meter hohes Kreuz errichteten.<sup>65</sup> Damit wird die Katholizität der Bevölkerung betont, die nicht nur in Lügde als Zeichen dafür gewertet wird, dass die Gleichschaltung ihre Grenzen hatte.

### Fazit

Die Historizität einer Gemeinde gilt zurecht als eine Bedingung für die Entwicklung und Reproduktion regionaler Identität;<sup>66</sup> dies kann man am Beispiel Lügde zweifellos deutlich gemacht werden. Noch heute identifizieren sich die Lügder mit ihrer an Paderborn ausgerichteten Geschichte. Angefangen mit Karl dem Großen als identitätsstiftender Kraft<sup>67</sup> und der Kilianskirche dient vor allem das Mittelalter als Bezugsgröße für lokalen Stolz und Ansatz für Identifikationen der Bevölkerung mit der Gemeinde. Dies wird beispielsweise unter Hinweis auf den mittelalterlichen Stadtgrundriss oder den Osterräderlauf immer wieder betont. Ipsens Aspekte, die bei einem Identifikationsprozeß von Bedeutung sind, werden in Lügde erfüllt. Die „Kontur“ des Ortes<sup>68</sup> findet man hinsichtlich der Baudenkmäler, des berühmten Besuchs durch Karl den Großen, des damit verbundenen hohen Alters dieser Stadt und des Brauchtums. Dadurch hebt sich Lügde von anderen Städten ab und unterstreicht ihre Besonderheit.

Die Entwicklung der Stadt nach dem Zweiten Weltkrieg führte zu Neuorientierungen und ging mit einer Aufweichung der konfessionellen Verwurzelungen einher. Auch die administrativen Grenzen wurden neu definiert. Es gelang, Lügdes Mittelpunktstellung in einem ländlichen Umfeld auszubauen. Gänzlich aufgehoben wurde die verwaltungsgebundene Inselstellung aber erst 1970. Nichtsdestotrotz ist die Verbindung zu Paderborn nach wie vor durch katholische Vereine und die überwiegend katholische Bevölkerung zu spüren. Die Landesgrenze zu Bad Pyrmont stellt für Lügde eine wichtige Linie dar. Wäre Lügde von Bad Pyrmont eingemeindet worden, hätte die lokale Identität der Emmerstadt wohl stark darunter gelitten. Da dies nicht geschehen ist, konnte die Stadt Lügde ihre Vorrangstellung im Kreise der lippischen Gemeinden ebenso wahren wie ihre lokale Identität. Das Verhältnis zu Bad Pyrmont ist heute freundlich geprägt, auch weil die administrative Grenze besteht. Auf der einen Seite die mittelalterlich geprägte Stadt mit altem Brauchtum, auf der anderen Seite das Kurbad mit propagierter Weltoffenheit.

Ipsen schreibt: „Kohärenz verweist auf die Notwendigkeit, einen Raum als Ganzes zu begreifen, ein Zusammenhang, auch von Widersprüchlichem, muß sich herstellen lassen.“<sup>69</sup> Die anfängliche Befangenheit, vom Kreis Höxter in den Kreis Lippe zu wechseln, ist wohl verständlich, denkt man an die Konfessionsgrenze und die starke

<sup>65</sup> Interview mit dem Pressesprecher des Dechenvereins vom 7. Juli 2003.

<sup>66</sup> IPSEN, Regionale Identität, S. 239.

<sup>67</sup> JOHANEK, Die Sachsenkriege Karls des Großen, S. 223.

<sup>68</sup> IPSEN, Regionale Identität, S. 240.

<sup>69</sup> IPSEN, Regionale Identität, S. 240.

Verbindung zum ehemaligen Hochstift Paderborn; doch diese Verbundenheit hat sich erhalten und wurde durch eine stetig wachsende lippische Identität ergänzt, die sich als historisch und sozial gewachsen auszeichnet. Auch die Verbindung von historischer Bausubstanz mit neuen Industriegebäuden wird in Lügde nicht als Problem gesehen, denn dies macht eher die Komplexität der Stadt und Region aus, zumal Industriebetriebe außerhalb des historischen Stadtkerns angesiedelt worden sind. Als großer Träger symbolischer Ortsbezogenheit und lokaler Identität erweist sich der Osterräderlauf. Jedes Jahr ausgerichtet vom Dechenverein und überregional bekannt, erfreut er sich breiter Akzeptanz und trägt dazu bei, unterschiedliche Interessen zu vereinen und für das Image- und Identitätsmanagement nutzbar zu machen.